

Politische Berichte



11. September 1982
Jg. 3 Nr. 19

G 7756 D Preis:
2,50

Vertreterbesuch



"..Und hier ein Präparat gegen alle Berufskrankheiten. Es beseitigt akute Lohnfortzahlung-hebt so die Arbeitsmoral."



Lohnbewegung: Das Kapital verschiebt sich in Niedriglohnbereiche: Festgeldforderungen! Seite 10



Libanon: „Periode relativer Ruhe“? Der nächste Feldzug wird schon vorbereitet! Seite 29



VR China: „Rechtsstaatliche“ Änderung der Staatsverfassung Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Abrüstungsverhandlungen: „Verhandlungen aus der Position der Stärke“ zwecks Erpressung und Aufrüstung Seite 3

NATO-Herbstmanöver: Deutschen Interessen wird Geltung verschafft Seite 4

Die friedenspolitische Tätigkeit der EKD: „Schutz der Menschenrechte“ rechtfertigt Krieg Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Stahlindustrie: Stahlkapitalisten wollen Konzentration des Kapitals beschleunigen Seite 7

Gemeindesteuerreform: Erhebung neuer indirekter Steuern Seite 7

Anti-Kriegstag: Wenig Kritik an der Reaktion Seite 8

SPD: Glotz verteidigt „Rang“ von E. Jünger Seite 9

Junge Union: Zwangsjacke für die Grünen Seite 9

Lohnbewegung: Das Kapital verschiebt sich in Niedriglohnbereiche: Festgeldforderungen! Seite 10

Über 50000 Beamte demonstrierten in Bonn Seite 11

Rentensenkungen: CDU: Weniger Staat — mehr „Leistungsbezug“ Seite 11

USA: Prozeßwelle soll Wehrerfassung durchsetzen Seite 12

Krankenstand: Wenn die Kapitalisten die Lohnfortzahlung beseitigen könnten, wäre den Arbeitern ein kürzeres Leben gewiß Seite 13

Reaktionäres Modell: Gibt es zu viele Behinderte, muß man die Anerkennung erschweren Seite 14

Teilarbeitsfähigkeit — Schonzeit für Kranke? Seite 16

Die Bourgeoisie will Arme-Leute-Krankenkassen: „Selbstbeteiligung“ ist der erste Schritt Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Angriff auf den Lohn: Gabelstaplerkonzern Jungheinrich will 14 Betriebsvereinbarungen kündigen Seite 19

Lehrerstreik: Der Bremer Lehrerstreik weitet sich aus .. Seite 19

Gorleben: Demonstrationen gegen Wiederaufbereitungsanlagen Seite 20

Bildschirmtext: „Mit ungeahnten Möglichkeiten“ — für wen? Seite 21

Bundeswehrwoche: Aktionen gegen Ausstellung Seite 21

CDU-Bildungspolitik: Mehr an die Hauptschulen, weniger an die Universitäten Seite 22

Revision an der Grundschule: für Familie, Volk und Vaterland Seite 22

CSU-Staatsregierung: 5 DM Selbstbeteiligung zu niedrig Seite 23

CSU-Familienpolitik: Hohe Gebühren zwingen an Heim und Herd Seite 23

Westberlin: Senat unterstützt rechte Jugendpresse Seite 24

Ausländer: Abschiebung läuft auf Hochtouren Seite 24

Kommunale Wirtschaftsförderung: „Für Unternehmer viel unternommen ...“ — Billigstversorgung der Kapitalisten durch die Stadt Mannheim Seite 25

Schulbehörde erfüllt Kapitalistenwünsche an die Ausbildung in Mannheim Seite 26

Stichwort: Kommunale Wirtschaftsförderung Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Libanon: „Periode relativer Ruhe?“ Der nächste Feldzug wird schon vorbereitet! Seite 29

Jugoslawien: Reallohn sinkt, Problem der Lohnverteilung Seite 29

VR Polen: Regierung verlängert Ausnahmezustand Seite 30

Malta: Gesetz gegen Auslandseinmischung Seite 30

Nordirland: Regionalparlament ohne Unterstützung ... Seite 31

Peru: Erstarken der Guerillabewegung Seite 31

Brasilien: Millionen Kleinbauern und Landarbeiter ohne Land Seite 32

Dokumente aus dem Kampf der brasilianischen Landarbeiter Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

„Das stumme Ungeheuer“: Spießbürgerliches über die Ursachen von Verbrechen als Rechtfertigung für Polizeibrutalität Seite 34

Eine beschränkte neue Welt Seite 34

Die doppelte Verführung Seite 34

Faschistisches über „das Sowjetsystem“ Seite 35

Heimat: Wie man aus Jugenderinnerungen ein Menschenrecht ableitet Seite 35

VR China: „Rechtsstaatliche“ Änderung der Staatsverfassung Seite 36

Afrika-Jugendbücher: Kolonial-Abenteuerliches: rassistisch oder verbrämt Seite 37

Elektromonopole schon weit voran im Lohnabbau Seite 38

„Verhandlungen aus der Position der Stärke“ zwecks Erpressung und Aufrüstung

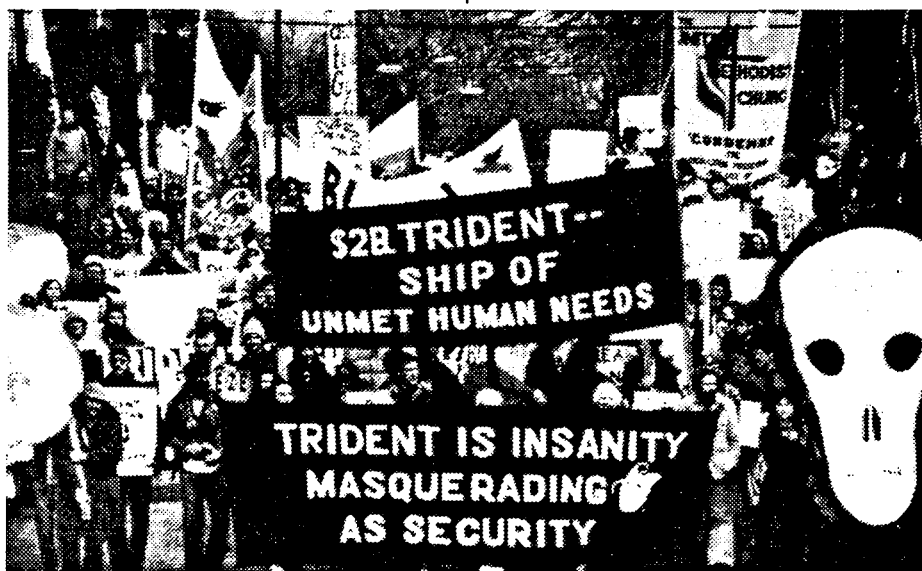
Am 30.11. 1980 begannen in Genf die Verhandlungen über eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF). Die nächste Sitzungsrunde beginnt am 30.9. 1982. Am 29.6. nahmen UdSSR und USA Verhandlungen über strategische Waffen unter der Bezeichnung START auf. Nach längerem Stillstand wurde am 13.5. die 27. Runde der Verhandlungen über „Truppenverringerung in Mitteleuropa“ (MBFR) eröffnet. Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid tritt die BRD für eine Konferenz über Abrüstung in ganz Europa ein (KAE). Welches sind die Ausgangspositionen bei diesen Verhandlungen?

Reagans Regierungsprogramm hat zum Kern, die US-Imperialisten zur uneingeschränkten Weltmacht Nr. 1 zu machen. Wie, machte er gleich in seiner Antrittsrede deutlich, als er aus dem Tagebuch eines 1917 in Frankreich getöteten US-Soldaten zitierte: „Amerika muß diesen Krieg gewinnen, deshalb will ich arbeiten, will ich sparen, will ich Opfer bringen, will ich ausharren, will ich fröhlich kämpfen.“

(1) Wofür? „Die amerikanische Konzeption vom Frieden geht weit über den reinen Nichtkriegszustand hinaus. Wir haben ein blühendes wirtschaftliches Wachstum und die Freiheit des Einzelnen in einer Welt des Friedens vor Augen ... Wir wollen die Schranken für Handel und Investitionen beseitigen, die diesen entscheidend wichtigen Anreiz für das Wachstum behindern.“ (2) Die zu beseitigenden Schranken werden durch die planwirtschaftlichen Länder und den Kampf der unterdrückten Völker gezogen. C.Gray, Berater der US-Abrüstungsbehörde, umschreibt den Weg zum amerikanischen Weltfrieden: „Washington sollte Kriegsziele verfolgen, die letzten Endes die Zerstörung der sowjetischen politischen Autorität anstreben sowie die Entstehung einer Weltordnung, die mit westlichen Wertvorstellungen vereinbar ist.“ (3) Die Möglichkeiten dazu schätzen die US-Imperialisten besser als je zuvor ein. „Die ungewöhnliche Kombination von Schwäche und Stärke in Moskau bedeutet eine besondere Herausforderung für die Vereinigten Staaten.“ (4) Die US-Imperialisten stellen sich dieser Herausforderung mit einem Rüstungshaushalt, der von 1982 bis 1986 1340 Milliarden Dollar vorsieht. Abgedeckt werden damit: erhöhte Personalausgaben, Beschaffungsprogramme für den Ausbau der schnellen Einsatztruppe,

der Ausbau der Flotte, der Bau der B1-Bomber, der strategischen Raketen MX und die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa. Dieses Programm soll den US-Imperialisten ermöglichen, an jeder Stelle des Globus ihre Interessen militärisch durchsetzen zu können und ihnen gleichzeitig die Fähigkeit zum „nuklearen Entwaffnungsschlag“ verleihen. Konsequenz sind bei Regierungsantritt sämtliche Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion abgebrochen worden.

Brandt aufgebracht „Nulllösung“ für Mittelstreckenraketen an die Öffentlichkeit. Zu Beginn dieses Jahres plazierte die US-Opposition Enthüllungen, Reagan kalkuliere mit 20 Millionen US-Toten im Verlaufe eines Nuklearkrieges. Weite Teile des Mittelstandes, die Reagans nationale Erneuerung zwar unterstützen, gerieten nun in Bewegung, weil sie keinesfalls vorhaben, dafür auch zu sterben. Kennedy und die Demokratische Partei setzten sich an die Spitze dieser Bewegung



Friedensdemonstration in den USA: Transparente gegen „Trident-Atom-U-Boote“

Der offene Kriegskurs, der durch Lohnsenkungen und Abbau der Sozialleistungen finanziert wird, trifft auf Widerstand. Am 19.9. 1981 organisierte der Gewerkschaftsbund AFL/CIO eine Demonstration von 400000 unter der Losung „Arbeitsplätze – keine Bomben!“. Im gleichen Zeitraum fanden in Westeuropa mehrere große Demonstrationen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen statt. Die westeuropäischen Regierungen, allen voran die BRD, standen zwar voll hinter dem Kurs der US-Regierung. Insbesondere die BRD-Imperialisten vertraten aber durch Schmidt die Ansicht, für sie sei es vorteilhafter, die Sowjetunion vor einem Überfall durch die Kombination von Drohungen und gleichzeitigen Verhandlungen soweit wie möglich zu entwaffnen. Zudem ließe sich die geplante Aufrüstung kaum gegenüber der Bevölkerung durchsetzen, wenn die NATO sich nicht als besonders friedliebend profilierte. Am 18.11.81 trat Reagan dann mit der von

und fordern das „Einfrieren der Atomwaffen“ bei gleichzeitiger Verstärkung der konventionellen Rüstung. Nicht Einfrieren, sondern Abbau sei nötig, konterte der US-Präsident und trug am 13.5. 1982 die START-Vorschläge vor.

Die NATO-Gipfelkonferenz in Bonn faßte die Ziele, die durch Aufrüstung und „Verhandlungen aus der Position der Stärke“ erreicht werden sollen noch einmal zusammen und schrieb auch gleich noch die besonderen Ansprüche der BRD-Imperialisten auf die DDR und Teile Polens in das Abschlußkommunique. Am 29.7. 1982 erklärte das US-Außenministerium, die USA haben „niemals die gewaltsame Einverleibung von Estland, Lettland und Litauen ... durch die Sowjetunion anerkannt.“ (5) Entsprechend aggressive Absichten und Ansprüche kann nicht einmal die CDU der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes vorwerfen. Die

NATO-Herbstmanöver: Deutschen Interessen wird Geltung verschafft

Am 2. September wurde die diesjährige NATO-Manöver-Serie „Autumn Forge“ (Herbstschmiede) mit einer Parade von NATO-Verbänden in Neapel eröffnet. Am selben Tag veranstaltete der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) die deutsche Variante zur Eröffnung der „Herbstschmiede“: Rekrutenvereidigung in der Grenzstadt Helmstedt, in einem Stadion, das ganze 1,46 km von der Staatsgrenze zur DDR entfernt liegt. In einem Brief an den für Kriegsangelegenheiten zuständigen Minister Apel hatte der Helmstedter „Gesprächskreis Friedenspolitik“ eine Stellungnahme der Bundesregierung gegen die Militärdemonstration im unmittelbaren Grenzgebiet gefordert. In der Antwort heißt es jedoch nur, daß die Ortswahl für das Gelöbnis kein Verstoß gegen Gesetze und Richtlinien bedeute, da der Bereich, in dem sich an der Grenze zur DDR kein Uniformträger der Bundeswehr aufhalten dürfe, auf einen Kilometer verkürzt worden sei.

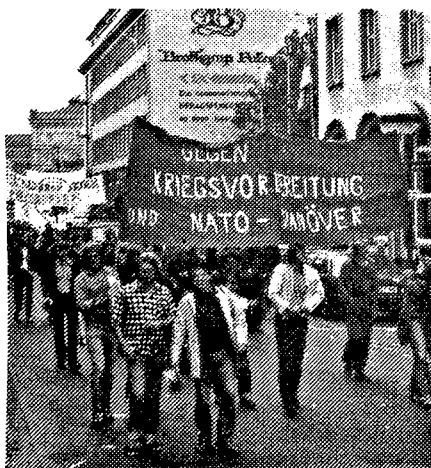
Seit 1975 werden die Herbstmanöver zur „Herbstschmiede“ zusammengefaßt. Ziel der „Herbstschmiede“ ist, mehr als 20 Einzelmanöver zwischen dem europäischen Nordkap und der Ostgrenze der Türkei zu koordinieren. Vor zwei Jahren ist in diesem Rahmen die türkische Militärjunta an die Macht koordiniert worden. Von den 24 größeren Einzelmanövern, die die „Herbstschmiede“ dieses Jahr umfaßt, finden 11 Übungen im Abschnitt Europa-Mitte statt, darunter drei unter westdeutscher Führung.

Die „Herbstschmiede“ schließt sowohl Manöver unter nationalem Kommando ein wie auch Manöver, die von NATO-Stäben vorbereitet und geleitet werden. Von den im Territorium der BRD stattfindenden Manövern stehen zwei Übungen unter NATO-Kommando, die Übungen „Cold Fire“ und „Bold Guard“. Übungszweck der alljährlich stattfindenden Übung „Cold Fire“ ist der Einsatz von taktischen Flieger- und Heeresverbänden in gemeinsamen Operationen. „Cold Fire“ wird mit mehreren zeitlich parallel, aber räumlich getrennt laufenden Heeresübungen, die unter verschiedenem nationalen Kommando stehen, koordiniert. „Cold Fire“ wird vom Hauptquartier Europa-Mitte geplant und vorbereitet und vom Oberbefehlsha-

ber Europa-Mitte geleitet. Seit dem 1. Juli 1966 haben westdeutsche Generale diese Kommandostelle inne. Das Manöver „Bold Guard“ findet alle 4 Jahre (d.h. auch 1982 wieder) statt. Diese Großübung mit Beteiligung von Land-, Luft- und Seestreitkräften wird in Schleswig-Holstein und Jütland durchgeführt und steht unter der Leitung des Befehlshabers der Ostseezugänge. Als Befehlshaber der Alliierten Seestreitkräfte Ostseezugänge wechseln sich seit Dezember 1961 turnusmäßig westdeutsche und dänische Admirale ab. So stehen die NATO-Manöver im Territorium der BRD auch in der Kommandogewalt westdeutscher Militärs. Darüberhinaus haben sich die westdeutschen Militärs eine gewisse Einflußnahme auf die Manöver der Alliierten in der BRD gesichert. Seit einigen Jahren werden Übungen mit einer Teilnehmerzahl von 2000 Mann und darüber im Führungsstab des westdeutschen Heeres koordiniert. Befriedigt wird im „Jahrbuch des Heeres“ festgestellt: „Diesem Koordinierungsverfahren unterziehen sich die alliierten Landstreitkräfte freiwillig, obwohl das NATO-Truppenstatut weitergehende Rechte einräumt.“ (1)

Das „Anti-Kriegs-Bündnis“ in Hannover plant Informationsveranstaltungen gegen die Herbstmanöver und Aktionen im Manövergebiet. In einem Aufruf heißt es: „Diese Manöver sind Kriegsvorbereitungen, ob es nun um Aufstandsbekämpfungen oder um den Angriff auf den ‚roten Feind‘ geht.“

(1) Jahrbuch des Heeres, Folge 8, 1981; weitere Quellenhinweise: Wehrwissenschaftliche Rundschau 2/82; DIE WELT vom 31.08.1982



Antikriegstag Hannover 1982

Ausgangsstellungen für die Abrüstungsverhandlungen sind klar verteilt: Die westlichen Imperialisten wollen sich günstige Ausgangsbedingungen für die Durchsetzung ihrer Absichten verschaffen, die Sowjetunion sieht ihre Position weltweit gefährdet und will zunehmende Überlegenheit der NATO verhindern.

Die „Nulllösung“ für die INF-Verhandlungen sieht vor, die UdSSR solle ihre sämtlichen Mittelstreckenraketen abbauen, dann werde die NATO auf die Aufstellung von Pershing II und



Einsatzplan für strategische Offensivkräfte der USA anhand der größten Kriegsbungen (1970 bis 1980).

landgestützten Marschflugkörper verzichten. Die NATO würde bei Verwirklichung dieses Plans weiterhin über rund 1000 Mittelstreckensysteme (Raketen und Bomber) verfügen, die Sowjetunion hätte nur noch einige hundert Bomber, die keine Chance hätten, die westlichen Linien zu durchdringen. Die westlichen Vorschläge für die START-Verhandlungen beinhalten: beide Seiten verringern die Zahl der ballistischen Raketen um ein Drittel, wobei nicht mehr als die Hälfte des Rests landgestützt sein darf. 80% der sowjetischen Raketen sind landgestützt und nur 30% der US-amerikanischen. Das MX- und B1-Programm könnte also trotzdem verwirklicht werden, die Sowjetunion wäre mit kostspieligen Umrüstungen von Land auf See beschäftigt, wobei ihre Schlagkraft auch qualitativ vermindert würde.

Die Sowjetunion hat in beiden Verhandlungen vorgeschlagen, Entwicklung, Bau und Aufstellung von Nuklearwaffen sofort einzustellen. Gleichzeitig tritt sie dafür ein, als ersten Schritt die Mittelstreckensysteme auf beiden Seiten auf 300 abzubauen. Auf der „2. Sonderkonferenz über Abrüstung“ der UNO im Juli hat sie sich

Die friedenspolitischen Tätigkeiten der EKD: „Schutz der Menschenrechte“ rechtfertigt Krieg

„Angesichts der vorgegebenen besonderen geistlichen Gemeinschaft zwischen unseren Kirchen“ haben die Evangelische Kirche in der Bundesrepublik (EKD) und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Mitte August einen „Arbeitsbericht zu Fragen der Friedensverantwortung“ herausgegeben. Im letzten November hatte die EKD ihre Friedensdenkschrift veröffentlicht. Wie kommt es, daß diese friedenspolitische Tätigkeit der EKD große Aufmerksamkeit und Zustimmung von allen bürgerlichen politischen Kräften findet? Welche Ziele verfolgt die EKD?

In der EKD-Friedensdenkschrift bestimmt die EKD, getragen von ihrer „Mitverantwortung für die besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“, was sie als Charakter der BRD und der DDR ansieht. Die Denkschrift beurteilt die BRD als freiheitlich-demokratisch, die DDR sei dagegen ein totalitärer Staat, von dem als Teil des „Ostblocks“ der „Schutz von Menschenrechten“ eingefordert werden müsse.

Entgegen aller Betonung, daß der „Krieg als politisches Mittel überwunden werden“ müsse, hält die

EKD in ihrer Denkschrift fest: „Freilich gibt es auch zwischen Nationen wie innerhalb der Staaten Fälle, in denen Gewalt nur durch Gewalt begegnet werden kann. Die grundsätzliche Verwerfung des Krieges als Mittel zur Lösung von Konflikten steht in einer Spannung zum Recht auf nationale Selbstverteidigung und zum Schutz der Menschenrechte. Diese Spannung läßt sich ohne eine internationale Friedensordnung, in deren Rahmen das Recht gewahrt und dem Unrecht gewehrt werden kann, nicht auflösen.“

In einer friedenspolitischen Denkschrift der EKD, die über die Sicherung des Friedens, Verminderung der Rüstung, Verhinderung eines atomaren Krieges handelt, ist damit das Konzept der gewaltsamen Einverleibung der DDR seitens der BRD-Imperialisten als Bestandteil der Schaffung einer internationalen Friedensordnung enthalten. Die EKD stellt die Verwerfung des Krieges in Spannung zum Schutz der Menschenrechte. *Dafür* soll also ein Krieg möglich sein. Da in der DDR die Menschenrechte angegriffen würden, und die BRD als freiheitlich-demokratischer Staat zu deren Schutz legitimiert sei, kann jeder Bourgeois einen Angriffskrieg auf die DDR mit Be-

rufung auf die Denkschrift rechtfertigen. Bei solchen Positionen der EKD begrüßte die westdeutsche Bourgeoisie den jetzigen gemeinsamen Arbeitsbericht der beiden Kirchen und die Festlegungen, die getroffen worden sind.

Die Kirchen sehen als eine der anstehenden Aufgaben an: „Die Prüfung der eigenen gesellschaftlichen Rolle schließt die programmatischen Selbstdarstellungen der Staaten ein.“ Ein Prüfungsergebnis über die BRD hatte die EKD-Denkschrift schon festgestellt, als sie den „ausschließlich defensiven Charakter des Verteidigungskonzeptes des atlantischen Bündnisses“ behauptete. Die DDR-Regierung dagegen „verfolgt das allgemein anerkannte Ziel des Friedens mit friedensgefährdenden Mitteln“, veröffentlichte die EKD in ihrem Pressedienst – zusammen mit dem Arbeitsbericht – die Aussage eines Propsten aus der DDR, der im April 1982 auf einer Tagung in Düsseldorf sprach.

Gemeinsame Bittgottesdienste und andere Gemeinsamkeiten sollen von beiden Kirchen fortgesetzt werden. Daß die DDR-Kirchen auch den richtigen Kurs verfolgen, dafür hat die EKD gesorgt. 60% der Ausgaben der DDR-Kirchen zahlt die EKD.

Quellenhinweis: epd-Dokumentation Nr. 48, 81, 38, 82, Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes, Friedrichstr. 2-6, Frankfurt

einseitig dazu verpflichtet, nicht als erste Atomwaffen anzuwenden. Alle diese Vorschläge sind von der NATO strikt abgelehnt worden. In der Begrenzung der Mittelstreckensysteme auf 300 sieht sie den Versuch, die USA aus Europa zu drängen, was auch in der Tat die Folge wäre, denn die Zahl wird allein durch britische und französische Waffen abgedeckt. Insbesondere ein Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen Waffen kommt für die NATO überhaupt nicht in Betracht. Das machte Schmidt gleich im Anschluß auf die sowjetische Erklärung in einer Rede deutlich. Apel begründete die Ablehnung mit der in der Zeit der „Entspannung“ gewachsenen konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion. Im trauten Kreis von Offizieren und Ex-Offizieren ist er ehrlicher: „Der Personalaufwuchs betrug in den letzten 10 Jahren 30000 Mann. Im selben Zeitraum ist eine massive Ausgabensteigerung für die Ausrüstung der Bundeswehr mit der neuen Waffengeneration zu verzeichnen. Nach Einführung des Leopard II werden unsere Panzerzahlen von 3000 auf 5000 gestiegen sein.“ (6) Der Ersteinsatz von Atomwaffen ist solange unverzichtbar, wie nicht eine konventionelle Überle-

genheit hergestellt ist, die einen Blitzsieg möglich macht.

Darum geht es bei den MBFR-Verhandlungen. Diese scheitern bisher im Wesentlichen daran, daß die Sowjetunion darauf besteht, die geplante Reduzierung auf 900000 Mann müsse prozentual die Streitkräfte aller beteiligten Länder gleichmäßig betreffen. „Die SU will ein Mitspracherecht über die Stärke der Bundeswehr“, tönt es von Seiten der BRD-Imperialisten dagegen. Tatsächlich müßte die Bundes-



Reagan und Schmidt beraten die „Nulllösung“.

wehr beträchtlich verkleinert werden. Dadurch ginge ein Gutteil des qualitativen Vorsprungs verloren und gleichzeitig wären die Aussichten, Deutschland durch einen Waffengang in seiner alten Herrlichkeit wieder herzustellen, verschlechtert statt verbessert. Der DGB und andere Gegner der Aufrüstung erhoffen sich von den Verhandlungen eine Verringerung der Kriegsgefahr. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Sie sind integrierter Bestandteil der Kriegsvorbereitungen. Setzt die NATO sich mit ihren Vorschlägen durch, sind die Staaten des Warschauer Pakts reif zum Sturm. Scheitern die Verhandlungen oder stocken sie, was wahrscheinlicher ist, hat sie „Gründe“ für ihr Aufrüstungsprogramm, indem sie auf die störrische Haltung der Sowjetunion verweist. Wenn die unverschämten Ansprüche und Absichten nicht angegriffen werden, haben die Imperialisten auch in absehbarer Zeit die Mittel, um sie durchzusetzen.

Quellenhinweis: 1) Europa-Archiv (E.A.), Folge 8, 1981, S. D 153; 2) E.A., Folge 24, 1981, S. D 659 (Rede Reagan vor dem National Press Club); 3) Spiegel, 30.08.82, S. 104; 4) E.A., Folge 20, 1981, S. D 559 (Rede von Apel am 11.8.81); 5) Flensburger Tageblatt vom 30.7.82; 6) Apel in Europäische Wehrkunde 3, 1982, S. 105, weiter: Quellen Europäische Wehrkunde, Ausgaben 1982; Österreichische militärische Zeitschrift 1982; Bulletin der Bundesregierung Nr. 66, 30.6.82, Außen- und Sicherheitspolitik; A. v. d. die Octafur in den Frieden, 1982; Moskau 1982.

Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!

„Hayri Durmus. (ZK der PKK), Kemal Pir und andere kurdische Gefangene des türkischen Militärgefängnisses Diyarbakir befinden sich in einem Todesfasten seit dem 15.7. 1982. Sie setzen ihr Leben ein, um gegen Massaker, Folter und Unterdrückung zu protestieren.

Das Militärgefängnis Diyarbakir (Türk.-Kurdish.) gleicht einem Konzentrationslager. Über 5000 politische Gefangene, davon über 3500 Mitglieder und Sympathisanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), sind hier inhaftiert.

Am 21. März 1982 (kurdisches Neujahrsfest „Newroz“) wurden die Gefangenen Mazlum Dogan (ZK der PKK), Önder Demirkol, Cemal Kilic, Remzi Siler, Tahir Sahin, Mehmet Direkci und Cemal Zengin von Wachmannschaften ermordet. Die Leichen der zur gleichen Zeit in diesem Gefängnis ermordeten Ferhat Kurtay, Yasar Öner, Mahmut Zengin, Bedri Can und Mehmet Eraslan wurden erst mit erheblicher Verzögerung und in angekohltem Zustand freigege-

ben, um die Bestimmung der Todesursache und des Todeszeitpunktes zu erschweren.

Die Situation der Gefangenen in den Militärgefängnissen der Türkei hat sich ständig verschlechtert. Durch Täuschungsmanöver versucht die Junta, den Reaktionen in der europäischen Öffentlichkeit zu begegnen. Folgerichtig veranstalteten die Machthaber mit ausgesuchten und der Zensur unterliegenden Journalisten in der letzten Zeit Propagandabesuche in den Gefängnissen. Ein Reporter der auch in der Bundesrepublik erscheinenden Zeitung „Hürriyet“, der auch vom türkischen Geheimdienst MIT besoldet wird, brachte einen derartigen „Bericht“. Nach diesem Machwerk – wie auch nach ähnlich zweifelhaften Lageberichten der deutschen Botschaft in Ankara – ist die Situation im Lande und insbesondere in seinen Haftanstalten kaum zu beanstanden. Das sehen u.a. die europäischen Staaten anders, die die Europäische Menschenrechtskommission angerufen haben.

Die tatsächliche Lage der Gefangenen ist geprägt von Mißhandlungen und Folterungen, Beseitigung oder Einschränkung des Verteidigungsrechtes, Verweigerung ärztlicher Betreuung, menschenunwürdiger Unterbringung und Ernährung. Berichte über diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen können trotz aller Bemühungen der türkischen Junta und ihrer ausländischen – auch deutschen – Unterstützer nicht verhindert werden.

Ähnlich ist die Lage in den anderen Militärgefängnissen. In Bartin begannen Gefangene, die sich inzwischen in Lebensgefahr befinden, einen Hungerstreik zur Durchsetzung ihrer Elementarforderungen.

Die europäische Öffentlichkeit muß durch Proteste den berechtigten Forderungen der Gefangenen Nachdruck verleihen. Sie muß ein Gegengewicht setzen gegen die Ignoranz von Regierungen, die durch ihre Unterstützung den brutalen Staatsterror der türkischen Junta erst ermöglichen.“

Presserklärung des Antifaschistischen Einheitskomitees im Ausland BIRKOM. Köln, den 24. August 1982

Väterliche Raketenfürsorge

Kann die deutsche Christenheit bei der Erneuerung der Welt auf Bundeswehr und Raketen verzichten? Dieser Frage widmete sich Kanzler Schmidt auf dem Katholikentag: „Erstens. Der bedingungslose Pazifismus einer einzelnen Person hat meinen vollen Respekt ... Zweitens. Wenn aber einer nicht nur für sich selbst Verantwortung trägt, sondern auch für einen anderen, zum Beispiel, wenn er Verantwortung trägt für ein Kind ... und wenn das Kind mit Gewalt angegriffen oder mißhandelt oder mißbraucht wird, dann sieht die Sache ganz anders aus. Dann wird er sich verpflichtet fühlen, das Kind so gut zu verteidigen, wie er kann. Und Drittens. Das gilt erst recht für diejenigen, die für das Leben, für die Unversehrtheit, für die Menschenwürde und die Freiheit vieler anderer Menschen verantwortlich sind ... Wir sind in der Tat für die Bewahrung und Sicherung von Leben und Menschenwürde vieler Millionen Deutscher und ... von noch viel mehr Millionen europäischer Nachbarn verantwortlich ...“ Schmidt als Vater, der für seine europäischen Kinder sorgt. Ist es Zufall, daß er in derselben Rede auf das Reich Karls des Großen anspielt? Das Bild des Landesvaters, der über seine unmündigen Kinder wacht, stammt jedenfalls aus dem Feudalismus. Und, herrschte nicht erst Zwietracht in der europäischen Völkerfamilie, seitdem dieses Reich zerfallen war? Schmidt ist dafür, daß sich die Mitglieder dieser Völkerfamilie „vertragen“. Das sei die Politik der West- und Ostverträge gewesen. Jedoch, „Hier auf dem europäischen Kontinent, auf deutschem Boden sogar, stehen sich zwei Konzeptionen von Staat und Gesellschaft gegenüber, die in ihren Grundwerten unvereinbar sind. Auf der Seite, auf der wir leben, gehören Frieden, Menschenwürde und Freiheit untrennbar zusammen“. Die andere „totalitäre“ Seite sei hoch bewaffnet und habe ihre „SS-20-Raketen auf Deutschland gerichtet“. Natürlich ist es die Pflicht des Vaters, seine Kinder vor Gefahren zu schützen, wenn es sein muß – und es muß sein – mit Mittelstreckenraketen, auch wenn diese das gar nicht für nötig finden. Damit ließen sich dann auch fremde Kinder schützen.

Neuwahl von BVG-Richtern

Fünf der 16 Richter des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) müssen 1983 nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Amtszeit ausgetauscht werden. Unter ihnen Ernst Benda, derzeitiger Präsident des BVG. Bis auf den Richter Rottmann waren seinerzeit alle jetzt auszutauschenden Richter auf Vorschlag der CDU durch den Bundesrat bzw. von einem zwölfköpfigen Wahlmännergremium des Bundestages zu Mitgliedern des BVG bestimmt worden. Entsprechend hat die CDU auch das Vorschlagsrecht für die neu zu wählenden Richter. Nach Berichten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung haben sich die Parteien bereits jetzt lose darauf geeinigt, daß der amtierende BVG-Richter Zeidler (SPD) die Nachfolge von Ernst Benda übernimmt. Bei seinem Ausscheiden im Jahr 1987 soll dann wieder ein CDU-Mann den Posten des Präsidenten des BVG übernehmen. Daher ist die CDU bemüht, den seit 1980 im Amt befindlichen Innenminister von Baden-Württemberg Herzog oder den früheren Justizminister Schleswig-Holsteins Schwarz als

BVG-Richter durchzubringen. Sie sind am besten geeignet, die Tradition von Ernst Benda (vor seiner Tätigkeit im BVG setzte er als Innenminister des Bundes die Notstandsgesetze durch) fortzuführen. Herzog, der maßgeblich im Fachauschuß Innenpolitik der CDU mitarbeitet, forderte 1977: „... die Staatsgewalt ist unanfechtbar auf die ‚pathologischen Fälle‘ der Gesellschaft anzuwenden.“ Seine Medizin: CS-Kampfgas, härtere Bestrafung der Kleinkriminalität, Verschärfung der Bestimmungen des Landfriedensbruches, bei „lebenslänglich“ nicht wie bisher mindestens 15 sondern 20 Jahre Gefängnis.

Erneut Hungerstreik gegen Isolationshaft

Seit dem 30. August befinden sich Ralf Reinders und Ronald Fritzsche im Hungerstreik. Beide sind seit 1980 im Hochsicherheitstrakt in Westberlin-Moabit und insgesamt seit sieben Jahren wegen Entführung des CDU-Politikers Lorenz in Isolationshaft. Sie fordern von der Justizbehörde „Verlegung in den Normalvollzug nach Tegel“ und „Abschaffung der Hochsicherheitstrakte und je-

der Form von Isolation“. Sie setzen damit den Hungerstreik fort, den vier politische Gefangene der RAF Ende Juni bzw. Anfang Juni begonnen hatten, um darauf aufmerksam zu machen, daß die von Bundesjustizminister Schmude nach dem Tode von Sigurd Debus zugesagten „Hafterleichterungen“ nach wie vor ausstehen. Dieser Hungerstreik wurde von drei Häftlingen am 27. Juli abgebrochen. Das hessische Justizministerium und die Bundesanwaltschaft haben vage Zusagen über eine eventuelle Zusammenlegung gemacht. Da die bayerischen Justizbehörden auf einen Verlegungsantrag nicht antworteten, setzte B. Rössner seinen Hungerstreik noch fort, der weitere Fortgang ist uns nicht bekannt. Der jetzt begonnene Hungerstreik ist auch eine Antwort auf die Erpressungsversuche der Westberliner Justizverwaltung, die eine öffentliche Distanzierung „von der Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele oder von politischen Positionen, die das nicht ausschließen“ von Reinders und Fritzsche verlangt. andernfalls wurden sie in einen Hochsicherheitstrakt nach Westdeutschland verlegt.

Stahlkapitalisten wollen Konzentration des Kapitals beschleunigen

Die von Hoesch und Krupp geplante Ruhrstahl AG ist noch nicht gegründet, da warten die Vorstände von Thyssen und Krupp bereits mit neuen Fusionsplänen auf. Ende August unterzeichneten sie eine Absichtserklärung, nach der eine Zusammenlegung der Edelstahlbereiche der beiden Konzerne angestrebt wird. Thyssen und Krupp sind mit einem Umsatz von jeweils 3 Mrd. DM schon jetzt die größten westdeutschen Edelstahlhersteller. Durch eine Fusion würde ein Konzern mit einer Jahresproduktion von rund 2,5 Mio. t entstehen, 28% der Gesamtproduktion von 8,8 Mio. t Edelstahl 1981 in Westdeutschland.

Beherrscht wird der Edelstahlmarkt von in der Regel kleineren Stahlwerken. Durch die Fusion würde somit ein schlagkräftiges Monopol entstehen, zumal Thyssen und Krupp zusammen über die gesamte Palette der Edelstahlproduktion verfügen. Gezielt wird vor allem auf den EG-Markt. Hier liegt der westdeutsche Anteil an der Edelstahlproduktion mit 42% ohnehin bereits weit über dem Anteil an der gesamten EG-Stahlproduktion von 1980 34,3%.

Zwar hat der Krupp-Vorstand erklärt, die Edelstahlpläne würden die Bildung der Ruhrstahl AG nicht berühren, doch der Hoesch-Vorstand sieht eine „völlig neue Situation“. Dies nicht nur, weil der Edelstahlbereich der profitträchtigste Bereich von Krupp ist. Vielmehr deuten die Fusionsabsichten von Thyssen und Krupp an, daß – offensichtlich vor allem vom westdeutschen Stahlmonopol Thyssen – auf eine erhebliche Beschleunigung der Kon-

zentration des westdeutschen Stahlkapitals gedrängt wird, auf eine größere „Lösung“, als es die Ruhrstahl AG wäre. Denn ein, zunächst auch nur punktueller, Verbund von Thyssen und Krupp könnte leicht ausgebaut werden.

Bereits in den 50er Jahren haben die westdeutschen Stahlkapitalisten einen ersten Konzentrationsschub durchgeführt. Dadurch wurden im wesentlichen die nach der Niederlage des Hitler-Faschismus von den Alliierten erzwungenen Entflechtungsmaßnahmen, so halbherzig sie waren, wieder rückgängig gemacht. Der zweite Konzentrationsschub setzte Mitte der sechziger Jahre ein und war eine Reaktion auf sinkende Anteile der BRD an der EG-Stahlproduktion. Verbunden mit großangelegten Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen wurden Konzerne wie Peine-Salzgitter und Hoesch-Estel gebildet. Thyssen und Mannesmann fusionierten in den Maschinenbau.

In den letzten Jahren ist der 1977 auf 30,9% gesunkene westdeutsche Anteil an der EG-Stahlproduktion wieder auf 34% gestiegen. Gerade erst ist die BRD, die mit 33% den höchsten Anteil der EG-Stahlexporte in die USA hält, bei den Dumping-Klagen der US-Stahlmonopole am besten weggekommen. Zollabgaben zum Ausgleich staatlich subventionierter Mini-Preise entfallen für alle westdeutschen Stahlkonzerne. An den Börsen werden zunehmende Hoffnungen auf die Stahlaktien der westdeutschen Monopole gesetzt.



Etwa die Hälfte der 59000 Stahlarbeiter von Thyssen, Hoesch und Krupp muß derzeit kurzarbeiten. Die Stahlkapitalisten intensivieren die Arbeit.

Dennoch ist die Hoffnung auf große Stilllegungen von Überkapazitäten in anderen EG-Ländern bisher nicht aufgegangen. Zudem gehen die westdeutschen Stahlmonopole davon aus, daß ihr Produktivitätsvorsprung Mitte der 80er Jahre dahin sein wird. Das erfordert gründlichere Konsequenzen, für die weitere Konzentration des Kapitals die Voraussetzung ist. Die Möglichkeit eines „Nordverbundes“ von Klöckner, Peine-Salzgitter und eventuell Korf neben Rhein-Ruhr-Verbund wird seit Jahren immer wieder ins Gespräch gebracht. Um den ARBED-Konzern könnte sich eine südwestdeutsche Gruppe herausbilden.

Zudem hat die beabsichtigte Edelstahl-Fusion von Thyssen und Krupp vermutlich noch eine weitere Dimension. Edelstähle, d.h. hochwertige, für Härtingsverfahren und ähnliches geeignete Stähle bzw. legierte Spezialstähle, spielen eine wichtige Rolle im Maschinenbau zur Herstellung von hoch beanspruchbaren Maschinenteilen. Sie haben von daher auch eine wichtige Bedeutung in der Rüstungsproduktion. Bei Grobblechen ist Thyssen hier bereits der bedeutendste Stahllieferant. Durch die Edelstahlfusion wären die Möglichkeiten erweitert und ebenfalls der Zugriff des Thyssen-Konzerns in diesem Bereich.

Quellenhinweis: BfG-Börsenbericht Aug./Sept. 1982; „Roter Morgen“, 27.8.82; „Revier“ 9.82

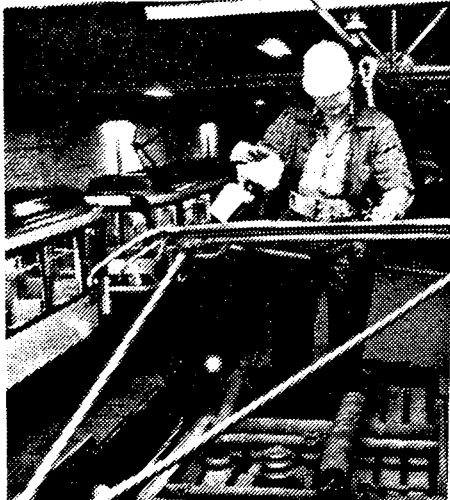
Gemeindesteuerreform Erhebung neuer indirekter Steuern

Was F.J.Strauß schon 1968 forderte: „Die Reform des Gemeindesteuersystems muß einen wesentlichen Teil der Gewerbesteuer durch andere Steuereinnahmen ersetzen“, macht die Bundesregierung wahr. Der wissenschaftliche Beirat im Bundesfinanzministerium hat dazu ein Gutachten verabschiedet.

Mit dem Grundgesetz hatte die westdeutsche Bourgeoisie die Finanzhoheit der Kommunen weitgehend eingeschränkt. Sie erhalten Steuer- und Finanzzuweisungen von Bund und Ländern, von den rd. 380 Mrd. DM Gesamtsteueraufkommen 1981 erhielten sie gerade 12,4%. Lediglich die Realsteuern, das sind Grund- und Gewerbesteuern, dürfen die Gemeinden erheben, und davon müssen sie seit der letzten Gemeindesteuerreform eine Gewerbesteuerumlage an den Zentralstaat abführen, die fast ein Viertel der Gewerbesteuererinnahmen ausmacht. Nach Plänen des Beirats soll die Gewerbesteuer, die vor allem die Kapitalisten zahlen müssen, wie auch die

Grundsteuer beseitigt werden, Einnahmen in der bisherigen Größenordnung in den Gemeindehaushalten jedoch erhalten bleiben. Die direkte Besteuerung der Kapitalisten wird erheblich gemildert und ersetzt durch eine neue indirekte Besteuerung der Lohnabhängigen.

Der Beirat: „Nach Auffassung der Mehrheit des Beirats würde ... eine Wertschöpfungssteuer zu einer Neuordnung der Kommunalfinanzen führen ...“ Wie, was und wer dann alles zusätzlich steuerbelastet wird, zählt der Beirat auf: „Freie Berufe und andere Selbständige“, sowie Landwirtschaft



Die Ursache steigender Tarife sind nicht die angeblich zu hohen Löhne

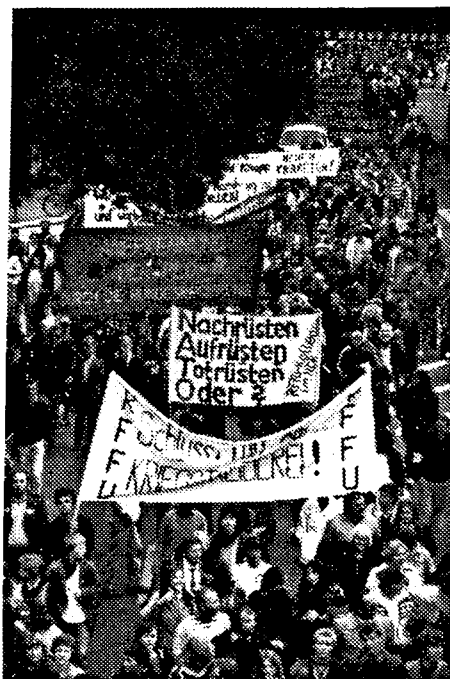
und Wohnungswirtschaft“ und außerdem dürfe „der Gesundheitsbereich nicht ausgenommen werden“, wie auch „zahlreiche Leistungen vom Unterricht in öffentlichen Schulen bis hin zur Nutzung von Straßen“. Eine derartige Umverteilung der Steuerlasten zugunsten der Kapitalisten und zuungunsten der Lohnabhängigen würde blitzschnell zu Ergebnissen führen wie z.B. Einführung von Schulgeld, ein im Fahrpreis enthaltener Nutzpriß der Straßen, weitere Krankenhausgebühren oder auch, um das einzige konkrete Beispiel aus dem Gutachten anzuführen: „Die Aufwendungen der privaten Haushalte für die Nutzung einer Wohnung stellen Konsumausgaben dar, die ... steuerlich erfaßt werden müßten.“

Da die Gewerbesteuerumlage in dem Bundeshaushalt (1981: 5,6 Mrd. DM) wegfallen würde, soll dies im Bundeshaushalt dadurch ausgeglichen werden, „daß der Anteil der Gemeinden an dem Einkommensteueraufkommen entsprechend herabgesetzt würde ...“, gleichsam als Stachel an die Kommunen, in der vorgegebenen Richtung der Steuererhebung zu verfahren.

Quellenhinweis: Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern, Schriftreihe BNH, Heft 13, 1982; Finanzbeicht 1983, BNH



Heppenheim. 1000 Teilnehmer fordern „Kein Giftgas im Viernheimer Wald“



Hamburg. 5000 Teilnehmer



Stuttgart. 3500 Teilnehmer



Westberlin. An der Demonstration der OTV beteiligen sich 6000

Anti-Kriegstag Wenig Kritik an der Reaktion

Die Erklärung des DGB-Bundesvorstands zum Anti-Kriegstag war für die Teilnehmer der Demonstrationen und Kundgebungen eine Belastung. Mit „Frieden in Freiheit für alle Menschen“ übernahm der DGB die CDU-Parole nach „Frieden in Freiheit“. Obwohl die CDU/CSU eine Kampagne verstärkt, in der sie die in der Verfassung verankerten Ansprüche auf Einverleibung der DDR in den Mittelpunkt stellt, grenzt sich der DGB von solchen Forderungen nicht ab. Dem kalten Krieg nichts entgehend, erklärt der DGB, daß Gewaltverzicht und Verzicht auf militärische Überlegenheit die Säulen der Entspannungspolitik seien. Gerade weil die DDR mit den Ostverträgen nicht anerkannt ist, kann die CDU die Ansprüche der BRD in den Vordergrund rücken. Aber nicht alle DGB-Redner ließen sich in den Aufruf pressen, nach den uns vorliegenden Berichten griffen Teilnehmer die Politik des Kalten Krieges an.

Detlev Hensche von der Druck und Papier erklärte auf einer Veranstaltung in Ludwigshafen, daß es nicht richtig ist, wenn in den Schulen die Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 offen propagiert wird, daß CDU-Politiker ungehindert Eingreiftruppen für den Weg zum Öl verlangen. Das Landesvorstandsmitglied der Druck und Papier Baden-Württembergs, Holzmann, wies in seiner Rede in Ulm darauf hin, daß die Politik der Stärke wieder aktuell geworden ist und, wie vor zwanzig Jahren, eine Korrektur der Ergebnisse des 2. Weltkrieges beabsichtigt ist. Ein DGB-Redner in Augsburg bezeichnete die Politik des DGB als halbherzig. Deutlicher wurde Peter Schaaf vom Hauptvorstand der IG Metall in Friedrichshafen. Er übte Kritik daran, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie vor und während des 1. und 2. Weltkrieges sich in Sozialpartnerschaft mit Kriegstreibern und Reaktionskräften einließen. Er lehnte jegliche Burgfriedenspolitik ab und warnte „vor jeglichen Umarmungsversuchen der Gewerkschaften durch die Reaktionskräfte“. Diese angeführten Reden sind Ausnahmen. Die Positionen der Gewerkschaften bilden sich weiter rechts. Noch nicht einmal kann man behaupten, daß der Haushaltsentwurf '83 auf vielen Veranstaltungen ernstzunehmend kritisiert wurde. Daß der Veranstaltungsbesuch stark rückläufig ist, deutlich weniger als im Vorjahr teilnahmen, wird den DGB-Bundesvorstand leider auch nicht beeindrucken.

SPD Glotz verteidigt „Rang“ von E. Jünger

Der Geschäftsführer der SPD, Dr. Peter Glotz, hat sich verpflichtet gefühlt, für Ernst Jünger in die Bresche zu springen und ihn gegen Angriffe der Frankfurter Stadtratsfraktionen von Grünen und SPD zu verteidigen. Die Grünen hatten Jünger völlig zu Recht als „ideologischen Wegbereiter des Faschismus“ beurteilt und gefordert, daß die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, den Goethepreis in diesem Jahr an Ernst Jünger zu verleihen, zurücknimmt.

In einem Aufsatz im „Rheinischen Merkur“, dem Blatt der katholischen Bischöfe, brachte Glotz diese Kritik mit „Denunziation“ zusammen und erklärte: „Jüngers Ansichten sind nicht die meinen; für mich ist – anders als für ihn – auch die ‚Studentenpolitik Hitlers‘ und der ‚Anschluß Österreichs‘ verbrecherische Politik. Aber die ‚Strahlungen‘ sind ein faszinierend präzises Protokoll der Jahre der Diktatur und der ‚Arbeiter‘ ist noch in seinen Irrtümern eine Zeitdiagnose von unerbittlicher Schärfe. Ernst Jünger kann man ablehnen und bekämpfen; wer ihm den Rang streitig macht, geht unter das eigene Niveau.“

Was der Geschäftsführer der SPD als „Zeitdiagnose“ ausgibt, ist von derselben Sorte „Zeitdiagnose“ und mit demselben Ziel wie Adolf Hitlers „Mein Kampf“. Jünger forderte in der 1932 veröffentlichten Schrift, daß der „deutsche Krieger“ als höchstes Wesen der Menschheitsentwicklung den Krieg um die Weltherrschaft führe, sich zum „eigentlichen Herrn dieser Welt“ mache. Die zu errichtende Diktatur solle militärisch organisiert sein: „Das Muster jeder Gliederung ist die Heeres-Gliederung“.

1932 bereiteten die deutschen Imperialisten ihren zweiten imperialistischen Krieg vor und als Mittel dazu die offen terroristische Herrschaft. Jüngers „Arbeiter“ versuchte, die Begründung dafür zu liefern. 1971 zeichnete Jünger als Herausgeber der neofaschistischen italienischen Zeitschrift „La Destra“. 1981 veröffentlichte Jünger den „Arbeiter“ erneut, im Vorwort schrieb er: Das Werk „stellt den Versuch dar, einen Punkt zu gewinnen, von dem aus die Ereignisse in ihrer Vielfalt und Gegensätzlichkeit nicht nur zu begreifen sondern, obwohl gefährlich, auch zu begrüßen sind.“ Was Jünger heute „begrüßt“, ist die Nazidiktatur.

Solche Gedankengänge verteidigt Glotz, derzeit Geschäftsführer der SPD, in ihrem „Rang“ als zur „deut-



CDU-Ministerpräsident Filbinger verlieh Jünger 1974 den Schillerpreis

schen Kultur“ gehörend. Damit will der SPD-Geschäftsführer die schmutzigste Vergangenheit des deutschen Imperialismus und ihre ideologischen Wegbereiter wieder selbst in der Sozialdemokratie „diskussionswürdig“ machen und das heißt auch als moralisch nicht unbedingt verwerflich hinstellen. Von einer Kritik des SPD-Parteivorstandes an den Äußerungen von Glotz ist bisher nichts bekannt.

Quellenhinweis: Rheinischer Merkur, 21.8.82; Politische Berichte 11/82; Dokumentation der Grünen zu F. Jünger, hrsg.: Die Grünen im Römer, Film.

Junge Union Zwangsjacke für die Grünen

Die Junge Union hält ihren Deutschlandtag Ende November in Eltville ab zum Thema „Reform des Parlamentarismus und der Parteien“. Das Spannendste an dem vorbereitenden Beschluß ihres Bundesvorstands ist das Kalkül, wie die Partei der Grünen als Vertreterin einer Opposition außerhalb des Parlaments eingemacht werden kann. Die JU übt sich in Zustimmung zu einigen von den Grünen vorgetragenen Kritikpunkten am parlamentarischen System, um ihnen Abwege vorzuschlagen, die sie in den Kreis der etablierten Parteien führen und sie ihres besonderen Einflusses bei zwei Gruppen berauben sollen. Diese seien „der ‚neue‘ Mittelstand und alle, die im Bildungs- und Erziehungsbereich tätig sind“.

Die Junge Union schmeichelt den Grünen damit, daß die Vielfältigkeit der im Parlament vertretenen Berufe vergrößert werden müsse. Dafür sollen sie aber einsehen, daß die Abgeordneten eine „gute Entlohnung“ brauchen wegen der Leistung und der Verantwortung. Sie sollten nicht die Bezahl-

lung kritisieren, sondern bessere Auswahl und Qualität verlangen. Auf den Ausbau des Naturschutzes kann sie sich mit den Grünen allemal einigen. Bloß sollen sie mit ihr die Frage stellen „nach einem – vor unseren Nachkommen und vor den Ärmsten der Welt – verantwortbaren Lebensstil“. Wenn es der CDU/CSU gelänge, ausreichend viele Menschen von der Notwendigkeit des Verzichts zu überzeugen, dann könnte die „Sozialpflichtigkeit organisierter Interessen“ erreicht und könnten die Sozialpartner, also die Gewerkschaften gezwungen werden, sich „am Gemeinwohl als regulativer Idee zu orientieren“. Bürgerinitiativen sollen der Kontrolle der Staatsorgane unterworfen werden, indem Anhörungs- und Beratungsrechte „an gewisse Mindeststandards innerverbandlicher Demokratie“ gebunden werden.

Um die Jugend zu gewinnen, soll die programmatische Debatte der CDU/CSU stärker in der Öffentlichkeit und

auch kontrovers geführt werden. Dabei müsse die Integrationsfähigkeit der Partei erhalten bleiben, denn dies sei ihr großer Vorzug gegenüber der SPD. „Eine zentralistische Parteistruktur engagiert den Betrachter nicht, während eine plurale Struktur ihn auf diese oder jene Weise zur Identifikation einlädt.“ Dieses schlaue Konzept, verschiedene Standpunkte in derselben bürgerlichen Partei als Alternativen auszugeben, kann aber bloß funktionieren, wenn die Grünen nicht mit ihrer „Basisdemokratie“ stören. Vor allem das imperative Mandat sei gänzlich undemokratisch, weil es bloß den Parteiapparaten Macht erteile, während sich die Bürger, die ja auf ab und zu stattfindende Wahlen und höchstens noch auf Volksbegehren, -entscheid und -befragung eingeschränkt seien, benachteiligt fühlen müßten. Bei diesen beschränkten Mitwirkungsmöglichkeiten müsse es aber bleiben.

Quellenhinweis: Beschluß des Bundesvorstands der Jungen Union Deutschlands vom 17. Juni 1982

Lohnbewegung

Das Kapital verschiebt sich in Niedriglohnbereiche: Festgeldforderungen!

Zum Beispiel: die Firma Bosch. Im Jahr 1979 erzielte das Unternehmen einen Zinsüberschuß von 48 Millionen DM, das Jahr drauf waren's schon 66 Millionen, und 1981 erreichte man einen 125-Millionen-Gipfel. Wohlgemerkt, aus Zinsüberschüssen aufgetürmt, das heißt aus der Differenz zwischen den Zinskosten für geliehene und den Zinseinnahmen für verliehene Gelder. Wieso eigentlich investiert die Firma (und so wie Bosch stehen viele der Großen im Geschäft da) solche Summen nicht in eigener Sache? Andere können Zinsen bezahlen, die den Betrag übersteigen, der nach einer Investition im Bosch-Geschäft als Profit aufkäme. Und diese anderen müssen, obwohl sie so nette Profiterwartungen haben, an Kapitalmangel leiden, d.h. gezwungen sein, zu pumpen und Zinsen zu zahlen. Wie geht das zu?

Öffentlich zugängliche Statistiken zeigen recht deutlich, daß die Industrieunternehmen in der BRD sich in zwei Kategorien scheiden: die Großindustrie, die bei etwa 1000 Beschäftigten aufwärts beginnt, und die sog. „mittelständischen Unternehmen“, die so um die 300 beschäftigen. Für die siebziger Jahre läßt sich aus solchen Angaben ausrechnen, daß die Kennzahlen für den Profit im Bereich der mittleren Unternehmen ganz erheblich höher gelegen haben. Und es wird auch ziemlich klar, wieso: Die Lohnkosten pro Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und Betriebsführer zu-

sammengerechnet) sind im Bereich der großen Industrie erheblich höher. Der Unterschied beträgt – je nach Branche – zehn, zwanzig, dreißig, ja vierzig Prozent.

Aber weil die Großen groß sind, ist die Geldmasse, die sich aus niedrigeren Profiten-Prozenten bei ihnen auf-türmt, selbstverständlich viel größer als die Geldmasse, die aus prozentig höheren Profiten bei mittleren und kleineren Unternehmungen aufläuft. Die Konzerne investieren unter solchen Bedingungen nicht so gerne in die von ihnen geführten Produktionsstätten: anderswo sind bessere Ertragsraten zu erzielen. Viele Mittelbetriebe bieten sich an:

Sie brauchen Kapital, weil sie zwar prozentmäßig hohe Profite machen, also hohe Zinsen zahlen können, aber die Masse der eingelaufenen Profite nicht ausreicht, um das Geschäft auf den möglichen Umfang auszudehnen.

So vermögen die großen Unternehmungen Investitionen zurückzuhalten, sie exportieren Kapital in Weltgegenden, wo sich hohe Profitraten erzielen lassen, und sie verleihen Kapital im Grunde an Betriebe, die verstehen, zu niedrigeren Löhnen arbeiten zu lassen.

Wie kommt es überhaupt zu dem großen Lohngefälle nach Unternehmensgrößenklassen? Wer schon länger mit der Politik der DGB-Gewerkschaften sich befaßt, erinnert sich schwach: In den sechziger und frühen siebziger Jahren war „betriebsnahe Tarifpolitik“

Trumpf. Die Gewerkschaften reagierten auf die besseren Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung in Großbetrieben mit dem Versuch, das Lohnniveau in diesen durch besondere Abmachungen, Betriebsvereinbarungen, Haustarife usw. auf weit über dem allgemeinen Tarifniveau zu sichern. Dies gelang dann auch. Mit Eintreten der Krise und damit verbunden zunehmender Arbeitslosigkeit boten derartige Verträge für die Beschäftigten in der großen Industrie einen gewissen Schutz. Nicht so im Bereich der mittleren Industrie. In der Zeit von 1975 bis 1978 (neuere Daten liegen nicht vor) ist die Spanne zwischen den pro-Kopf-Verdiensten in der großen und denen in der mittleren Industrie jedenfalls weiter gestiegen.

Inzwischen kommen viele Kapitalisten auf den Trichter, sich der Widerstandskraft großer Belegschaften zu entziehen, indem sie Produktionen stilllegen. Warum auch nicht, wo doch das vorher zusammengeraffte Kapital längst zu besseren Konditionen angelegt ist. Auch setzt man auf diesem Wege qualifizierte Arbeitskräfte frei, die sich – dann ja als Einzelne – irgendwann schon erheblich billiger einkaufen lassen werden.

Viele sind gegenwärtig vom „Kampf der XYZ-Belegschaft um ihre Arbeitsplätze“ fasziniert. Die Reaktionäre, weil sie hierin ein Gesundes des Volksbewußtseins in Richtung Schicksalsgemeinschaft von Kapital und Arbeit erkennen wollen; andere, weil sie meinen, daß darin eine massenhafte Kritik der Planlosigkeit kapitalistischen Wirtschaftens enthalten sei. Andere sind negativ fasziniert, weil die Reaktion positiv fasziniert ist. Auf die wirklichen Motive dieser Bewegungen achtet aber kaum jemand.

Die Leute wissen, wenn so eine Konzernniederlassung schließt, so werden sie eine andere Beschäftigung nicht zu





Über 50000 Beamte demonstrierten in Bonn

Bundesinnenminister Baum reagierte denkbar gereizt, und die bürgerliche Presse versuchte sich anderntags fast einhellig in höhnischer Kommentierung: Die Demonstration der in den DGB-Gewerkschaften DPG, GdED, GdP, GEW, ÖTV, GGFL, und IG

BE organisierten Beamten am 7.9. in Bonn zeigte Wirkung. Sie war in der Tat eindrucksvoll und aufschlußreich. Über 50000 demonstrierten gegen die vom Kabinett beschlossene dreimonatige Verschiebung der Besoldungserhöhung und für „gleichberechtigte gewerkschaftliche Verhandlungs- und Vereinbarungsrechte“ (DGB-Flugblatt).

Zu Recht wies der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach darauf

hin, daß der überwiegende Teil der Beamten entgegen allen Vorurteilen zu den Niedrigverdienern zählt, daß ihre Arbeitskraft durch Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, durch z.T. hohe Überstundenzahlen rasch verschlissen wird und daß die zusätzliche Lohnsenkung durch die Verschiebung der Besoldungserhöhung nicht zu ertragen sei. Der große Beifall, den er an dieser Stelle erhielt, bestätigte, was schon der Augenschein zeigte: Vor allem Beamte des einfachen und mittleren Dienstes, darunter sehr viele Post- und Polizeibeamte, waren nach Bonn gekommen. Wenn man bedenkt, daß die ÖTV die im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten praktisch nicht zur Demonstration mobilisiert hatte, so wurde dennoch deutlich, daß die unteren Einkommensklassen kampfbereit und die Bedingungen einer erfolgreichen Gegenwehr vohanden sind. Eine Niederlage hätte auch mit Sicherheit weitreichende Folgen, würde den Dienstherrn nicht nur zur Wiederholung ermuntern, sondern auch zu einer Neuauflage der von der ÖTV in diesem Jahr zurückgeschlagenen Kürzungspläne für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Ganz schädlich war angesichts dessen, daß Fehrenbach die Verschiebung der Besoldungserhöhung für Beamte zwar zurückwies, der Regierung aber zum wiederholten Male eine „Arbeitsmarktabgabe“ der Beamten anbot, also eine Lohnkürzung unter anderem Titel. Diese Kompromißbereitschaft von höchster Stelle wird Baum ein bißchen beruhigt haben.

denselben Lohnkonditionen finden, sondern zu erheblich schlechteren. Zwanzig, dreißig, vierzig Prozent Einkommensverlust stehen bevor. Es ist dies in Wirklichkeit eine verkappte Form des Lohnkampfes. Sie kämpfen nicht um einen Arbeitsplatz bei der Firma X, Y, Z, fühlen nicht als Xler, Ypsilonier oder Zler. Wären's die Niedriglohnbetriebe, die geschlossen würden, der Schmus käm gar nicht auf.

Wenn so eine Geschäftslage besteht, in der das Kapital magnetisch von Niedriglohnanwendungen angezogen werden kann, liegt wirklich nahe, was zu geschehen hat: Das Lohngefälle muß abgebaut werden! Dies wäre in doppelter Weise gut: Die Arbeiter würden ein bißchen mehr Geld gut brauchen können. Und wer wirklich meint, für niedrigere Zinsen und Arbeitsplatzsicherung (ganz konkret) kämpfen zu müssen, kann auch mitmachen: Wenn

die Kapitalisten nicht so verdienen werden, daß sie Kredite zu solchen Zinssätzen bezahlen können, dann werden die Zinsen schon sinken; wenn die Kapitalverschiebungsanreize gemindert werden, dann werden sie schon im eigenen Geschäft investieren. Das walte die Marktwirtschaft!

Festgeldforderungen wirken auch auf diese Art von Lohngefälle ausgleichend. Gerade in den Belegschaften großer Werke (die in der Vergangenheit oft gegen Festgeldforderungen waren) sollte über die Folgen gesprochen werden, die *unvermeidlich* sind, wenn in einem kapitalistischen Land die Beschäftigten in ganzen Bereichen einer Branche zu wenig verdienen. Der Ausgleich wird auf jeden Fall eintreten. Fragt sich nur, wie und auf welchem Niveau.

Quellenhinweis: Politische Berichte, Sozialstatistik, Nr. 16, 17, 18/1982; Betriebszeitung des BWK für die Beschäftigten in der Metallindustrie Baden-Württemberg vom 30.8.82

Rentensenkungen CDU: Weniger Staat – mehr „Leistungsbezug“

Am 25.8. hat die Bundesregierung die Gesetzesvorhaben gegen die Rentner (s. Pol. Berichte 16/82) beschlossen. Das Kabinett folgte somit dem Kurs von Sozialminister Westphal, mit Geldern der Rentenkasse Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Finanzkapitals zu finanzieren. Genscher hatte wenige Tage zuvor „mit Befriedigung“ (1) den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Haase vernommen, die Renten in Zukunft „auf Nettobasis“ zu erhöhen.

Der CDU reichen die Beschlüsse der Regierung lange nicht. „Es wird bei-

spielsweise der Witwe mit einer Rente von 600 DM kein *weiteres* Rentenopfer zumutbar sein, solange mit Hilfe der Zusatzversorgung Alterseinkünfte im öffentlichen Dienst möglich sind, die über den letzten Nettoeinkünften liegen.“ (Blüm) Aber wie findet die Reaktion eine Möglichkeit für weitere Rentensenkungen? Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Blüm greift den Gedanken der Leistungsrente – vor einiger Zeit von Biedenkopf verbreitet – wieder auf. „Rente darf kein Almosen werden. Sie muß Gegenleistung für eigene Leistung bleiben.“ (2) Blüm ist für den „Lohnbezug“ der Rente, da sie „zeitlich verschobener Lohn“ und nicht ein „Geschenk der Allgemeinheit“ ist. Blüm ist – im Gegensatz zu Biedenkopf – für den Bruttolohnbezug der Rente, will aber Leistungen, die nach seiner Auffassung mit dem Versicherungsgegenstand „Alter“ nichts zu tun haben, aus der Rentenversicherung herausnehmen. Z.B. argumentiert Blüm gegen eine „Behindertenrente“. Ein 45jähriger, der erwerbsunfähig wird, soll von der Familie versorgt werden oder Sozialhilfe bekommen, aber noch keine Rente. Auch Krankheit sei ein Versicherungsrisiko, das nicht über eine Altersversicherung abgedeckt ist. Also sollen die Rentner Krankenkassenbeiträge zahlen. „Die Entlastung der Rentenversicherung muß nicht über den Staat organisiert werden ... Der Krankenversicherungsbeitrag fordert die Solidarität der Rentner unmittelbar heraus und ist für sie einsichtiger als eine Besteuerung.“ (Blüm) Nehmen die Rentner nicht mehr Leistungen in Anspruch als sie zahlen? Blüm drängt, daß die Rentner den kompletten Krankenversicherungsbeitrag zahlen, den die Rentenversicherung an die Krankenkassen zahlt.

So könnte auch der Bundeszuschuß (1957 31,4% der Rentenausgaben, 1981 16,9%) gestrichen werden. Denn diesem „Zuschuß“ entspreche wahrlich überhaupt keine Leistung der Rentner. Er ist „Almosen“ – und wer will die schon. Schließlich ließe sich gegen die Forderung einer Mindestrente polemisieren, denn sie löst – so Blüm – den Zusammenhang von Rente und Lohn auf und somit den „Leistungsbezug“.

Blüm verteidigt die bruttolohnbezogene Rente, die doch bewirkt, daß 35% der Renten unter 500 DM und 60% unter 1000 DM liegen. Die Gewerkschaften müßten gegen die Reaktion die Forderung nach einer Mindestrente erheben. Stattdessen hat sich der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr vor kurzem für eine „modifizierte Bruttolohnanpassung“ ausgesprochen. (3) Die Rente soll nach der Bruttoformel berechnet und als Bruttocin-

kommen behandelt werden, also besteuert werden. Diese Auffassung steht in krassem Widerspruch zur der Beschlußfassung der Gewerkschaftstage 1980. Die IG Chemie und IG Metall hielten damals eine Rente von 90% des Nettolohnes für nötig und die ÖTV sprach von einer Absicherung des vollen Nettolohns. Muhr bringt den DGB



Mehr als 700000 Rentner in der BRD sind Sozialhilfeempfänger.

durch seine Position in Widerspruch zu den Interessen der Rentner und der ganzen Arbeiterklasse, wo Unterstützung nötig wäre. Am 7.9. hat der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) auf einer Kundgebung in Bonn die Rücknahme der Regierungsbeschlüsse verlangt.

1) freie demokratische Korrespondenz, Ausgabe 130; 2) Arbeit und Sozialpolitik 7 82, S. 219ff; 3) Welt der Arbeit, 26.8. 1982; weiterer Quellenhinweis: Die Fackel, Zeitung des VdK, 9 1982

USA

Prozeßwelle soll Wehrrfassung durchsetzen

In den USA begann Ende August eine Serie von Prozessen gegen Jugendliche, die sich der Wehrrfassung widersetzen. Gegen 160 Jugendliche – sie gehören politischen und religiösen Organisationen an – will das Justizministerium Anzeige erstatten. Fünf Prozesse sind bereits angesetzt und das erste Urteil gesprochen. Ein Gericht in Poanoke im Bundesstaat Virginia verurteilte E. Eller zu drei Jahren Gefängnis, ausgesetzt zur Bewährung, und zu 250 Stunden „öffentlicher Arbeit“. Das Gericht kündigte dem Verurteilten an, wenn er sich nicht innerhalb von 90 Tagen registrieren lasse, müsse er mit der Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis und 10000 Dollar Geldstrafe rechnen.

Die Bourgeoisie in den USA hatte einige Zeit gezögert, die Strafverfolgung gegen die Jugendlichen zu beginnen. Aber es werden ihr zuviele. Von denen, die seit dem März dieses Jahres 18 Jahre alt wurden, haben sich bislang 150000 der Erfassung widersetzt. Im vergangenen Jahr hatten sich zuerst nur 69% des Jahrgangs 1963 registrieren lassen. Das Justizministerium verschickte Drohbriefe und setzte die Jugendlichen unter schweren Druck. Dadurch wurden es schließlich 92%. Aber auch das ist der Regierung zu wenig – sie hatte bei der Einführung der Wehrrfassung 1980 mit 98% gerechnet, die „loyal“ sind. 2% eines Jahrgangs sind ca. 80000 Jugendliche. Seit 1980 haben sich aber bereits 674000 nicht auf den Postämtern zur Registrierung gemeldet. 33000 von ihnen bekamen in diesen Tagen in einem Brief des Justizministeriums harte Strafen angekündigt, wenn sie sich nicht unverzüglich registrieren ließen.

1971 war in den USA die Wehrrpflicht und 1975 auch die Wehrrfassung ausgesetzt worden. Das war ein Ergebnis des Vietnamkrieges und der Zersetzung der Wehrrpflichtigenarmee. Carter hatte die Wehrrfassung nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wieder eingeführt. Jugendliche müssen sich seit 1980 30 Tage vor bis 30 Tage nach ihrem 18. Geburtstag auf Postämtern melden und dabei Name, Adresse, Geburtsdatum, Telefonnummer und Sozialversicherungsnummer angeben. Die Bourgeoisie will alle Jugendlichen von den Militärbehörden erfassen – in den USA gibt es keine Meldepflicht –, um im Kriegsfall die Mobilisierungsphase erheblich zu verkürzen. R. Reagan war noch im Wahlkampf gegen die Wehrrfassung aufgetreten und hatte eine bessere Besoldung der Berufssoldaten propagiert. Weil die wirtschaftlichen Verhältnisse für sehr viele Jugendlichen trostlos sind, haben die US-Imperialisten inzwischen doch zahlreiche Jugendliche in die Berufssoldaten zwingen können. Ohne Wehrrpflicht waren 1980 2051000 Militärpersonen im aktiven Dienst. Reagan hat nun beschlossen, die Wehrrfassung beizubehalten, um im Kriegsfall über ausreichend Kanonenfutter zu verfügen. Gegen diese Pläne der US-Imperialisten hat vom 13. bis 22.8. in den USA eine Aktionswoche stattgefunden. Sie wurde organisiert vom Nationalen Komitee gegen Registrierung und Wehrrpflicht (CARD). Einer ihrer Sprecher erklärte, daß die Wehrrfassung eine Maßnahme ist, die Wehrrpflicht wieder einzuführen.

Quellenhinweis: FAZ, 19.8.1982; Time, 30.8.1982; Wall Street Journal, 5.8.1982

Wenn die Kapitalisten die Lohnfortzahlung beseitigen könnten, wäre den Arbeitern ein kürzeres Leben gewiß

Werden die westdeutschen Arbeiter und Angestellten gesünder und weniger faul, oder treibt sie die Furcht vor Entlassungen massenhaft in die Fabriken und Büros, obwohl sie eigentlich krank sind? In den ersten sechs Monaten 1982 waren jedenfalls mit 5,1% der Beschäftigten erheblich weniger krankgeschrieben als mit 5,8% im ersten Halbjahr 1981 und 6,2% für denselben Zeitraum 1980. Seit 1970 sollen noch nie so wenige im Krankenstand gewesen sein. Die einen sagen, da sieht man's, in schlechten Zeiten wächst die Arbeitsmoral, und die Profitseelen fordern auch gleich, daß jetzt dauerhafte Maßnahmen gegen alle Blaumacher, die das Soziale Netz als Hängematte mißbrauchen, ergriffen werden müs-

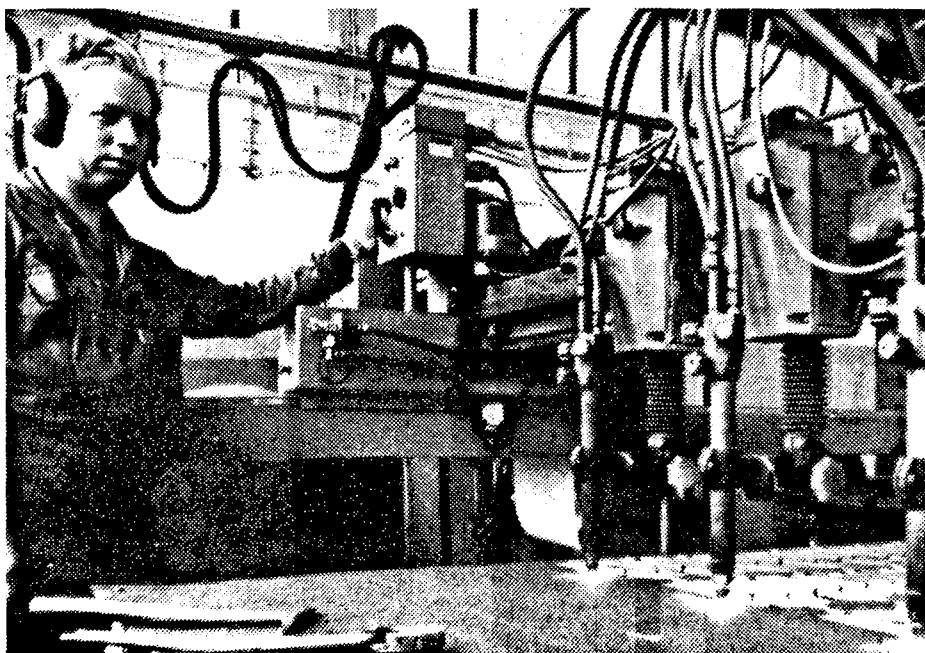
sen. Andere haben eher im Stillen die Hoffnung, daß mit sinkendem Krankenstand die Krankenversicherungen finanziell entlastet würden, und die Kapitalisten ihre Angriffe gegen die Lohnfortzahlung mildern könnten. Vielleicht wäre diese Hoffnung berechtigt, wenn ein verbesserter Gesundheitszustand der Grund für die abnehmenden Krankmeldungen wäre. Aber der geringere Krankenstand hat mit dem Gesundheitszustand nichts, mit verbesserter Arbeitsmoral wenig, dagegen viel mit dem Geschehen auf dem Arbeitsmarkt zu tun.

Die Kapitalisten entlassen bevorzugt jene, die häufig krank und lange krank sind. In jeder Gewerkschaftszeitung kann man Berichte lesen, wie die Un-

ternehmensleitungen Jagd auf Kranke machen. Und genügt nicht als Beweis eine Untersuchung des Gesundheitszustands der Arbeitslosen aus dem Jahr 1981, wonach jeder zweite Arbeitslose an einer chronischen Erkrankung litt? (1) Warum die Kapitalisten so gezielt entlassen, liegt auf der Hand. Kann ein Unternehmen den Krankenstand von 10% auf 8% senken, verkürzt sich die Abwesenheit aufgrund von Krankheit von 22 auf 17 Arbeitstage jährlich, und ohne einen Pfennig mehr Lohn zu zahlen, hat der Kapitalist fünf Arbeitstage je Arbeiter mehr.

Nicht zufällig konzentrieren sich die westdeutschen Kapitalisten in der Auseinandersetzung um die Krankenversicherungen auf die Lohnfortzahlung. Den Krankenkassenbeitrag zahlt der Kapitalist zur Hälfte und im gleichen Verhältnis wie seine Konkurrenten. Hat er aber seinen Ausbeutungsstandard hoch entwickelt mit den entsprechenden Folgen für den Gesundheitszustand seiner Beschäftigten, haftet er direkt mit höheren Ausgaben für die Lohnfortzahlung. Deshalb stehen auch Siemens, Bayer, Hoesch, MAN und die anderen großen Monopole, die alle einen überdurchschnittlichen Krankenstand aufweisen, in vorderster Front gegen die Lohnfortzahlung.

Dagegen hat die Arbeiterbewegung allen Grund, die Lohnfortzahlung zu verteidigen. Die tarifvertragliche und gesetzliche Absicherung, daß die Kapitalisten in den ersten sechs Wochen Krankheit den Lohn weiterzahlen müssen, hat schwere Kämpfe erfordert, hat aber mit ziemlicher Sicherheit lebensverlängernd für viele Zehntausende gewirkt. In den Jahren 1958/59 betrug die statistische Lebenserwartung eines 30jährigen 41,39 Jahre. Die Steigerung der Ausbeutung durch die Kapitalisten war der Grund, daß sie in den folgenden Jahren ständig sank und 1968/70 den Tiefstand mit 40,75 Jahren erreichte. Daß die Lebenserwartung im weiteren nicht mehr gesunken, sondern bis 1977/79 wieder auf 42,01 Jahre für einen 30jährigen stieg, hat sicher seinen Grund darin, daß die Arbeiterbewegung die Kapitalisten zwingen konnte, seit 1970 gesetzlich den Lohn bei Arbeitsunfähigkeit weiter zu zahlen. Steigert der Kapitalist die Intensität der Arbeit, verschlechtert er die Arbeitsbedingungen, so wächst die Zahl der Krankmeldungen, der Anträge auf Kuren usw. Für den Arbeiter dagegen besteht die Möglichkeit, seinem Körper



Fälle von Arbeitsunfähigkeit nach Krankheitsarten und durchschnittlicher Dauer der Arbeitsunfähigkeit je Fall. Vergleich 1967 – 69 zu 1976 – 78

Krankheitsart	Männer				Frauen			
	Fälle/1000 M	Tage je Fall	Fälle/1000 M	Tage je Fall	Fälle/1000 M	Tage je Fall	Fälle/1000 M	Tage je Fall
	67-69	76-78	67-69	76-78	67-69	76-78	67-69	76-78
Infektionen, parasitäre K	7,1	44,5	53,5	12,9	7,7	41,6	40,6	12,6
Tumore	4,1	5,4	80,4	61,0	8,8	13,3	80,3	62,1
Allerg., Stoffw., Psych. K.	39,8	63,7	37,2	25,3	58,8	69,4	32,7	26,4
Kreislaufk.	47,9	59,9	47,6	32,2	80,8	88,7	34,6	24,2
Atmungsorgane	251,3	291,8	15,2	11,2	288,2	295,7	15,4	11,5
Verdauungsorgane	122,0	116,7	26,2	21,2	108,1	98,3	25,4	19,2
Harnorg., Hautk.,								
Schwangerschaftskomp.	44,1	47,2	23,7	18,6	138,6	136,3	24,6	20,5
Knochen, Sinnesorg, sonst.	149,4	204,7	23,1	19,6	140,7	177,2	24,4	21,9
Unfälle, Vergiftungen	219,0	208,5	18,5	17,0	91,0	88,0	23,6	19,9
gesamt	884,7	1042,5	22,6	17,9	922,7	1009,0	23,6	18,9

Quellenhinweis: Statistische Jahrbücher der BRD

Reaktionäres Modell: Gibt es zu viele Behinderte, muß man die Anerkennung erschweren

CSU-Generalsekretär Stoiber stellt kurzum fest, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß fast jeder zehnte Bayer ein Behinderter sei, man müsse wohl die Anerkennungskriterien überprüfen.

Bis 1974 waren nur die Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten und die Opfer von Arbeitsunfällen und anerkannten Berufskrankheiten als Behinderte anerkannt. Der Raubbau an der Gesundheit durch die immer intensivere Arbeit für die Kapitalisten hatte aber 1974 vor allem bei den Arbeitern längst Ausmaße angenommen, die den Kriegsbeschädigten nicht nachstanden. Die durch die Folgen der Ausbeutung Behinderten und Schwerbeschädigten konnten eine gewisse Gleichstellung zu den Kriegsbeschädigten durchsetzen. Damit war aber auch das Verursacherprinzip bei der Feststellung der Behinderung (angegeben in MdE, d.h. Minderung der Erwerbsfähigkeit in Prozent, ohne daß damit die berufliche Leistungsfähigkeit gemeint ist) aufgegeben und somit die Kapitalisten als Verursacher aus der Zahlungspflicht.

Im Jahr 1979 (1) waren 3,4 Mio. Behinderte durch die Versorgungsämter erfaßt, geschätzt werden über 4 Mio. Von diesen waren 87% Schwerbeschädigte, d.h. mit einer MdE von 50% und mehr. Der Anteil an der Bevölkerung lag bei 5,6%,

6,6% bei den Männern und 4,7% bei den Frauen. Während bei den Mädchen und Jungen noch gleich viel behindert sind, ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen am größten im Alter zwischen 25 und 60 Jahren (46%), was nur durch die größere berufliche Belastung der Männer zu erklären ist.

Unter den Behinderungsarten (die schwerwiegendste bestimmt die statistische Zuordnung) sind Krankheiten der inneren Organe am häufigsten (34%), davon sind 51,1% Krankheiten von Herz und Kreislauf, Folge von Überlastung. Weitere häufige Behinderungsarten sind Krankheiten von Armen und Beinen (16,1%) und der Wirbelsäule (13,6%).

Auch die Aufteilung nach Ursachen weist auf die Kapitalisten als Verursacher hin: Krankheiten 71,7%; anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- und Zivildienstbeschädigung 7,5%; angeborene Behinderung 5,5%; Arbeitsunfälle bzw. Berufskrankheiten 2,2%; Verkehrsunfall 1%; häuslicher Unfall 0,3%; sonstige Ursachen 11,9%.

Um als Behinderter anerkannt zu werden, muß immerhin eine „schwerwiegende nicht vorübergehende Beeinträchtigung körperlicher, geistiger und seelischer Funktionen – gemessen an jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Normen ...“ (2) vorliegen. Der Bundesminister für Arbeit und Sozial-

ordnung hat 1977 z.B. für Anerkennung einer MdE von 50% durch Herzkrankheit eine Leistungsbeeinträchtigung schon bei leichter Belastung (50 Watt), d.h. Luftnot bei einer Treppe, verlangt (3). Angeblich sollen aber die „Vergünstigungen“ Behinderte erzeugen.

Welches sind nun die „Vergünstigungen“: Schwerbeschädigte darf ein Kapitalist erst nach vorheriger Zustimmung der Hauptfürsorgestelle kündigen. Schwerbeschädigte dürfen Überstunden verweigern und haben Anspruch auf einen zusätzlichen Urlaub von 6 Arbeitstagen im Jahr. In den öffentlichen Verkehrsmitteln steht ihnen ein Sitzplatz zu, und wenn sie zudem schwer gehbehindert sind, dürfen sie im öffentlichen Nahverkehr umsonst fahren, bzw. sie können zwei mal die Woche einen Spezialbeförderungsdienst in Anspruch nehmen. Notwendige Begleitpersonen fahren umsonst mit. Unter besonderen Bedingungen wird ein Teil der KFZ-Versicherung und die KFZ-Steuer erlassen und für außergewöhnliche Belastungen ein Freibetrag bei der Lohnsteuer anerkannt. Wer sein Haus nicht verlassen kann, braucht keine Rundfunk- und Fernmeldegebühren bezahlen. Pflegebedürftige können Pflegegeld beantragen.

Insbesondere können Schwerbeschädigte Rehabilitationsmaßnahmen in Anspruch nehmen und nach Vollendung des 60. Lebensjahres in Rente gehen.

Daß diese „Vergünstigungen“ wirklich kein Ausgleich sind für den Verlust

bei Anzeichen von Verschleiß eine Erholpause zu verschaffen, bevor die Schäden völlig irreparabel werden.

Es wäre eine ziemliche Illusion zu meinen, daß sich die Kapitalisten mit der erreichten Profitmehrung durch gesenkten Krankenstand zufrieden gäben. Ihnen schwant, daß die Entwicklung nicht von Dauer ist. Das Statistische Bundesamt berichtete vor kurzem, fast 10 Millionen, d.h. 16% der Bevölkerung hätten sich in einer Haushaltsumfrage als krank oder unfallverletzt bezeichnet. Alles spricht dafür, daß die Gesundheit großer Volksschichten sich erkennbar verschlechtert, denn der Lohn sinkt, und die Arbeitsintensität steigt.

Tatsächlich haben die Kapitalisten den Gesundheitszustand der Lohnabhängigen bereits erheblich verschlechtert, ohne daß sich das in den Krankenzahlen niedergeschlagen hat. Aus der Tabelle Seite 13 ist zu entnehmen: Zwar haben sich je 1000 Mitglieder mit Lohnfortzahlungsanspruch

1976–78 erheblich mehr und öfter Arbeiter und Angestellte krank gemeldet als 1967–69, gleichzeitig waren sie jedoch im Durchschnitt um einige Zeit kürzer arbeitsunfähig, so daß die Männer im Durchschnitt statt 20 Kalender-



Fließbandarbeit – 37% der Arbeiterinnen in solchen Tätigkeiten haben ernsthafte Gesundheitsstörungen.

tage nur noch 18,6 und die Frauen statt 21,8 nur noch 19 Kalendertage im Jahr wegen Krankheit nicht in der Fabrik oder im Büro waren. Als Grund wird von Ärzten angegeben, daß inzwischen bei Beschwerden krank geschrieben werden muß, mit denen früher noch zur Arbeit gegangen wurde. Nicht weil die „Leidensfähigkeit“ abgenommen hat, sondern weil die Arbeitsintensität so hoch ist, daß es gar nicht mehr geht, mit einem Schnupfen am Fließband zu stehen.

Wenn die Bourgeois sich über den Gesundheitszustand der Lohnabhängigen äußern, dann unter dem Titel „wachsende Zivilisationskrankheiten“. Wenn man die Kunst des Schweißauspressens und der Lohnsenkung als Zivilisation bezeichnen möchte, mag das stimmen. Denn je mehr die Kapitalisten diese Zivilisation gegenüber bestimmten Arbeitergruppen entwickelt haben, umso mehr haben diese Beschäftigten ihre Zivilisationskrankheiten. „Insbesondere Schweißer blei-

der Gesundheit und bei weitem nicht ausreichen, um den Behinderten einigermaßen das Leben zu erleichtern, mußten die bürgerlichen Politiker in den letzten Jahren häufig durch die Kämpfe der Behinderten erfahren.

Aber bei den laufenden Kriegsvorbereitungen nimmt die Bourgeoisie keine Rücksicht. Um sich im internationalen Konkurrenzkampf durchzusetzen, ver-

Posten (Hamburg 1981 10 Mio. DM) werden lohnendere Raubzüge vorbereitet. Für die Rehabilitationsmaßnahmen sind im Jahr 1978 über 7 Mrd. DM an Sach- und Einkommensleistungen bezahlt worden, ohne Ausgaben der Krankenkassen. Kuren „zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit“ sind bekanntlich schon erheblich eingeschränkt. Gelder für Umschulungen

diesem Alter arbeiten. 1981 hat im Vergleich zu 1975 die Verrentung im Alter zwischen 55 und 59 Jahren um über 80% zugenommen, die Verrentung von 57jährigen sogar um 112,9% mit überdurchschnittlicher Beteiligung von Arbeitern (4). Dazu schreibt das Handelsblatt (5) – die Gewerkschaften im Visier –, jede weitere gesetzliche Erleichterung von früherer Verrentung fördere diesen „erdrutschartigen Trend“, was heißt, daß bestehende Gesetze, insbesondere die Verrentung von Schwerbehinderten mit 60 Jahren, „überprüft“ werden sollen.

Bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten braucht bloß die Prüfung erschwert werden. Der Computer druckt automatisch aus: „Mit dem vorhandenen Leistungsvermögen können auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Arbeiten vollschichtig ausgeübt werden. Damit kann wenigstens die Hälfte dessen verdient werden, was gesunde Versicherte mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten üblicherweise verdienen“ (6).

Doppelter Vorteil für die imperialistische Bourgeoisie: billige Arbeitskräfte bis zum Umfallen und Rente ganz eingespарт.

1) Zur Situation der Behinderten in der BRD, Stat. Bundesamt 1979; 2) Bericht zur sozialen Situation der Behinderten, Hamburger Senat, 8.12.1981; 3) Anhaltspunkte für die ärztliche Begutachtung Behindertener nach dem Schwerbehindertengesetz, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1977; 4) Die Angestelltenversicherung, Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, 7 8 1982; 5) Handelsblatt 24.8.1982; 6) automatisierter Rentenablehnungsbescheid



1981: Behinderte nutzten die Festreden von Carstens zum „Jahr der Behinderten“ zu Protesten gegen ihre Lage.

heizen die Kapitalisten die Arbeitskräfte noch schonungsloser. Die Folgekosten bei staatlichen und Versicherungskassen müssen gesenkt werden. Die CDU fragt im Bundestag an, ob nicht die kostenlose Benutzung des Personennahverkehrs wieder einkommensabhängig gestaltet werden könne. Mit Angriffen auf verhältnismäßig kleine

gekürzt. Bei der Rentenversicherung handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge, die durch vorzeitige Verrentung von Schwerbeschädigten und Erwerbsunfähigen „verloren“ gehen.

Obwohl das Rentenalter offiziell noch bei 65 Jahren liegt, können nicht mal 20% der Rentenversicherten bis zu

ben wegen Krankheit extrem häufig im Jahr der Arbeit fern. 85% von ihnen waren mindestens einmal im Jahr krank geschrieben.“ Rainer Müller, der die Arbeitsunfähigkeitsdaten der Ortskrankenkasse Bremerhaven-Wesermünder aus den Jahren 1968 bis 1976 ausgewertet hat, schreibt weiter: „Auf einen Schweißer kamen insgesamt 38,2 Fehltage. Männliche Pflichtversicherte fehlten dagegen im Durchschnitt nur 22 Tage ... So entfielen 1976 auf 100 Schweißer 69 Fälle mit Krankheiten der Atmungsorgane, davon waren 42 Fälle Grippeerkrankungen. Auf 100 männliche und weibliche Pflichtversicherte insgesamt kamen 29 Atemwegserkrankungen. Das Erkrankungsrisiko für Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes betrug 1976 für Schweißer 48 Fälle pro 100 Versicherte gegenüber 20 Fälle pro 100 Versicherte insgesamt ... Die Verhältniszahlen für Erkrankungen des Verdauungstrakts bei Schweißern im Vergleich mit allen Versicherten insgesamt

lautet: 40 zu 11 Fälle pro 100 Versicherte, Schleimhautentzündungen des Magens bzw. des Zwölffingerdarms dominieren mit 22 Fällen bei Schweißern zu 4 Fällen bei allen Versicherten ...“ (2)

Nun sind es nicht bloß die Schweißer, die bei hoher körperlicher Beanspruchung unter ungünstigen klimatischen Bedingungen und bei Belastung durch Lärm, Rauch, Gase, Dämpfe, Zeitdruck, Wechselschicht und Nachtarbeit schinden müssen. In der BRD müssen 4,2 Millionen (19% aller Erwerbstätigen) fast immer oder häufig in gebückter Körperhaltung arbeiten. 3,8 Mio. (17%) müssen ständig Lasten über 20 kg heben oder tragen; 5,2 Mio. arbeiten in Nässe, Kälte, Hitze oder Zugluft; 4 Mio. in Rauch, Staub, Gasen oder Dämpfen; 5,5 Mio. sind Schichtarbeiter, davon 3,1 Mio. ständig; 6,4 Mio. leiden unter Lärm und 6,2 Mio. verrichten stumpfsinnige Arbeiten, bei denen alle Einzelheiten vorgeschrieben sind. Bei 63% sämtlicher

Erwerbstätigen in der BRD trifft mindestens eine dieser Belastungsarten zu, bei vier Millionen treten drei bis vier gleichzeitig auf. (3) In diesen Ausbeutungsbedingungen liegt der Hauptgrund für die wachsende Zahl von „Zivilisationskrankheiten“!

Trotz der intensiven Bemühungen der Bourgeoispropaganda, den Zusammenhang zwischen den Ausbeutungsbedingungen und dem Gesundheitszustand zu verdunkeln, ist der Einfluß in der Arbeiterbewegung recht gering, und die Wirkung bei den Ärzten bringt den Kapitalisten soviel nicht ein. Zwar sagt der Arzt, wenn ein Arbeiter mit Bronchitis zu ihm kommt, das sei alles Folge des Rauchens, aber er wird ihn arbeitsunfähig schreiben, weil er ihn für krank hält, und einen Kranken schickt man nicht in die Fabrik. Aus diesem Grund entwickelt die Reaktion gegenwärtig eine Propagandalinie, die sich gezielt an die Ärzteschaft wendet.

Auf dem Gesundheitspolitischen Kongreß der CSU im Juli erklärte Dr.

Teilarbeitsfähigkeit – Schonzeit für kranke Arbeiter?

Bisher konnte man sich freuen, daß die IG Metall allen Plänen der Kapitalisten und der Regierung auf Einschränkung der Lohnfortzahlung und Kürzung des Krankengeldes ein doch einigermaßen klares „Nein“ entgegengehalten hat. Inzwischen jedoch haben die Kapitalisten einen Weg gefunden, die IGM zu übertölpeln. Die „Welt der Arbeit“ vermeldet in einem Artikel von Rose-Marie Christ, daß verschiedene Firmen, die eine Betriebskrankenkasse haben, wie die Siemens AG und die Zahnradfabrik Friedrichshafen, mit ihren Betriebskrankenkassen Verträge geschlossen haben, die eine Teilarbeitsfähigkeit für kranke Arbeiter, die länger krank waren, vorsehen. Rund 200 Beschäftigte der Siemens AG hätten in den letzten drei Jahren davon Gebrauch gemacht. Und Rose-Marie Christ schreibt: „Der Vertrag verhalf auch Karl W., seine gerade wiedererlangte Gesundheit nicht erneut aufs Spiel zu setzen. Mit wöchentlich 20 Stunden gewöhnte er sich an den Arbeitsalltag ...“

Bisher konnten sich die Kapitalisten mit ihren Vorstellungen nach Einriß der gesetzlichen Bestimmungen zur Lohnfortzahlung nicht durchsetzen. Gefordert war von ihnen schon bei der Verabschiedung des Krankenkostendämpfungsgesetzes die Einführung von Karenztagen, also Krankheitstagen, die nicht von den Kapitalisten gezahlt werden müssen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bedauert dies in ihrem Jahresbericht 1981 und fordert eine Änderung des Lohnfortzahlungsgesetzes. Der über die Betriebskassen eingeschlagene Weg kann zum Erfolg führen.

Die Ortskrankenkassen, die AOKen, die die größten Krankenkas-

sen für abhängig Beschäftigte sind, hatten 1980 insgesamt 16,5 Mio. Mitglieder. Die Betriebskrankenkassen dagegen 4,3 Mio. Mitglieder, also ca. ein Viertel der Mitgliedschaft der AOKen. Das ist eine ausreichende Anzahl von Mitgliedern, um – konsequent eingeführt – einen erheblichen Druck auf die arbeitende Bevölkerung auszuüben und eine Spaltung zu erreichen.

Nicht umsonst wird das Pilotprojekt zunächst einmal mit Arbeitern durchgeführt, die länger krank waren. Oberflächlich erscheint es so, als sei die Teilarbeitsfähigkeit tatsächlich eine Schonzeit, und nach Aussagen des Instituts der Deutschen Wirtschaft führt die volle Belastung bei der Arbeit, besonders nach schweren Krankheiten, häufig zu erneuter Arbeitsunfähigkeit. In Wahrheit wird der Kranke noch gar nicht wieder gesund sein und der Arbeitsbelastung im Betrieb nicht standhalten können. Die Verwaltungsstelle Offenbach hat an den 13. o. Gewerkschaftstag der IGM den Antrag gestellt, sich dafür einzusetzen, daß die Zahlung des Krankengeldes nicht nach 78 Wochen (innerhalb von 3 Jahren) endet, sondern bis zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit oder des Rentenbeginns dauern soll. Ein anderer Grund, die Sache so aufzuziehen, wird sein, daß die Kapitalisten nicht gleich in den Geruch kommen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abschaffen zu wollen. Es ist wirklich ärgerlich, daß die IG Metall sich so auf die Kapitalistenpläne einläßt.

Quellenhinweise: Welt der Arbeit, 12.8.82; Sonderdruck der IG Metall vom 21.7.80, Antrag 613; Leitlinien für die Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen, März 82, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände



med. Hartwig Holzgartner vor den der CSU nahestehenden Ärzten „die falsche Definition des Krankheitsbegriffes der WHO“ (Weltgesundheitsorganisation) zum „geistigen Nährboden ... unserer heutigen Misere“ (4) Was erbost den Dr. med.? Laut Brockhaus, Ausgabe 1969: „Nach der Satzung der Weltgesundheitsorganisation ist Gesundheit allgemein der Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und das für jeden Menschen erreichbare Höchstmaß an Gesundheit eines seiner Grundrechte.“ In der Zeitschrift „Die Sozialversicherung“ vom April 1982 führt ein Med.-Dir. a.D. Dr. Eggenweiler in einem Artikel, der sich vor allem an Vertrauensärzte wendet, aus: „So erweckt die Satzung der WHO beim Individuum Erwartungen, die nicht erfüllt werden können, andererseits aber durch erhöhte und immer anspruchsvollere Forderungen an den Arzt die Kostenschraube im Gesundheitswesen in nicht mehr vertretbaren Maße anziehen. Da dem Menschen ein Höchstmaß an Gesundheit garantiert wird (was es übrigens gar nicht geben kann), hat er das Recht, zur Erreichung dieses oft vermeintlichen Zieles den größten Einsatz diagnostischer und therapeutischer Möglichkeiten ohne Rücksicht auf die Kostenfrage zu fordern.“ In der praktischen Nutzenanwendung empfiehlt der Med.-Dir. a.D. den Vertrauensärzten angesichts der wachsenden Zahl von psychischen Krankheiten und nervösen Störungen folgende Betrachtungsweise: „Nun gibt es im menschlichen Leben bekanntermaßen eine Unzahl von Befindensstörungen, die meist vorübergehend sind und ihre Ursachen in Unzufriedenheit, Unlust, Verärgerung, enttäuschten Erwartungen und dergl. mehr haben ... Die Tendenz ist unverkennbar, diese Störungen in den Krankheitsbegriff zu integrieren und daraus ggf. Vorteile zu ziehen, indem man sich ein Alibi dafür verschafft, unnötige ärztliche Inanspruchnahme zu fordern oder der Arbeit fern zu bleiben ... Solchen Tendenzen muß der Arzt im allgemeinen und der sozialärztliche Gutachter im besonderen energisch entgegenreten.“ (5)

Wenn es die Reaktion fertigmächtige, bestimmte Krankheiten als eigentlich gar keine Krankheiten, sondern als bloß „unvollkommene Gesundheit“ hinzustellen, wieviel leichter könnte dann auch die „Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten“ gelöst werden: Erkältung und arbeitsunfähig? Der will wohl blaumachen! Hustensaft auf Rezept? Plünderung der Sozialversicherung!

Man kann Vermutungen anstellen, wodurch der Gesundheitsbegriff der WHO wohl ersetzt werden soll. „Gesundheit, lat. Sanitas, Zustand der vol-

Die Bourgeoisie will Arme-Leute-Krankenkassen: „Selbstbeteiligung“ ist der erste Schritt

1,5 Mrd. DM entzieht die Bundesregierung 1983 den Krankenkassen durch die Absenkung der Beiträge der Arbeitslosen. Durch einen Finanzausgleich der Krankenkassen und die „Selbstbeteiligung“ soll dieser Betrag von den Lohnabhängigen aufgebracht werden. Die Rezeptgebühr pro Arzneimittel verteuert sich von 1,50 DM auf 2,00 DM und das bringt dem Staatssäckel 300 Mio. DM. 580 Mio. DM kostet die Versicherer die Herausnahme der „Bagatellmedizin“ aus der Erstattungspflicht. Darunter fällt Medizin gegen Reisekrankheit und Verstopfung, Grippe und Husten, Schnupfen und Schmerzen sowie Mund- und Rachenmittel. Durch Rechtsverordnung kann diese Liste rasch erweitert werden und weitere Arzneimittel sind auch bereits im Visier. Schließlich müssen ab 1983 pro Kur-Tag 10 DM gezahlt werden. Und für die erste Krankenhauswoche 35 DM. Warum für die zweite, dritte, vierte ... Woche nicht auch, fragt der Bourgeois? Und warum nur 5 DM am Tag, wo der Patient doch Vollpension mit Übernachtung hat und das ist im Hotel auch teuer?

Ins Gespräch gebracht hat die CDU/CSU ihre Absicht, weitere Versicherungsleistungen aus der Krankenversicherung auszuschließen. Der Abbruch einer Schwangerschaft und die Verpflichtung aus dem Mutter-

schaftsgesetz hätten mit Krankheit nichts zu tun. Die Bourgeoisie ist dabei, eine öffentliche Meinung dafür zu schaffen, daß die Krankenkassen in Zukunft nur noch eine sog. Grundsicherung anbieten sollen: „Wir werden ernsthaft darüber nachdenken müssen, wie eine gewisse Mindestversorgung im Krankheitsfalle im Rahmen des bisherigen Systems gesichert werden kann, gleichzeitig werden wir jedoch die verschiedenen Vorschläge prüfen, die darauf hinauslaufen, Anreize zu schaffen, die es dem Einzelnen lohnend erscheinen lassen, über diese Mindestversorgung im Krankheitsfalle hinausgehende individuelle Vorsorge zu treffen.“ Durch die sog. Selbstbeteiligung haben die Kapitalisten einen Einstieg geschafft, sich großer Teile der Krankenversicherungskosten zu entledigen. Statt kollektiver Krankenversicherung, die zur Hälfte von den Kapitalisten bezahlt werden muß, soll die individuelle Brieftasche die ärztliche Vorsorge und Behandlung regulieren. Insofern ist die Selbstbeteiligung – so die CSU – auch eine Form der Selbstbestimmung:

„Jeder soll die Möglichkeit haben, das Maß seiner Selbstbeteiligung selbst zu bestimmen, um so sein eigenes Risiko sinnvoll abzusichern.“ Die privaten Krankenversicherungen wittern schon das große Geschäft und von der gesetzlichen Krankenversicherung bliebe eine Art Armenfürsorge.

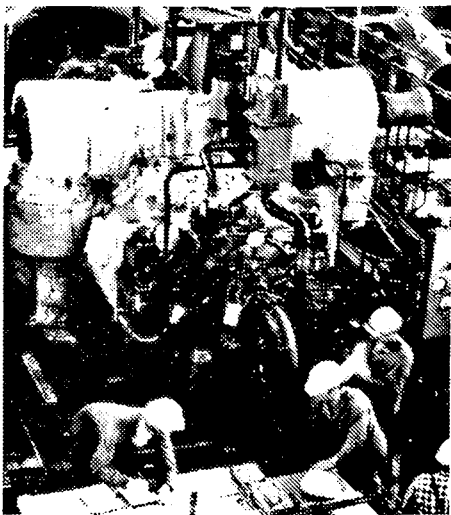


CDU/CSU will „mehr Marktwirtschaft“ bei Krankenversicherungen.

Durch die Senkung der Beiträge der Arbeitslosen hat die Regierung eine direkte Abhängigkeit der Krankenversicherung von der Konjunktur errichtet. Die Zahl der Arbeitslosen wird steigen und die Finanzierung der Krankenversicherung erschweren. Das muß genutzt werden, brüllt die Reaktion! Selbstbeteiligung als Instrument der „Verhaltensänderung“! Sanierung der Krankenversicherung durch Entfernen von „sachfremden Aufgaben“! Nicht willkürliche – wie es die Regierung mache – sondern umfassende Selbstbeteiligung.

Quellenhinweis: Gesundheitspolitischer Kongreß der CSU, 17.7.82

len Leistungsfähigkeit eines Organismus. Diese ist gegeben, wenn alle seine Teile in richtigem Wirkungsverhältnis zueinander stehen und alle Verrichtungen ihren normalen Gang gehen. Ein Körper, der absolut gesund wäre, ...



Trotz bekannter Krebsgefahr läßt die Siemens AG im Turbinenbau Asbest verwenden.

wird nie gefunden. Unter relativer Gesundheit versteht man das persönliche Wohlfühl, verbunden mit ungehemmter Leistungsfähigkeit, obwohl in Bau oder in den Einzelfunktionen des Körpers Ungleichheiten, ja Ausfälle bestehen.“ Diese Definition von Gesundheit findet sich in „Großer Brockhaus“, Ausgabe 1930. In diesem Jahr hat der Reichspräsident per Notverordnung den vertrauensärztlichen Dienst zur Bespitzelung der Kranken geschaffen, eine Krankenscheingebühr eingeführt und die Zahlungen von Krankengeld eingeschränkt. Ein Jahr später erhielt der Reichsarbeitsminister die Ermächtigung, die Beiträge für die Krankenversicherung festzusetzen, sie wurden erhöht. Die nationalsozialistische Regierung hat dann die Ernte eingefahren. Der Krankenstand in den Jahren 1933 bis 1938 lag bei durchschnittlich 2,5%. 1938 zahlte die Krankenkasse als durchschnittlichen Unterstützungssatz 3,80 RM täglich, 60% des Tageslohns und knapp über dem Bedarf an alltäglichen Lebensmitteln. 1938 galten die Sozialversicherungen als saniert

und „der Stand an Beitragseinnahmen und Vermögen (sei) nach 5 Jahren in allen Zweigen als günstig“ anzusehen. (6) Bekanntlich wurde dieses Vermögen in der Rüstung vermöbelt, bildete die Kriegskasse des Dritten Reiches.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat vor, mit der Propaganda von der Sorte „Arbeit ist die beste Medizin“ und „ungehemmte Leistungsfähigkeit“ trotz „Ausfällen von Einzelfunktionen“ möglichst von allen Folgekosten ihrer Ausbeuterwirtschaft sich zu befreien, das „persönliche Wohlfühl“ wird sich beim Arbeiter schon einstellen, wenn die Alternative ist, als Kranker halb zu verhungern.

1) F. Haub u.a., Schichtenspezifische Versorgungsprobleme und leistungssteuernde Strukturpolitik im Gesundheitswesen, Internationales Institut f. vergleichende Sozialforschung, Dez. 1981, dp 81-223; 2) Rainer Müller, Die Möglichkeiten des Nachweises arbeitsbedingter Erkrankungen durch die Analyse der Arbeitsunfähigkeitsdaten einer Orsrankenkasse, in WSI, Sozialpolitik und Produktionsprozeß, Bund-Verlag, 1981; 3) Der Gewerkschafter, Monatsschrift f. die Funktionäre d. IG Metall, 6: 82 und 7-8: 82; 4) CSU, Informationsdienst; 5) Med.-Dir. a.D. Paul Eggenweiler, Über die ständig breiter werdende Grauzone zwischen Gesundheit und Krankheit. Ein aktuelles Problem in der sozialärztlichen Begutachtung, in: Die Sozialversicherung, April 1982; 6) Albin Gladen, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Wiesbaden 1974

Drohung gegen Tarifforderungen

Die baden-württembergische Landesregierung hat beschlossen, den Zuwachs an Personalausgaben für 1983 mit 2%, für 1984 mit 2,5% festzulegen. Damit, so Ministerpräsident Späth, setze die CDU-Landesregierung ein deutliches Signal für die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren. Sollte es nicht zu niedrigen Tarifabschlüssen kommen, dann werde die Regierung „rigorose Personaleinsparungen in allen Bereichen vornehmen und notfalls einen totalen Einstellungsstopp“ verfügen. Beim Land Baden-Württemberg sind 200000 beschäftigt.

Elektronische Anwesenheitskontrolle

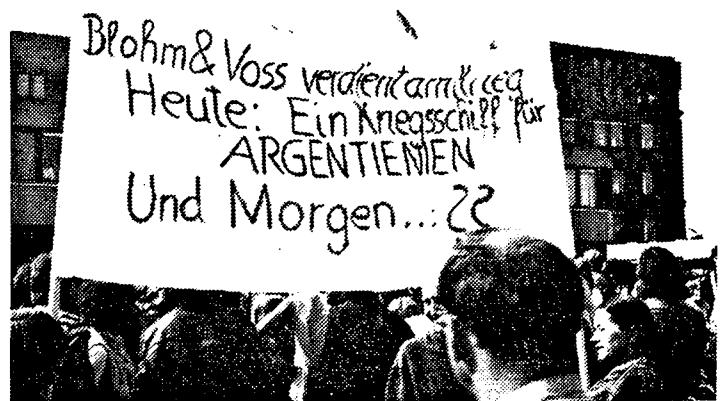
Bremen. Bei Daimler-Benz soll eine elektronische „Komm- und Gezeiterfassung“ eingeführt werden. Die Werksleitung plant Arbeitsbeginn und Arbeitsende der Beschäftigten per Computer zu erfassen. Ein Probelauf ist für die Hallen 2 und 7 geplant. Im gewerblichen Bereich ohne computerlesbaren Ausweis, bei den Angestellten mit computerlesbarem Ausweis bei gleichzeitiger

Hamburg. Am 31. August nachmittags um 15.30 Uhr lief bei Blohm & Voss in Hamburg die vierte für Argentinien gebaute MEKO-Fregatte vom Stapel. 300 demonstrierten im Hafen gegen den Bau von Kriegsschiffen bei Blohm & Voss und den Rüstungsexport der BRD-Imperialisten. Vor den Werkstoren wurde eine Kundgebung mit Transparenten durchgeführt. Die BRD ist inzwischen der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Liegen „vitale Interessen“ vor, können die BRD-Kapitalisten auch in „Nicht-NATO-Länder“ exportieren.

Einführung der gleitenden Arbeitszeit. Durch diese Erfassung der Anwesenheitszeit kann die Werksleitung sofort nach Arbeitsbeginn, ohne Rücksprache mit den Meistern etc., über Bildschirm den Anwesenheitsstand feststellen. Bessere Personalsteuerung, Überwachung von häufigen Fehlzeiten und Einsparungen im Bereich der Lohnschreiber sind die Vorteile der Daimler-Benz-Kapitalisten. Der Betriebsrat beschloß einstimmig, den Probelauf abzulehnen, bevor nicht eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt ist.



„Milliarden für den Krieg, Pfennige für die Gesundheit“, heißt es auf dem Schild der Lokführer-Delegation auf einer Demonstration der Beschäftigten im britischen Gesundheitswesen. Am 22.9. werden diese einen weiteren eintägigen Warnstreik gegen das Regierungsangebot von 6% (7,5% für Krankenschwestern) und für ihre 12%-Forderung durchführen. Der Gewerkschaftsbund TUC beschloß, seinen Mitgliedsgewerkschaften einen einstündigen Solidaritätsstreik zu empfehlen. Die Bergarbeitergewerkschaft NUM beschloß bereits einen eintägigen Streik. Die Druckergewerkschaften teilten mit, sie könnten sich nicht vorstellen, daß am 22.9. Zeitungen erscheinen. Bei Redaktionsschluß begann gerade der 1982er Kongreß des TUC, von dem weitere Beschlüsse erwartet werden. Diese geplanten Solidaritätsstreiks sind illegal unter Thatchers Antistreikgesetz, vor wenigen Wochen wurde ein Gewerkschafter zu 300 Pfund Geldstrafe (etwa 1300 DM) und zur Zahlung der Kosten (mehr als 40000 DM) verurteilt.



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Mit einem Teilerfolg für 52 Arbeiterinnen endete ein vier Jahre dauerndes Arbeitsgerichtsverfahren gegen den Papierkapitalisten Schickedanz (Tempotaschentücher). Die Arbeiterinnen hatten dagegen geklagt, daß Schickedanz ihnen zwischen 0,38 und 1,07 DM pro Std. weniger Lohn als ihren männlichen Kollegen bei exakt gleicher Arbeit gezahlt hatte. Diese Differenz kam durch unterschiedlich hohe außertarifliche Zulagen und eine sogenannte Arbeitsmarktabgabe zustande, die nur Männern gezahlt wurde. Letztere hingegen erklärte das Gericht für zulässig. Dabei machte es sich den Standpunkt des Kapitalisten zu eigen, der erklären ließ, für den geringeren Lohn bekäme er trotz Nachschichtzulage keine Männer, die er in Nachschicht arbeiten lassen könne. Was zeigt das anderes, als daß der Lohn der Frauen allgemein künstlich niedrig gehalten wird. Die Frauen wollen in diesem Punkt weiterklagen.

Demonstration gegen Giftgaslager

Heppenheim. Ca. 800 Menschen beteiligten sich am 4.9. an einer Demonstration in Heppenheim gegen die Giftgaslager im Raum Bergstraße/Rhein-Neckar. Seit rund 15 Jahren gibt es Protestaktionen gegen die in den ausgedehnten US-Militärgeländen im Viernheimer und Käfertaler Wald vermuteten Lagerstätten. Nach anfänglichen hartnäckigen Dementis und späterem Schweigen hat inzwischen die

Bundesregierung das Vorhandensein von Giftgaslagern in der BRD bestätigt, die Angabe der Orte jedoch verweigert. Kürzlich hatte eine „Aktionsgemeinschaft gegen das Giftgaslager im Viernheimer Wald“ Bilder veröffentlicht, die die Lagerung beweisen. Die Demonstration, zu der neben der Aktionsgemeinschaft 23 weitere Organisationen, darunter der DGB-Kreis Bergstraße aufriefen, forderte den Abtransport und die Vernichtung des Giftgases und die weltweite Ächtung atomarer, biologischer und chemischer Waffen. Es wurde eine Resolution an den Landrat verabschiedet und ihm übergeben. Eine Konferenz der IG Metall, Kreis Bergstraße, schickte ein Solidaritätstelegramm an die Demonstration, in dem sie die Forderungen der Aktionsgemeinschaft unterstützt.

Demonstration gegen Haushaltspolitik

Am 15. September rufen die IG Metall und die HBV in Speyer zu einer Demonstration gegen den Haushalt '83 auf. Sie soll sich richten gegen den „Abbau von Sozialleistungen“ durch die Bundesregierung und die Kapitalisten, gegen den „Abbau von Rechten durch Angriffe auf Gesetze, Vorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen“ und „gegen Arbeitsplatzvernichtung“ durch rücksichtslosen Einsatz neuer Techniken, Rationalisierung, Zentralisierung und Mißmanagement und durch Fusion und Betriebsabschlüssen. Im Anschluß findet eine Kundgebung statt. Redner: Christian Götz, Mitglied des Hauptvorstandes der HBV.

Angriff auf den Lohn

Gabelstaplerkonzern Jungheinrich will 14 Betriebsvereinbarungen kündigen

Hamburg. „Weg mit den unliebsamen Sozialleistungen!“ Das war der Klar-text der Rede des Jungheinrich-Konzernchefs auf der Betriebsrätekonferenz am 23.8.82 in Hamburg. Die schlechte wirtschaftliche Lage und der um über 20% gesunkene Auftragseingang mache es notwendig, an folgenden Betriebsvereinbarungen und betriebseinheitlichen Regelungen Abstriche zu machen:

1. Keine Auszahlung der Mitarbeitererfolgsprämie für 1982. Das sind durchschnittlich 350 DM.
2. Streichung des übertariflichen Weihnachtsgeldes: Jungheinrich zahlt bisher mindestens 75%.
3. Kürzung der Jubiläumsgelder.
4. Reduzierung der betrieblichen Altersversorgung für neue Mitarbeiter.
5. Streichung der Qualifikationszulage. Das sind 7% bei den Zeit- bzw. 5% bei den Akkordlöhnern.
6. Streichung des Zusatzurlaubes entsprechend den Jahren der Betriebszugehörigkeit zur Firma Jungheinrich.
7. Einführung von Betriebsurlaub.
8. Zahlung des Urlaubsgeldes einmal jährlich.
9. Streichung der Dynamisierung bei der Vertragszulage bei Gehaltsempfängern. Das ist der halbe Prozentsatz der Tarifierhöhung.

10. Streichung von Betriebsausflügen und Festen.
11. Streichung der kostenlosen Essenausgabe für die Auszubildenden.
12. Streichung von Aushilfskräften im Angestelltenbereich.
13. Streichung der Gleitzeitregelung für Lohnempfänger.
14. Modifizierte Gleitzeitregelung im Angestelltenbereich. Weiter soll es in der Kantine statt wie bisher drei Essen nur noch eins geben und die Gebäudereinigung soll eingeschränkt werden. Vor allem aber:

Die Beschäftigtenzahl soll um 110 reduziert werden.

Die entscheidende Frage der Betriebsräte war: Macht das Unternehmen noch Gewinn? Antwort: Ja, aber man müsse doch verstehen: 36% Marktanteil in der BRD sei ja ganz schön. Aber der Verdrängungswettbewerb sei sehr hart. Man brauche den Gewinn.

Betriebsräte und Vertrauensleute haben auf diese Ankündigungen zügig reagiert. In den Hallen und Büros führten sie Abteilungsversammlungen durch. In den einzelnen Firmen wurden Betriebsversammlungen einberufen. Der Vertrauensleutkörper der IG-Metall zog seine Sitzung terminlich vor und verabschiedete ein Flugblatt an die Kollegen. Zitat: „Die jetzige Aktion ist ... nur ein Glied in der Rationalisierungskette. Es geht jetzt nicht darum, eine einmalige „Durststrecke“ zu überwinden ... Der BR muß mit Unterstützung der Belegschaft die jetzige Gesamtlage schützen, insbesondere die Älteren und durch jahrelange Arbeit Geschwächten ... Erste Berechnungen zeigen, daß z.B. bei einem Monatseinkommen von DM 3000 brutto ein Einkommensverlust pro Jahr von ungefähr 1700 DM bei Angestellten und 1900 DM bei Arbeitern eintritt ... Der BR handelt richtig, wenn er ... die Genehmigung für Überstunden von einer Beschäftigungsgarantie in denselben Kostenstellen abhängig macht.“

Auf den Betriebsversammlungen der einzelnen Jungheinrich-Firmen startete die Geschäftsleitung ihre Propaganda: „Haben Sie doch bitte Verständnis für unsere Firma in dieser schweren

Zeit!“. Die Argumente der Betriebsräte waren: Verzicht hat noch keine Arbeitsplätze gesichert! Im Gegenteil: Jungheinrich will die wirtschaftliche Lage ausnutzen zum Sozialabbau. Verständnis dafür haben heißt, sich in den Verdrängungswettbewerb auf dem Markt, Firma gegen Firma, einzspannen zu lassen. Wir, die Kollegen von Jungheinrich, sollen billiger produzieren, damit im Konkurrenzkampf andere Gabelstaplerfabriken kaputtgehen und dort die Kollegen arbeitslos werden. Aus welchem Grund denn sonst baut Jungheinrich in dieser „schweren Zeit“ bis 1984 in Norderstedt Europas modernstes Gabelstaplerwerk, das mit einer Kapazität von 13 500 Ameise-Gabelstaplern fast doppelt so groß ist wie bisher? Verständnis für die Ziele der Geschäftsleitung haben, heißt aber auch, dem Verdrängungswettbewerb unter den Kollegen zustimmen. In dem mit Industrierobotern vollgestopften neuen Werk werden erheblich weniger Kollegen arbeiten als heute.

In der Verteidigung der Sozialleistungen haben die Betriebsräte bei Jungheinrich juristisch eine schwache Position. Jungheinrich ist nicht tarifgebunden. Die Beteuerungen der Geschäftsleitung in der Vergangenheit: „Unsere Sozialleistungen sind besser als bei den tarifgebundenen Firmen“ zerplatzen. Und wenn es hart auf hart kommt, sind nicht einmal die im Metalltarif vereinbarten Leistungen unangreifbar. Der IG-Metall-Sekretär sagte daher auf einer der ersten Betriebsversammlungen: Der erste Schritt zur Verhinderung der Streichungen muß sein: Unruhe im Betrieb!

Lehrerstreik

Der Bremer Lehrerstreik weitet sich aus

Bremen. An 19 Bremer Schulen verweigern inzwischen rund 250 Gymnasiallehrer die für sie verordnete Mehrarbeit von zwei Schulstunden pro Woche. Bis zu diesem Schuljahr galt an den Schulzentren der Sekundarstufe I (5. – 10. Klasse für alle Schularten) eine Arbeitszeitregelung von 26 Stunden/Woche für die Haupt- und Realschullehrer und 23 Stunden/Woche für die Gymnasiallehrer.

Nach den Sommerferien ist die Arbeitszeit für alle auf 25 Stunden/Woche festgelegt worden. Das heißt für die 1600 Haupt- und Realschullehrer eine Stunde weniger, für 800 Gymnasiallehrer zwei Stunden mehr Unterricht. Einschließlich Vor- und Nachbereitungszeit ist das eine Mehrarbeit von fünf Stunden. Die Schulbehörde war durch Gerichtsbeschluß zur Vereinheitlichung der Arbeitszeit an den



Am 1. Mai 1981 in Hamburg: Forderung des IG Metall-Vertrauensleutkörpers Jungheinrich.

Schulzentren gezwungen worden und hatte diese kostenneutral durchgeführt, um Neueinstellungen zu verhindern.

Am 16.8. begannen elf Gymnasiallehrer vom Schulzentrum Willkedamm spontan mit dem Boykott der Mehrarbeit. Innerhalb von drei Wochen schlossen sich rund 240 Kollegen an. Hunderte von Haupt- und Realschullehrern erklärten sich solidarisch, ebenso die Gesamtschülervertretung. Die Eltern wurden auf Versammlungen und mit Flugblattaktionen informiert. Bis auf einen Fall befürworteten sie die Boykottaktionen.

Die GEW, in der ca. 400 der betroffenen Lehrer organisiert sind, sicherte Unterstützung und Rechtsschutz zu. Der Philologenverband dagegen lehnt den Boykott ab und will die Erfolgsaussichten eines gerichtlichen Vorgehens wegen Nichteinhaltung der „Besitzstandswahrung für Beamte“ prüfen.

Gorleben

Demonstrationen gegen Wiederaufbereitungsanlagen

Knapp 30000 demonstrierten am 4.9. an vier geplanten Standorten gegen die Errichtung von Wiederaufbereitungsanlagen von nuklearen Brennstoffen (WAA) und gegen das Zwischen- und Endlager bei Gorleben. Nach schweren, zehnstündigen Auseinandersetzungen scheiterte bei Gorleben der Versuch, die Baustelle für das Zwischenlager zu belagern. Gegen drei Demonstranten wurde Haftbefehl erlassen. Nur ein großes Polizeiaufgebot verhinderte, daß die drei am Sonntag von 2000 Demonstranten aus dem Amtsgericht Uelzen wieder herausgeholt wurden.

In diesen vier Demonstrationen drückt sich der Widerstand gegen die Pläne der DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) aus, in diesem Jahr ein großes Stück bei der Durchsetzung der WAA voranzukommen. Die Benennung von mehreren Standorten in Hessen (Frankenberg-Wangershäusen), Bayern (Schwandorf) und Rheinland-Pfalz (Kaisersesch) und die Einleitung von Raumordnungsverfahren ist eine Forcierung des Kernenergieprogramms, auch wenn die Anlagen zunächst „nur“ 350 Jahrestonnen Durchsatz haben sollen und damit kleiner als die für Gorleben geplante 700 Jahrestonnen-Anlage sind. Zusätzlich zu diesen drei Standorten hat der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht gerade in letzter Zeit verschiedentlich sein „Angebot“ erneuert, in

Der Bildungssenator forderte die Schulleitungen gleich nach Beginn der Aktionen auf, die Namen der Streikenden bekanntzugeben. In der zweiten Streikwoche verschickte er an vorerst 88 Lehrer Briefe, in denen Gehaltskürzungen und „Vorermittlungen wegen des Verdachts eines Dienstvergehens“ angekündigt werden.

Die elf Lehrer des Schulzentrums Willkedamm brachen daraufhin ihren Boykott ab und erklärten, ihr Widerstand werde in anderer Form fortgesetzt. Gleichzeitig schlossen sich aber auch weitere Lehrer den Aktionen an.

Probleme ergeben sich gegenwärtig daraus, daß es nicht gelungen ist, den zentralen Elternbeirat für den Boykott zu gewinnen, und die GEW den Streik zwar begrüßt, aber nicht selbst organisiert. Die Solidarität der Haupt- und Realschullehrer z.B. reicht inzwischen von Resolutionen über Verweigerung des Vertretungsunterrichts bis hin zum Boykott des eigenen Unterrichts.

Ein weiterer „Vorteil“ besteht darin, daß die WAA's schon nach wenigen Monaten militärisch genutzt werden können. Und da der westdeutsche Imperialismus gegenwärtig nicht öffentlich eine eigenständige nukleare Militärstreitmacht aufbauen kann, ist dieser Weg für ihn der unverdächtigste und schnellste. Bei solch ehrgeizigen Plänen bleiben natürlich die bisherigen Erfahrungen mit der Wiederaufbereitung von Leichtwasserreaktorbrennstoff unberücksichtigt. In den letzten 16 Jahren haben die sechs bestehenden Anlagen ganze 1000 Tonnen aufgearbeitet, das ist höchstens ein Fünfzehntel ihrer Kapazität. Nur zwei sind heute in Betrieb. Auch in der modernsten in Tokai Mura in Japan gab es bei einer Unfallserie im Januar/Februar 1981 vier Pannen innerhalb von 25 Tagen. Auch die westdeutsche Versuchs-Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe liegt seit Mai 1980 still. Die geplante Reparaturzeit ist auf mittlerweile drei Jahre ausgedehnt worden.

Wie Sicherheitsprobleme vom Tisch gewischt werden, kann man an der „Untersuchung“ des Gorlebener Salzstockes hinsichtlich seiner Eignung für das Endlager sehen. Im Juli 82 wurde das 300-Seiten-Gutachten des staatlich bestellten Kieler Geologieprofessors Duphorn bekannt. Er – als Befürworter des Kernenergieprogramms – kommt zu dem Schluß, daß mehrere Norddeutsche Salzstöcke, aber auf keinen Fall der Gorlebener Salzstock, als Lagerstätte in Frage kämen. Die Antwort des Ministeriums und der PTB: „Übers Ziel hinausgeschossen“, „unzulässige Schlüsse“. Die Bauarbeiten gehen weiter.

Im Gegenteil: Verschiedene Änderungen des Atomgesetzes sollen die lästigen Genehmigungsverfahren „straffen“. Bereits im März 1982 hat der Bundesrat entschieden, daß Änderungsgenehmigungen nicht mehr bekanntgemacht und ausgelegt werden

Niedersachsen einen weiteren Standort auszuweisen.

Die Wiederaufbereitungsanlagen sind ein zentraler Bestandteil des Kernenergieprogramms. Sie liefern erst die Grundlage für den Einsatz des Schnellen Brüters, über dessen Weiterbau im Oktober „entschieden“ wird, wobei allerdings lediglich offen ist, wie die ständig steigenden Kosten (jetzt mit fünf Mrd. DM veranschlagt) aufgebracht werden. WAA's und Schneller Brüter strecken die knappen Uranvorräte und sollen zur energiepolitischen Unabhängigkeit des westdeutschen Imperialismus beitragen.



Demonstration am 4. September bei Gorleben

müssen, wenn die Genehmigungsbehörde „überzeugt“ ist, daß keine nachteiligen Auswirkungen und Gefahren für Dritte vorhanden sind. Ernst Albrecht hat vorgeschlagen, daß der technische Stand eines AKW's nur noch beschränkt gerichtlich nachprüfbar sein soll. Der baden-württembergische Justizminister Eyrich will Rechtsstreitigkeiten gleich in die Oberverwaltungsgerichtsinstanz verlegen.

Damit es erst gar nicht zu Verfahren kommt, wurden die WAA-Standorte unter dem Gesichtspunkt vermeintlich leichter Durchsetzbarkeit ausgesucht. Die DWK geht mit dem „Argument“ der Arbeitsplätzebeschaffung hausieren, da an allen Standorten hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Freilich: In Niedersachsen, wo 35% des Stroms von KKW's produziert wird (Bund 17%), steigt die Arbeitslosigkeit überproportional an. Die DWK hat sich verrechnet. Überall haben sich Bürgerinitiativen gebildet.

Quellen: Atommüllzeitung, Atomexpress

Bildschirmtext „Mit ungeahnten Möglichkeiten“ – für wen?

Köln. „Nachts um 11 Uhr, nach einem ausgedehnten Abendessen, hat Familie Schmitz in Köln-Ehrenfeld plötzlich die Idee, eine Spülmaschine anzuschaffen. Gesagt, getan! Sie schalten das Fernsehgerät ein, holen per Knopfdruck das Angebot von drei verschiedenen Herstellern auf den Bildschirm, vergleichen Preise und Leistung, entscheiden sich für das Modell X, bestellen und – bezahlen. Auch die Bank hat nachts noch geöffnet – mit Bildschirmtext rund um die Uhr.“

Abgesehen davon, daß hier von einem Wohlstand ausgegangen wird, den es bei vielen Familien Schmitz nicht gibt, die nämlich noch dreimal rechnen, wenn sie sich eine Spülmaschine für 1000 DM kaufen, soll in der vorstehenden Titelstory der Zeitung der IHK Köln „Markt und Wirtschaft“ vom Juli 82 der Eindruck erweckt werden, der Bildschirmtext sei ein Kommunikationsmittel für solche wie eben die Familie Schmitz. Die Einführung und Erprobung wird von staatlicher Seite gefördert – von der Bundes- und Landesregierung und durch wissenschaftliche Begleitung mit einem Feldversuch in Düsseldorf/Neuss durch die Uni Köln, der allein einige Millionen kostet. Doch wer hat nun wirklich den Nutzen davon?

Schon beim Feldversuch des Prof. Scheuch an der Universität Köln wurde klar, daß die Auswahl der Testpersonen nicht repräsentativ sein konnte, da das Mittesten einigmaßen teuer ist.

Das Bildschirmtextverfahren läuft so, daß Texte und einfache Grafiken von einer Informationsbank über das Telefonnetz zum Teilnehmer übertragen und auf dessen Fernsehgerät wiedergegeben werden können. Der Bildschirmtext-Teilnehmer benötigt außer einem neuen Farbfernseher, der über 2000 DM kostet, ein Modem, das über 100 DM Gebühr kostet. Die Anwahl des Textes wird 23 Pfennig kosten, der Abruf der Seiten bei den meisten Firmen Gebühren. Erschwinglich ist diese Art von Kommunikation somit nur für höher verdienende Einkommensschichten.

Wie ist es mit den kleineren und mittleren Betrieben, den kleinen Händlern? Die IHK Köln warnt selbst vor Unterschätzung der Kosten für den Einstieg in den Bildschirmtext. Außer den Eingabeeinheiten von 3000 bis 7000 DM kostet die Seite pro Speichereinheit 5 DM pro Monat. Da alles über Rechnerverbund läuft, ist Software notwendig. Die Beauftragung von Software-Agenturen, wie sie jetzt auch in Köln aus dem Boden sprießen, ist dafür notwendig und teuer. 1984 werden so, wenn der Bildschirmtext auch in Köln eingeführt wird, Firmen wie die Kaufhof AG, Lufthansa, Ford, DKV, Sony, also große und größte Kapitalien im Handels-, Versicherungs- und Industriebereich angeschlossen sein. Für diese soll der Bildschirmtext ein Mittel sein, in der internationalen Konkurrenz mit schnellerem und größerem Warenumschlag, schnellerer und genauerer Erfassung des Umsatzes und Bestandes und größerer Durchrationalisierung den anderen Stück voranzusein.

Bundeswehrwoche Aktionen gegen Ausstellung

Emmendingen. Vom 1. bis 5. September führte die Bundeswehr ihre Ausstellung „Unser Heer“ in Emmendingen durch. Ein großer Teil der Besucher rekrutierte sich aus 69 Schulklassen, die aus der ganzen Umgegend zur Ausstellung angefahren wurden und mit Broschüren wie „Soldat im Heer. Ein Beruf“ für die Bundeswehr geworben werden sollten. Lehrer, die mit ihren Klassen die parallel vom Friedensforum, einem Zusammenschluß verschiedener Organisationen und Gruppen, durchgeführte Hiroshima-Ausstellung besuchen wollten, wurden unter Druck gesetzt. Vom Emmendinger Gymnasium wurde die Bundeswehr-Ausstellung boykottiert.

Vor allem um den Eröffnungstag, den 1. September, gab es heftige Auseinandersetzungen. Dreßen, DGB-

Kreisvorsitzender und SPD-Stadtrat in Emmendingen, bezeichnete die Genehmigung durch die Stadtverwaltung als „politischen Skandal“, „geschmacklos und instinktlos“, unterstützt von anderen SPD-Stadträten, die ihr „gebrochenes Verhältnis zur Bundeswehr“ öffentlich bekundeten. (Zitate aus der „Badischen Zeitung“) Auf einer öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde seitens der SPD eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. OB Schlatterer verwahrte sich scharf gegen irgendwelche Zusammenhänge zwi-



Kundgebung vor der Bundeswehrausstellung.

schen der deutschen Wehrmacht und der Bundeswehr und verteidigte die Ausstellung. Die Debatte, über zahlreiche Leserbriefe geführt, wovon die Mehrheit sich gegen die Ausstellung aussprach, dauert an.

Vom Friedensforum wurden Informationsstände durchgeführt. Ebenso von der dem Friedensforum angeschlossenen „Mahnwache“, einer christlich-pazifistischen Organisation, die der Bundeswehr den Willen zur Verhinderung des Krieges nicht abspricht und für „Schwerter zu Pflugscharen“ wirbt.

Am Sonntag, dem letzten Tag der Ausstellung hatte die Freiburger „Anti-NATO-Gruppe“ zu einer „alternativen Führung“ aufgerufen. Die Kulturgruppe des BWK trat mit Masken von Kohl, Genscher, Strauß, Schmidt und Reagan auf. Etwa 50 bis 60 Menschen verhinderten eine für 15.00 Uhr angekündigte Vorführung der Kampfpanzer, zu der etwa 1000 Besucher gekommen waren. Parolen wie „El Salvador, Libanon, Türkei – bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei“ und „BRD raus aus der NATO!“ wurden gerufen. Die Ausstellungsleitung, die zunächst mit der Räumung des Geländes gedroht hatte, sah sich gezwungen, die Vorführung auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Mehr an die Hauptschulen, weniger an die Universitäten

Stuttgart. Im Nobelhotel „SI“ trafen sich am 30.8. 500 CDU-Delegierte zum Bildungspolitischen Kongreß ihrer Partei in Baden-Württemberg. 400 Teilnehmer hielten es für notwendig, sich mit den „betont konservativen Veränderungen“ (Mayer-Vorfelder) in der Schulpolitik zu befassen. Auf die damit gemeinte „innere Schulreform“ wird in nebenstehendem Kasten eingegangen, während hier vor allem die Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems mit Schwerpunkt auf der Hauptschule behandelt wird.

Das dreigliedrige Schulsystem trägt nach Auffassung der CDU am besten den unterschiedlichen „Begabungen, Neigungen und der Leistungsbereitschaft der Schüler“ Rechnung. Dabei ist die Hauptschule für die vorwiegend „praktisch Begabten“ da, das Gymnasium für die zu theoretisch-kognitiver Leistung Fähigen und die Realschule für diejenigen, die von beidem etwas haben. Diese „Begabungsprofile“ werden in der „Grundschulempfehlung“ von den Grundschullehrern vorausgesagt. Die Schüler sind dann im stolzen Alter von 10 oder 11 Jahren. Lautet die Empfehlung „Hauptschule“, dann muß eine Aufnahmeprüfung an einer Realschule oder einem Gymnasium erfolgreich bestanden werden, um aufgenommen zu werden.

Und dies sollen weniger werden: die Zahl der Studienanfänger soll unter die jetzigen 21% eines Jahrgangs gedrückt werden, die Zahl der Hauptschüler soll

größer werden, verkündete Späth. Und er sagte auch warum: um die Staatsfinanzen zu konsolidieren, seien drastische Einschnitte im Bildungssektor erforderlich. Außerdem, wenn die Ar-



beitslosenquote sich nicht verringere, müßten die Deutschen sich wieder daran gewöhnen, einfache Arbeiten zu verrichten (Stuttg. Zeitung vom 3.9. 1982).

Umso erfreulicher für die CDU ist, daß zum Schuljahresbeginn der Anteil der Hauptschüler an den Fünftkläßlern von 40,6 auf 43% gestiegen, der der Gymnasiasten von 29,2 auf 26,5% gesunken ist.

Weil sie auch ganz sicher gehen will, daß sich die „Begabungsprofile“ der

jeweiligen Schülerjahrgänge den Arbeitsmarktverhältnissen anpassen, soll das Aufnahmeverfahren jetzt erschwert werden. Die Aufnahmeprüfungen sollen „leistungsgerechter“ gestaltet werden. Eine Wiederholung in den Klassenstufen 5 und 6 soll nur in „besonderen Fällen“ möglich sein, zweimaliges Wiederholen zwischen Klasse 5 und 7 zum Verlassen der Realschule bzw. des Gymnasiums zwingen.

Mitte September soll das Kabinett über das Aktionsprogramm zur Stär-

kung der Hauptschule beraten. Es beinhaltet u.a. die Einführung und Weiterentwicklung des Unterrichtsbezirks Arbeit-Wirtschaft-Technik und den fächerübergreifenden Berufswahlunterricht, genannt „Orientierung in Berufsfeldern“. Die Wochenstundenzahl dieser „Fächer“ soll erhöht werden. Dabei handelt es sich um Betriebserkundungen und -praktika, Berufsberatung und ähnliche Veranstaltungen, in denen die beruflichen Vorstellungen der Hauptschüler den

Revision an der Grundschule: für Familie, Volk und Vaterland

Seit September 1980 sind in Baden-Württemberg Lehrplanrevisionsgruppen an der Arbeit, die Lehrpläne aller Schularten und Klassenstufen gemäß dem Erziehungsauftrag der Landesverfassung („Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, ... in der Liebe zu Volk und Heimat ...“) zu überarbeiten bzw. neu zu erstellen. (s. Pol. Berichte Nr. 23/81)

Dem Kultusminister geht das wohl etwas zu langsam. Deswegen erschien kurz vor Schuljahresbeginn eine Verwaltungsvorschrift mit dem Titel „Erwerb gesicherter Kenntnisse und Einüben von Grundfertigkeiten im Grundschulunterricht“, die vor allem wegen des vorgeschriebenen Ver-

zichts auf die Mengenlehre in der Mathematik von Landeselternbeirat und GEW kritisiert wurde. Stattdessen soll durch „regelmäßiges und stetiges Üben – auch des kleinen Einmaleins“ eine Beherrschung der Grundrechenarten gewährleistet werden. Unabhängig davon, ob man die Mengenlehre nun für nützlich oder überflüssig hält, muß einem bei der Durchsicht der Verwaltungsvorschrift doch die häufige Betonung des „Einübens“ oder „intensiven Übens“ auffallen.

Die Revisionsziele werden deutlich formuliert: „Für den Sachunterricht heißt dies, daß die bisherige Trennung der Inhalte in Erfahrungs- und Handlungsbereiche aufgegeben wird, und der Unterricht sich an den Erlebnisbe-

reichen des Grundschülers orientiert. Ein zentraler Erlebnisbereich für den Schüler ist die Familie, deren große Bedeutung für ihn und die Gesellschaft dem Schüler bewußt gemacht werden soll ... Die Fähigkeit, die Heimat bewußt zu erleben, sie zu verstehen und mitzugestalten ist eine Grundvoraussetzung dafür, sich weitere Lebensbereiche anzueignen. Der Sachunterricht soll aufzeigen, wie die Verbindung mit der Heimat, z.B. in der Teilnahme am heimatlichen Brauchtum, das Gefühl der Zusammengehörigkeit fördert ...“

Es ist schon so: wenn man eine Jugend heranziehen will, für die Familie, Volk und Vaterland alles bedeutet, wofür es sich auch lohnt zu kämpfen, muß schon sehr früh damit begonnen werden. Und wenn diese Jugend einen gewissen Drill bereits von der Grundschule an kennengelernt hat, ist das

Bedürfnissen des Arbeitsmarkts angepaßt werden, soweit es irgend geht.

Die CDU behauptet, die Hauptschüler hätten derzeit die besten Berufsaussichten. Um dabei etwas nachzuhelfen, enthält das „Aktionsprogramm“ die Forderung nach Öffnung weiterer Berufe für Hauptschulabgänger, z.B. bei der Polizei oder Kindergärtnerin. Wozu braucht eine Kindergärtnerin eine großartige Ausbildung, wo doch die CDU bezüglich der Kindergärten als erstes feststellt: „Die Erziehung zur Persönlichkeit kann am besten in der Familie wahrgenommen werden.“?

Wie die folgende Tabelle zeigt, sind die mittleren Schulabschlüsse seit 1970 ständig gestiegen. Der größte Teil dieser Abschlüsse (mittlere Reife und Fachschulreife) wurde an Realschulen, nicht wenige jedoch auch an Gymnasien mit einem Versetzungsvermerk nach Klasse 11 erzielt. Durch die Einführung einer Abschlußprüfung in der 10. Klasse der Gymnasien als Voraussetzung der Mittleren Reife und durch Gleichstellung eines qualifizierten Hauptschulabschlusses plus Berufsausbildung mit einem mittleren Abschluß soll dieser erstens entwertet und zweitens verbilligt werden: für einen Hauptschüler und Berufsschüler gibt das Land wesentlich weniger als für einen Realschüler oder Gymnasiasten aus.

Schulabschlüsse an öffentlichen und privaten Schulen in Bad.-Württ. in % des Jahrgangs

	1970	1975	1980
ohne HS-Abschluß	7,1	8,3	11,3
mit HS-Abschluß	37,8	33,6	46,7
Mittl. Abschluß	33,2	32,8	24,4
Hochschulabschluß	17,9	16,7	11,5

nur von Vorteil. Für den Sachunterricht bedeutet diese Vorschrift allerdings, daß er weniger Kenntnisse zu vermitteln als die Schüler zu indoktrinieren hat.

Mit der Lehrplanrevision soll nämlich die Erziehung zur Bejahung von Werten und Normen verstärkt werden. Für das Textile Werken heißt es z.B.: „Wichtig ist auch das Erlernen manueller Fertigkeiten, das aber immer im Zusammenhang mit der Freude an einem fertigen Werk, beispielsweise einem Geschenk für die Eltern oder Freunde – und der ästhetischen Bildung stehen soll. Gerade das Textile Werken biete sich dafür an, den Schülern die Bedeutung der Sauberkeit, Ordnung und Ausdauer in der Arbeit nahezubringen.“ Gegenüber solchen Werten und Tugenden müssen „material- und warenkundliche Erörterungen“ zurücktreten.

CSU-Staatsregierung 5 DM Selbstbeteiligung zu niedrig

München. Die CSU macht bei ihrem Versuch, Anhang für die Wirtschaftsexpansion und Aufrüstung zu sammeln, zwei Rechnungen für die Arbeiterbevölkerung auf. Erstens: Die soziale Sicherung kann nur aus „Erlösen einer florierenden Wirtschaft finanziert werden“ – dies ist der Appell an die Arbeiter und Angestellten, Opfer für das Gedeihen der „deutschen Exportnation“ zu bringen, also mehr Leistung für niedrigere Löhne und dazu längere Arbeitszeiten. In diesem Sinne überbrachte der bayerische Arbeitsminister Dr. Fritz Pirkel zum 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag der NGG in Nürnberg am 5.9.82 die „Grüße des Bayerischen Ministerpräsidenten“: „Die Gewerkschaft rief der Minister auf, durch ihre maßvolle Tarifpolitik den Investitionskurs weiter zu unterstützen. Gerade jetzt sollte der Gedanke einer vermögenspolitischen Komponente in die politische und tarifpolitische Realität umgesetzt werden“.

Zweitens: „Die Wende muß in Zeiten knapper Mittel herbeigeführt werden durch die Unterscheidung von Notwendigem, Wünschbarem und Überflüssigem ...“ (Stoiber) – dies ist der Appell insbesondere an die Teile der Arbeiterbevölkerung, die von Leistungen der öffentlichen Hand und von Leistungen der Renten-, Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen abhängig sind.

– Rund 9,8 Mio. bayerische Bürger sind Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung;

– etwa 2,08 Mio. Bürger in Bayern sind Rentenempfänger;

– mehr als siebenhunderttausend Bürger sind behindert und bedürfen zusätzlicher Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen;

– etwa 2,2 Mio. Bewohner Bayerns sind kindergeldberechtigt;

– rund 212000 Arbeitnehmer waren im Jahresdurchschnitt 1981 in Bayern arbeitslos;

– 1980 gab es in Bayern 264500 Sozialhilfeempfänger. Die Ausgaben beliefen sich auf rund 1,5 Mrd. DM. 1981 sind die Ausgaben um rund 12% gestiegen, 1982 werden sie voraussichtlich um über 10% weiter steigen.

„Überflüssig“ ist nach Ansicht der CSU die „bruttolohnbezogene Rente“. Deshalb führt sie eine reaktionäre Kritik am Haushaltsentwurf der Bundesregierung und bemängelt, daß nicht schon 1984 diese Rentnerplünderung durchgepeitscht wird. „Notwendig“ ist nach Ansicht der CSU, daß die

krankenversicherte Arbeiterbevölkerung nicht nur Versicherungsbeiträge bezahlt, sondern daß sie sich darüber hinaus auch noch bei den Krankenhauskosten mit einem spürbaren Opfer beteiligt, das auf jeden Fall höher sein soll als jetzt im Haushaltsentwurf der Bundesregierung beschlossen.

Um deutlich zu machen, um welche Beträge es sich hier handelt: Ende März 1982 war in den Münchener Krankenhäusern ein Krankenstand von 13270 Personen. Dies ergibt bei einem Deutschen Notopfer von fünf Mark die stattliche Einnahme von 66350 DM pro Tag. Die CSU will das Doppelte und Dreifache; keinen Pfennig soll sie erhalten.

Quellenhinweis: Gesundheitspolitischer Kongreß der CSU; Pressemitteilung des Arbeitsministeriums; Münchener Statistische Hefte

CSU-Familienpolitik Hohe Gebühren zwingen an Heim und Herd

München. „Die Stellung und Leistung der Frau als Hausfrau und Mutter verlangen nicht nur soziale Anerkennung, sondern entsprechendes politisches Handeln“ (aus CSU-Wahlprogramm zur Landtagswahl 1982).

Über hohe Gebühren für Kindergärten und Kinderkrippen sollen berufstätige Frauen mit Kindern an Heim und Herd gebunden werden. Bei einem Bruttofamilieneinkommen von 5000 DM kostet ein Krippenplatz derzeit 600 DM, bei bis zu 3200 DM Einkommen



200 DM und bis zu 1500 monatlichem Einkommen zahlt man 50 DM. Hinzu kommt noch das Essensgeld in Höhe von 80 DM pro Monat.

Ein Ehepaar, das zusammen 4200 DM brutto verdient, zahlt für die Unterbringung seiner beiden Kinder in der Krippe 600 DM. Obwohl erst im letzten Jahr eine drastische Gebührenerhöhung durchgeführt wurde und dazu geführt hat, daß viele ihre Kinder aus

den Krippen nehmen mußten, gibt es erneut Pläne, die Gebühren bis auf 900 DM für einen Platz zu erhöhen.

Zum 1.6.82 wurden die Essensgebühren in Kindergärten um 50 Pfennig pro Tag erhöht. Der Beitrag stieg dadurch von 135 auf 160 DM im Monat.

Der Haushalt für die städtischen Kindergärten in München hat 1982 ein Ansatzvolumen von 53 628 290 DM. Die Vorgabe der Stadtkämmerei war, der Ansatz durfte nicht höher sein als 1981. Von dem angeforderten Betrag kürzte die Stadtkämmerei 496 500 DM. Die größte Einzelkürzung liegt bei dem Posten „Beschäftigungsmittel“. Der Fehlbetrag soll über „freiwilliges“ Spielgeld von den Eltern wieder eingetrieben werden. Oder die Kinder haben ab Oktober 1982, solange reicht der Fond voraussichtlich, kein Papier mehr zum Malen etc.

Bayern ordnet den Kindergarten – anders als alle anderen Bundesländer – als Einrichtung dem Elementarbereich zu und damit der ersten Stufe des Bildungswesens. In der Verordnung über die Rahmenpläne für anerkannte Kindergärten definiert das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im 2. Abschnitt „Mindestanforderungen für Erziehungs- und Bildungsziele“: „Leitziel der pädagogischen Bemühungen ist der beziehungsfähige, wertorientierte, schöpferische Mensch, der sein Leben verantwortlich gestalten und Anforderungen in Familie, Staat und Gesellschaft gerecht werden kann“. Und im §4: „... sind die in Art.131, Abs.2 der Verfassung des Freistaats Bayern festgelegten Bildungsziele (Ehrfurcht vor Gott und Achtung vor religiöser Überzeugung) zu beachten.“

Westberlin Senat unterstützt rechte Jugendpresse

Westberlin. Seit einiger Zeit werden in der BRD und in Westberlin eine Reihe faschistischer und CDU-naher Jugendzeitungen herausgegeben. Diese Zeitungen haben für Schülerzeitungen riesige Auflagen von meist über 10000, die aber selten verteilt werden.

Einige Zeitungen mußten ihr Erscheinen bereits wieder einstellen, wie zum Beispiel der „Reichsruf“, eine „Nationale Jugendzeitschrift der Reichshauptstadt“, weil die Verteiler vor den Schulen regelmäßig Prügel bezogen haben. Themen in diesen Zeitungen sind: die deutsche Einheit und Hetze gegen die DDR; Überschriften wie „Nieder mit dem SED-Regime“,

„Kämpft mit uns für Deutschlands Neuvereinigung“, „Nationalismus ist Antiimperialismus“ sind die Regel.

Viele dieser reaktionären Jugendzeitungen bilden Jugendpresseverbände wie z.B. die Freie Jugendpresse (FJP), oder den Verband der Freien Jugendpresse Deutschlands, dessen Finanzen von dem Arbeitskreis für freiheitliche Gesellschaftspolitik kommen, zu dem selbst die Junge Union einen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt hat. Diese Verbände versuchen, die Schüler mit Preisausschreiben zu locken, in denen



als Hauptgewinn eine Reise nach Südafrika oder Chile versprochen wird. In Westberlin sind acht Zeitungen in der FJP organisiert.

Demgegenüber stehen 80 Zeitungen, die sich in der Jungen Presse Berlin zusammengeschlossen haben und die mit der DGB-Jugend zusammenarbeitet. Die meisten dieser Zeitungen sind einer ständigen Zensur durch die Schulleitungen unterworfen, die unter Aufsicht der CDU-Senatorin Hanna Laurien stehen. Bereits vor ihrem Amtsantritt hatte Laurien der rechten Jugendpresse in der FJP ihre Unterstützung zugesagt. Weitere inzwischen durchgeführte Maßnahmen bestätigen Lauriens Absichten. Gegen eine Zensur rechtsradikaler Broschüren an Westberliner Schulen durch die NPD wurde seitens des Senats nicht eingeschritten, obwohl die NPD in Westberlin verboten ist. Am 1. September wurde durch Hanna Laurien ein Redeverbot für Vertreter der VVN (Verband der Verfolgten des Nazi-Regimes) für eine Veranstaltung am Westberliner Fichtenberggymnasium ausgesprochen. Die Schülervertretung mußte die Veranstaltung in Räumlichkeiten der Kirche durchführen.

Ausländer Abschiebung läuft auf Hochtouren

Hamburg. Ganz drastisch hat der Hamburger Senat seine Abschiebungspraxis verschärft. 1977 wurden 495 Ausländer abgeschoben, 1979 535, 1981 680 und 1982 sollen es 1200 werden. Bis 1980 lag der Anteil der Asylbewerber an den Abgeschobenen zwischen 5 und 10%. Von den zwischen Januar und März 82 Abgeschobenen waren bereits 38% Asylbewerber.

Seit Mitte 1982 arbeitet eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bei der Hamburger Ausländerbehörde und führt Anhörungen bei den Hauptasylbewerbergruppen mit Ausnahme von Polen durch. Das Anhörungsverfahren ist dadurch von 12 auf 2 Monate verkürzt worden.

Von 1303 Klagen auf Anerkennung als Asylbewerber wurde 1981 nur 13 stattgegeben, von 72 Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Hamburg nur eine. Zusammen mit dem Verfahren vor dem Bundesamt wurden in Hamburg knapp 90% aller Asylanträge abgeschmettert.

Seit Februar 82 sind sechs Vollzugsbeamte und drei Verwaltungsbeamte zwecks Verfolgung abgelehnter Asylbewerber eingesetzt. Sie haben die verfügte Ausreise zu überprüfen und ggf. Abschiebungshaft und Abschiebung zu erwirken. Dabei besteht ein „wechselseitiges Mitteilungssystem zwischen Ausländerbehörde und Sozialbehörde“. Der sofortige Stop jeglicher Sozialhilfezahlung und Denunziation von Behörde zu Behörde ist die Folge.

Bis Ende 1982 sollen mehr als 25% aller in Hamburg lebenden Asylbewerber in Gemeinschaftunterkünften, sprich: Lagern untergebracht sein.

Zur Durchsetzung des Abschiebungsterrors will der Hamburger Senat 1982 1,5 Mio DM Abschiebungskosten ausgeben; 600000 davon als Neuverschuldung. Diese Kosten sind im wesentlichen Frachtkosten für Flugreisen ins Ausland. Von den 680 abgeschobenen Ausländern erhielten ganze 31 die vielgepriesene Rückführungshilfe von DM 500. Das ist der Preis für den völligen Verzicht auf jegliches Rechtsmittel im Asylverfahren. Z.T. sind darin auch die Auswanderungskosten von sog. Ostblockflüchtlings nach Kanada, in die USA oder Australien enthalten; Türken dagegen müssen damit rechnen, in die Türkei zurückgeschickt zu werden, was in einzelnen Fällen glattem Mord gleichkommt.

„Für Unternehmer viel unternommen ...“ – Billigstversorgung der Kapitalisten durch die Stadt Mannheim

Mannheim. Für die Stadt Mannheim schließt Oberbürgermeister Wilhelm Varnholt (SPD) eine Gewerbesteuer-Erhöhung für das nächste Jahr aus. Ebenso die beiden großen Fraktionen SPD und CDU. Die DKP und auch die Grünen (je ein Sitz) haben mehrfach bereits die Gewerbesteuererhöhung gefordert. 300 Mio. DM hatte die Stadt an Gewerbesteuererträgen im letzten Haushalt angesetzt. 12 Mio. DM weniger werden jedoch eingehen. Stadtkämmerer Egger (CDU) dazu einen Monat vor den neuen Etatreden: „Die müssen im nächsten Haushalt eingespart werden ... Wir werden nicht umhinkommen, unseren gesamten Gebührenhaushalt zu überdenken und eben auch die gewohnten Leistungen da und dort ein bißchen kürzen zu müssen.“ Abgesehen von den ständigen Strom-, Gas-, Fernwärme- und Verkehrstarifen, die nicht direkt über den Kommunalhaushalt laufen, zahlt heute jeder Mannheimer Bürger rund 100 DM Mark im Jahr mehr an Gebühren als dies noch 1979 der Fall war. Gleichzeitig wurde aber die Gewerbesteuerbelastung der Betriebe durch Senkung des Hebesatzes von 430 auf 395 Punkte um rund 30 Mio. DM gedrückt.

„Wirtschaftsförderung wird großgeschrieben“, so die Werbezeitung des Amtes für Wirtschaftsförderung. Über eine halbe Mio. DM an Wirtschaftswerbungskosten pro Jahr führt der Haushaltsplan der Stadt auf. Und die sieht so aus:

„Stellen Sie sich vor, Sie wollen sich in Mannheim engagieren, sich wirtschaftlich betätigen, investieren ... Angst vor dem dornigen Marsch durch die Institutionen? ... Doch seien Sie beruhigt: In Mannheim gibt es Wegbereiter. Sie reichen Ihnen gerne die Hand, führen Sie über alle Klippen hinweg ...“

Einige Beispiele unbürokratischen Eingreifens der Stadt:

Getränkebaumaschinen Winterwerb, Streng: Grundstückskauf der Stadt von 3400 qm, bebaut mit Werks- und Montagehalle, Vermietung an die Firma, Vermittlung von Staatskrediten und Verzicht auf Absicherung dieser Kredite, Übernahme der Kosten für verbesserte Stromversorgung, weiterer Grundstückskauf von 1,34 ha für die Firma, später Überlassung dieser Grundstücke zum „Einstandspreis“. Pepperl & Fuchs, elektronische Spezialgeräte: Überlassung eines stadteigenen Grundstücks, finanzielle Hilfen

für jede neu eingestellte Arbeitskraft vier Jahre lang. Weitere Abgabe von 10000 qm Grund, bevorzugte Herstellung des Kanal- und Straßenbaus zum Firmengelände, später weitere „Ab-rundungsgrundstücke“.

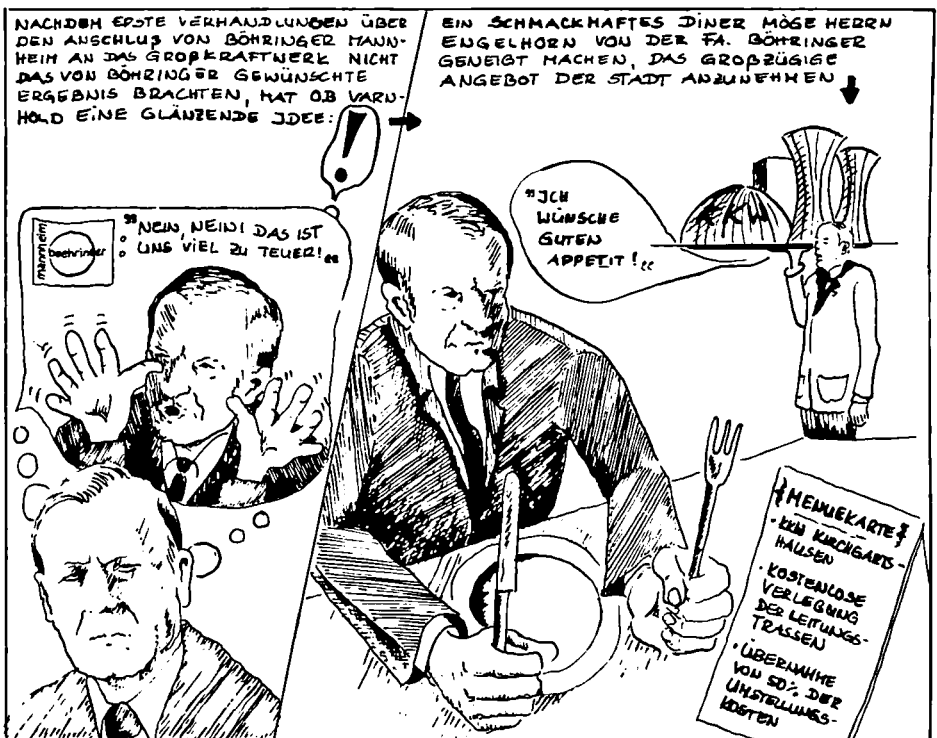
Bibliographisches Institut und ISTA: u.a. Grundstücksüberlassungen.

Mineralölwerke Fuchs: Ausweisung von 55000 qm als „Interessensbereich“ der Firma, in vier Etappen Übereignung, dabei werden 110 Kleingärten zu Betriebsgelände.

BBC: Büroverlagerung BBC für 1,65 Mio. DM, Sonderpachtvertrag.

... Investieren bedeutet die Anlage von Geld. Es zu beschaffen, auch dabei hilft das Amt für Wirtschaftsförderung ...“, so die Werbung.

Allerdings „hilft“ die Stadt wo sie kann. Die obigen Beispiele sind ja nur die, die an die Öffentlichkeit gelangt sind. Sämtliche Geschäfte werden in nicht-öffentlicher Sitzung beschlossen. Nur solche Beschlüsse, wie z.B. die von der CDU 1979 beantragte und beschlossene Senkung des Erbbauzins von 6% auf 4% für Industriebetriebe werden bekannt. Die Stadt hat jedoch alle Grundstücke zur Sicherheit der städtischen Verschuldung bei den Ban-



Benz: Verkauf der Hanns-Martin-Schleyer-Straße an Benz zum Sonderpreis, Übernahme der gesamten Grundstückstransaktionen für die Erweiterung zum Bau des Hochregallagers (37000 qm). Die Ablösung der Erbpachtverträge, Erstellung neuer Häuser für die ansässigen Eigenheimbesitzer usw. kostet ca. 13 Mio. DM. Benz zahlt aber dafür nur 6 Mio. DM, den Rest bringt die Stadt auf. PWA: Eine halbe Mio. DM an Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg als „Umwandlungsprämie“ von Produktionsräumen in zwölf Wohnungen, obwohl die Räume seit langem nicht mehr für die Produktion benutzt wurden.

„Nun sehen Sie schon klarer, aber noch lange nicht klar genug: Für Ihre Investitionen brauchen Sie Grund und Boden. Woher nehmen? Die Stadt hilft

ken beliehen, somit bedeutet die 2%-ige Senkung des Erbbauzinses eine direkte Subvention der Kapitalisten. Die Betriebe, die zunehmend vom Grund in Erbbaurecht Gebrauch machen, erhalten das Recht, das Grundstück innerhalb von acht Jahren zu dem Preis zu kaufen, der der Berechnung des Erbbauzinses zugrunde lag.

Der durchschnittliche Preis des von der Stadt an Betriebe verkauften Geländes betrug in den Jahren 1967 bis 1969 noch 2,7 Mio. DM pro ha; in den Jahren 1973-76 dagegen nur noch 1,3 Mio. DM. Insgesamt erscheint im Endeffekt im Haushalt die Position Erwerb und Veräußerung von Grundstücken immer ausgeglichen: 1981: 15 Mio. DM Erlöse, 15 Mio. DM Ausgaben, 1982 ebenso. Die Differenz zwischen wirklichen Werten und tatsäch-

lich gezahlten Preisen taucht nicht auf. Selbst der Schlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Haushalt 1980 der Stadt bemängelt: „Bei der Prüfung ... ergab sich, daß im allgemeinen in den Verkaufsakten über unbebaute Wohn- und Gewerbegrundstücke der jeweilige Verkehrswert nicht ausdrücklich ausgewiesen war ... Eingräumte Ermäßigungen waren von den hierzu befugten Gremien beschlossen, blieben aber im Haushalt und bei dessen Vollzug unberücksichtigt ...“

OB Varnholt an Fa. Boehringer Mannheim: „*Alle Mannheimer Unternehmen dürfen gewiß sein, daß wir unsere Hilfe nicht versagen, wenn sie gefordert wird.*“

Der Firmenchef von Boehringer – der Betrieb ist noch nicht an die stadteigene MVV angeschlossen – beklagte die zu hohen Energiekosten. Auch darauf erstreckt sich die Wirtschaftsförderung: Zur Verfügungstellen aller gewünschten Versorgungseinrichtungen, Ausrichten des gesamten Versorgungssystems auf die jeweiligen Groß-Bedürfnisse der Konzerne (siehe Pol. Berichte 6/82). Viermal hat 1980/81 die MVV für die Haushalte die Tarife erhöht, um für die notwendigen gewaltigen Erzeugungs- und Verteilungsanlagen die Kosten einzuholen. Zum 1.11. ist die fünfte Erhöhung geplant.

Während die Kapitalisten auf schier undurchsichtigen Wegen große Summen aus dem Kommunalhaushalt bekommen, werden die Gebühren für die Lohnabhängigen so gesteigert, daß sie noch mehr von Sozialhilfe abhängig werden. Für das Jahr 1982 mußte der Gemeinderat ca. 850000 DM bewilligen zur Übernahme der erhöhten Stromrechnungen an die ca. 6600 sozialhilfeabhängigen Haushalte.

Die Begründung und das Druckmittel für Subventionen ist immer wieder die „Erhaltung von Arbeitsplätzen“. Die DKP fordert in einem Antrag an den Gemeinderat, daß Mittel der Stadt an Unternehmen nur vergeben werden, „wenn sich der betreffende Betrieb zu einer vertraglichen Garantie für die Erhaltung bestehender oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze verpflichtet“ und wenn diese Maßnahmen „mit den zuständigen Belegschaftsvertretungen und entsprechenden Industriegewerkschaften“ beschlossen werden. Diese Forderungen werden auch von den Gewerkschaften erhoben. CDU und SPD gehen mit den Kapitalisten einig, daß dies ein Eingreifen in die Privatwirtschaft bedeutet und daher abgelehnt werden müsse. Allerdings ist es dringend notwendig, bei den anstehenden Haushaltsberatungen die kommunalen Subventionen der Kapitalisten anzugreifen und damit die durchaus berechtigte Forderung nach Erhöhung der Gewerbesteuer zu unterstützen.

Schulbehörde erfüllt Kapitalistenwünsche an die Ausbildung in Mannheim

Großen Einfluß auf die Entscheidung eines Unternehmens, sich an einem bestimmten Ort niederzulassen, spielt auch das vorhandene Arbeitskräftepotential, der Altersaufbau, die soziale Struktur, die „spezifische Arbeitsbegabung“ und das Lohnniveau. An der Herstellung dieser Bedingungen beteiligt sich die Industrie tüchtig. Dies wird auch bei ihrer Einflußnahme auf das Berufsschulwesen in Mannheim deutlich. Die Entscheidungen der Schulbehörden zur Einrichtung bestimmter Ausbildungsgänge werden gesteuert:

– Bereits 1956 wurde in Mannheim als „bundesdeutsche Pionierleistung“ das Berufsfindungsjahr Metall eingeführt. Studiendirektor Diefenbacher der Gewerbeschule II bedauerte 1964: „Eine Anrechnung des Berufsfindungsjahres auf eine nachfolgende Lehrzeit findet bis jetzt noch nicht statt.“

– Inzwischen werden über 2000 Jugendlichen in verkürzte Ausbildungsgänge geschleust, nicht mitgerechnet die Jugendlichen, die durch die Stufenausbildung frühzeitig aus der Ausbildung fallen.

– Es gab zwischen Stadt und Industrie Differenzen um die Einrichtung eines 2-jährigen Berufskollegs für Elektrotechniker. Die Stadt hatte die Errichtung 1977 beschlossen und wurde vom Kultusministerium zurückgepfiffen, da die Mannheimer Elektroindustrie dort Bedenken angemeldet hatte.

– Prompt erledigt wurde hingegen ein Antrag der Schlosser- und Maschinenbauinnung, die 1977 die Einrichtung einer einjährigen Berufsfachschule Metall – Fachrichtung

Maschinenbau – dem Schulausschuß vorgeschlagen hatte. Darauf wurde die einjährige Berufsfachschule Kfz-Handwerk gebildet. Die Berufsfachschule soll auf die Lehrzeit angerechnet werden, es gibt keine Ausbildungsvergütung. Für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, ist die Berufsschulpflicht abgegolten.

– Entsprochen wurde auch dem Antrag des Verbandes industrieller Bauunternehmungen und des Bauverbandes Nordbaden auf Einrichtung eines Berufskollegs für Bautechnik. Die Bauindustrie hatte dies beim Oberschulamts Karlsruhe beantragt, das ihn an die Stadt weiterleitete. „Wir sind keine Vollzugsbeamten“, beklagte sich Widder, der schulpolitische Sprecher der SPD, der Gemeinderat stimmte aber einstimmig für den Antrag.

– Oberschuldirektor Hans Rieger dankte den Spendern einiger Motoren: „Ohne die Hilfe von Industrie und Handwerk (sind) viele Anschaffungen ganz und gar unmöglich. Der jährliche Schuletat von 150000 reicht für solche Zwecke nicht aus.“

– Daimler-Benz und BBC veranstalteten „Fortbildungskurse“ für Lehrkräfte der Mannheimer Hauptschulen, an denen bisher 100 teilnahmen. Sie werden für eine Woche vom Unterricht freigestellt, um „Erfahrungen in der Berufs- und Arbeitswelt“ zu sammeln. Das Industriepraktikum teilt sich auf in praktische Tätigkeit im Betrieb und in Vorträge. Weitergabe von Arbeitstugenden, Unterricht im „Interesse des freien Unternehmertums“ ist eine immer wiederholte Forderung der Kapitalisten.



„Kommunale Wirtschaftsförderung“ taucht erstmals in der Gemeindehaushalts-Verordnung vom 4.9.1937 auf. Das baden-württembergische Gemeindehaushaltsrecht erfaßt die kommunale Wirtschaftsförderung in den Haushaltsvorschriften für Einzelplan 7. Darunter führt der Mannheimer Haushaltsplan Stellen auf wie Entwässerung, Abfallbeseitigung, Wochen- und Jahrmärkte, Ausstellungsbetriebe usw. Tatsächlich umfaßt Wirtschaftsförderung wesentlich weitere Bereiche, die im Etat weitaus größere Summen ausmachen (falls überhaupt ausgewiesen) wie Grundstücksbeschaffung, Bereitstellung von Energie usw. Begründung: „Unsere kommunale Förderung soll die Wirtschaftskraft der Stadt heben. (Sie) sichert und verbessert die Steuereinnahmen zur Finanzierung der Gemeindeaufgaben, sie sichert und vermehrt die Arbeitsplätze ...“ (Dr. Syren).

SPD: „Wir halten es für legitim, wenn die Kammern in Mannheim sich immer wieder darum bemühen, den Gewerbesteuerersatz so niedrig wie möglich zu halten. Trotz nachrangiger Einordnung sind schließlich Gewerbesteuern Ausgaben für die betroffenen Betriebe ... Wir werden von unserer Seite aus keine Anstrengungen unternehmen, die derzeitigen Steuerhebesätze im Rahmen der Etatberatungen nach oben zu verändern ... Unsere Aufgabe muß es sein, den in unserer Stadt ansässigen Unternehmen ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit zuzuwenden ...“

CDU: „Nach Auffassung der CDU Mannheim ist Wirtschaftsförderung nur erfolgreich, wenn die Stadt mit niedrigen Steuersätzen, der Bereitstellung von fertigen Plätzen für gewerbliche Betriebe jeder Art und günstigen Grundstückspreisen gegen das Umland konkurrieren kann.“

Neue Wege in der Kommunalen Wirtschaftsförderung

„Kommunale Wirtschaftsförderung ist nicht – nicht mehr – in erster Linie Wirtschaftsförderung durch Subventionen, sondern Wirtschaftsförderung mit anderen Mitteln ... die ganze breite Palette von Maßnahmen, durch die die Tätigkeit eines Betriebes erleichtert werden kann, (reicht) von der Infrastruktur über die Wohnungsbauförderung, die parkähnlichen Außenanlagen, den auf die betrieblichen Zeiten zugeschnittenen ÖPNV bis zur nächtlichen Beleuchtung.“ (1)

Gefordert wird heute der „Schritt zur aktiven, vorausschauenden Gewerbepolitik“: geplante Bodenpolitik, Überblick über öffentliche Förderprogramme, Informationsfluß zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Praktisch wäre die Umorganisation der Verwaltung nach Bedürfnissen der Wirtschaft: Vereinigung von Wirtschaftsförderung und Liegenschaften in einem Amt, unmittelbare „Anbindung der Wirtschaftsförderung an den Verwaltungschef“. (2)

Ein neues Schlagwort heißt „Bestandspflege“: damit ist gemeint die Umorientierung der Wirtschaftsförderung von der Auslegung von Ködern für

große Neuansiedlungen, die im Zuge der Rezession nicht zu erwarten sind, stattdessen Förderung der ansässigen, mittelständischen Betriebe und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze. (3)

Die Vielzahl von Subventionen, die die Unternehmen in Anspruch nehmen können, kommen in Konflikt mit der „Marktwirtschaft“. Die offensichtlichen Mitnahmeeffekte und Wettbewerbsverzerrungen veranlassen sowohl die Innen- als auch die Wirtschaftsminister-Konferenz im September 1980 zu Stellungnahmen. Die IHK bemühe sich, Unklarheiten über den rechtlichen Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderung sowie über die Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit einzelner Fördermaßnahmen auszuräumen; z.B. ob weiterhin fast alle Betriebsverlagerungen wie bisher aus Mitteln des Städtebauförderungsgesetzes bezahlt werden sollten. Die WMK stellt klar, nach welchen Gesichtspunkten und in welchem Umfang öffentliche Fördermittel vergeben werden sollen. (4)

(1) Knemeyer, in: Kommunalforschung für die Praxis, H. 10, S. 9; (2) Heuer, in: Stadtag 4, 82, S. 253 f.; (3) DIH-Bericht 1981, S. 129 f.; (4) von der Heide, in: Kommunalforschung für die Praxis, H. 10, S. 221

Forderungen des DGB

Der 11. DGB-Bundeskongreß hat eine „Revision der Wirtschaftsförderungspolitik“ (Antrag 07) beschlossen. Darin heißt es: „Die Vergabe der Fördermittel wurde überaus großzügig gehandhabt, während die Erfolgskontrolle zu wünschen übrig ließ. Der einzig sichtbare Effekt der Wirtschaftsförderung schlug sich in einer Anhebung der Privateinnahmen der Unternehmen nieder. Bei den Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit Flächenbereitstellung handelt es sich im wesentlichen um Betriebsverlagerungen sowie um sog. ‚grundlegende Rationalisierung‘. Bei der Vergabe der Fördermittel spielt die Erfolgskontrolle eine entscheidende Rolle. Als förderungswürdig kann nur der Nettoeffekt der nachgewiesenermaßen neuge-

schaffenen Arbeitsplätze anerkannt werden. Bei der Antragstellung auf Fördermittel ist ein obligatorisches Mitwirkungsrecht der Betriebsräte vorzusehen, ebenso bei der nachträglichen Überprüfung, ob die angestrebten Arbeitsplatzziele erreicht wurden. Rationalisierungen und Betriebsverlagerungen sind nicht mehr als förderungswürdig anzuerkennen.“

Zur besseren Koordinierung der verschiedenen Maßnahmen fordert der DGB die Entwicklung von Bestandsaufnahmen aller Förderprogramme und ihrer Wirkungen, Erfolgskontrollen im Hinblick auf die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, Strukturberichterstattung und Strukturanalyse sowie stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen (Antrag 75).

Forderungen der IHK

„Das Interesse der Wirtschaft an der kommunalen Politik“ sieht der Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg, Dieter Schäfer, in „folgenden Bereichen:

- der kommunalen Finanzpolitik, weil sie über eine betriebliche Steuerbelastung entscheidet, die Gewerbesteuer, ... die stärkste Einnahmequelle der Gemeinde und für die Betriebe nicht einfach über die Preise abwälzbar.
- der Grundstückspolitik, weil sie darüber entscheidet, wie leicht oder wie schwer die Flächenausdehnung ... sich vollziehen kann
- der Leistungsfähigkeit der städtischen Versorgungseinrichtungen

– der Straßenbau- und Verkehrspolitik, weil dies die Erreichbarkeit des Unternehmens ... unmittelbar betrifft, ... bei Staus nicht kalkulierbare Überstunden produzieren und Kfz- und Personalkosten verdoppeln kann.“

Dagegen gehöre es nicht zu den Aufgaben der Kommune, „auf die Entscheidungen des Betriebs unmittelbar Einfluß zu nehmen. Die öffentliche Hand kann lediglich mittelbar einwirken, indem sie mit Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik Anreize finanzieller oder sonstiger Art schafft, die als Starthilfen wirken.“ Genausowenig sei es „Aufgabe der Kommunen, Unternehmen zu beraten.“

Quelle: Kommunalforschung für die Praxis, H. 10, S. 36f

„An den Präsidenten des Deutschen Städtetags“ Brief der Geschäftsführerin 3 GLOCKEN GmbH, Weinheim

„... Mit Befremden habe ich der Presse entnommen, daß Sie die ‚verzweifelte‘ Finanzsituation der Städte, Landkreise und Gemeinden durch eine Anhebung der Gewerbesteuer aufbessern wollen. Es scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein, daß die Industriebetriebe sich in einer ebenso ‚verzweifelte‘ Finanzsituation befinden ... Die Industriebetriebe sind kein Selbstbedienungsladen für Kommunalpolitiker. Die Industrie hat jetzt schon nicht genug Mittel für produktive Investitionen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Nimmt sie Kredite auf, so bereichern sich

die Kommunen an Zinsen und Dauerschulden und geben ... dieses Geld mit leichter Hand und oft in der unsinnigsten Form aus. Investitionen, die die Gemeinden machen, ... produzieren also neue Schulden und schaffen in den seltensten Fällen Arbeitsplätze ... So meine ich, es wäre Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, auf Ihre Städte und Gemeinden einzuwirken, daß sie endlich lernen zu sparen und daß Sie sie nicht animieren, in anderer Leute Tasche zu greifen.“

Quelle: Die Wirtschaft 8/82, IHK, Rhein-Neckar, S. 512

Honduras: US-Militärbasis

Über die Vorbereitungen der USA von Honduras ausgehend in Nicaragua zu intervenieren, berichtete ein Oberst der Armee Honduras in Mexico vor der Presse. Während die Militärhilfe der USA 1980 noch bei 10 Mio. Dollar lag, wird sie in den Jahren 1982/83 eine Höhe von 144 Mio. Dollar erreichen. Insbesondere die Luftwaffe Honduras soll damit ausgebaut werden; 50 Piloten befinden sich zur Ausbildung in den USA. Der Bau dreier Flughäfen entlang der Grenze zu Nicaragua hat dieses Jahr begonnen. Mit 39 Flugzeugen verfügt Honduras mittlerweile über die stärkste Luftwaffe innerhalb der Region. Allein dieses Jahr wurde sie mit 20 kanonenbestückten Kampfhubschraubern made in USA aufgestockt. Die Armee Honduras wurde von 12000 auf 20000 Mann vergrößert. Die US-Botschaft in Tegucigalpa, der Hauptstadt Honduras, ist nach der Botschaft der USA in Chile mit 147 „Botschaftsangehörigen“ die größte Botschaft der USA in Mittel- und Südamerika. Die Regierung Nicaraguas bezeichnete in einer Stellungnahme diese Tatsache als Beweis für die akut

IWF: Lahnstein für harte Kreditaufgaben

Weitergehende Anstrengungen der Schuldnerländer, für Zinszahlung und Schuldentilgung die nötigen Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, forderte Bundesfinanzminister Lahnstein (Bild) auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank am 6.9. Hauptsorge der zur Tagung angereisten imperialistischen Bankiers und ihrer Finanzminister ist, daß riesige Schuldensummen womöglich nicht mehr eingetrieben werden können, weil die imperialistische Ausplünderung die Schuldnerländer zahlungsunfähig gemacht hat. Gerade mußte Mexico Umschuldun-



gen beantragen mit der Folge, daß über mögliche US-Bankenzusammenbrüche spekuliert wurde. Die US-Regierung schlägt für solche „Zahlungskrisen“ die Schaffung eines Feuerwehrfonds des IWF vor,

die BRD-Imperialisten sind eher an einer Aufstockung des IWF-Kapitals, einer Quotenerhöhung, interessiert. Vorteil: Die BRD könnte dabei ihren Kapitalanteil und damit ihr Stimmgewicht weiter vergrößern. Zahlungskrisen sollten weiter individuell gelöst werden, Lahnstein nannte als erfolgreiches Beispiel die Türkei. Die von den Entwicklungsländern – sie stellen die überwiegende Mehrheit der IWF-Mitglieder, verfügen aber über weniger als die Hälfte der Stimmen – erhobene Forderung nach Stimmrechtsänderung und höheren Sonderziehungsrechten für „billige“ IWF-Kredite wurde von den Imperialisten abgelehnt.

drohende Gefahr eines Krieges der USA gegen Nicaragua. Sie hat die Völker Mittelamerikas zur Unterstützung Nicaraguas aufgerufen.

Fortgesetzte Streiks bei VW-Südafrika

Entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Presse und dem bedauerlichen Stillschweigen der IG Metall dauert der Lohnkampf bei VW-Südafrika an. Die Gewerkschaft der aza-

nischen Automobilarbeiter NAAWU führt dieses Jahr erstmalig die Tarifverhandlungen nicht innerhalb der vom südafrikanischen Siedlerregime geschaffenen „Industrial Councils“, in denen die Gewerkschaften in der Minderheit sind, sondern auf nationaler Ebene direkt mit den Automobilkapitalisten. Die NAAWU fordert eine sofortige Anhebung der Mindestlöhne von 2 Rd./Std. auf 2,50 Rd. und dann alle sechs Monate eine weitere Anhebung um 0,25

Rd. bis zu einem Stundenlohn von 3,50 Rd. Weiter verlangt die Gewerkschaft eine Verringerung der Zahl der Lohngruppen von bisher acht auf drei. Noch Anfang Juli weigerten sich die VW-Kapitalisten, überhaupt über diese Forderung zu sprechen. Durch Streiks Mitte Juli und anschließend „Dienst nach Vorschrift“ im VW-Stammwerk Uitenhage (5500 Beschäftigte) konnten die VW-Kapitalisten gezwungen werden, ein Angebot von 2,20 Rd. vorzulegen. Die Erfüllung der anderen Forderungen wird ebenso verweigert wie die Wiedereinstellung von entlassenen Gewerkschaftsmitgliedern. Ende August organisierte die NAAWU erneut Streiks im VW-Werk Uitenhage. Arbeiter im Ersatzteillager Rodekop von VW-Südafrika erklärten sich mit den Streikenden solidarisch.

„Kabeljau-Krieg“: BRD-Besetzungsaktion

In imperialistischer Manier hat die EG-Kommission auf Drängen der Bundesregierung der BRD-Fischereiflotte zugestanden, 2000 t Kabeljau vor der grönländischen Küste (Grönland ist dänische Kolonie) zu fangen. Obwohl Dänemark seine Zustimmung verweigert hat und die Grönländer sich in

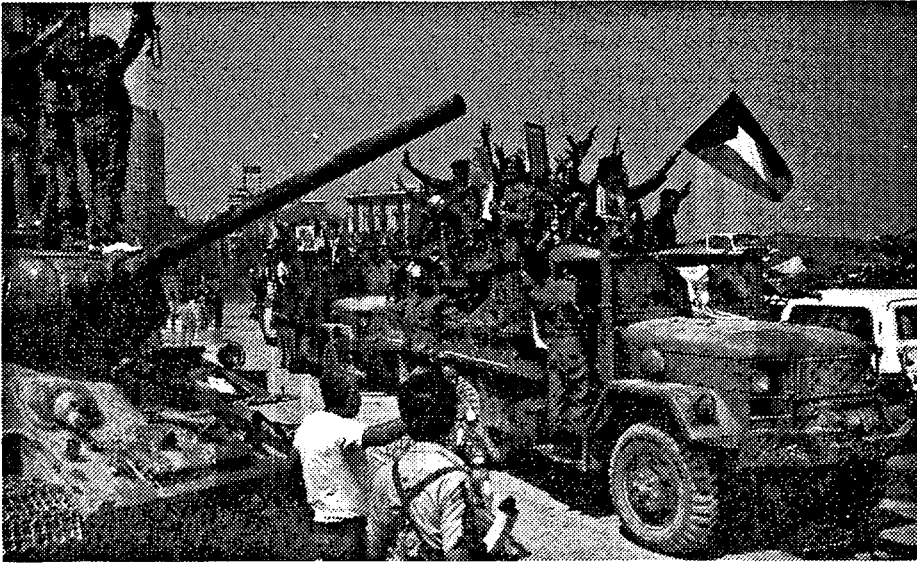
einem Referendum für den EG-Austritt ausgesprochen haben, hat Bundeslandwirtschaftsminister Ertl sofort nach dem Beschluß der EG-Kommission die Genehmigung für die westdeutschen Schiffe erteilt, in die Fanggründe vor Grönland einzulaufen. Ein einmal errungener Erfolg müs-

se auch sogleich genutzt werden, teilte das Landwirtschaftsministerium mit. Außerdem gedenke sich die BRD keinesfalls mit der Quote von 2000 t Kabeljau zufrieden zu geben, sondern halte an ihrer Forderung nach Erhöhung auf 10000 t fest. Die CDU/CSU hatte bereits vorher die Bundesregierung zu einer härteren Gangart aufgefordert und den Einsatz handels- und wirtschaftspolitischer Druckmittel gegen Dänemark gefordert. Der dänische Fischereiminister bewertet den Schritt der BRD als „klare Provokation“ und hat das Aufbringen von westdeutschen Schiffen angekündigt, die vor Grönland fischen. Der grönländische Regierungschef Motzfeld spricht zu Recht von einer „Besetzungsaktion“. Er hat die BRD aufgefordert, von ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen abzulassen. Das Bild zeigt eine Demonstration der Grönländer für den EG-Austritt während des Referendums über diese Frage.



Südafrikanische Angriffe auf Zimbabwe

Südafrika ist Ausgangspunkt verstärkter Angriffe der Imperialisten auf Zimbabwe. Am 22. August konnte die Armee Zimbabwes der Presse die Leichen dreier Weißer zeigen, die in einem Feuergefecht nahe der südafrikanischen Grenze erschossen wurden und die Anführer einer 12 Mann starken Sabotagegruppe waren. „Aus ihren Papieren und ihrer Ausrüstung wird deutlich, daß sie sich auf einem Einsatz befanden, wahrscheinlich einem Sabotageeinsatz“, sagte Premierminister Mugabe. U.a. wurden NATO-Funkgeräte und südafrikanische Medikamente gefunden.



Die PLO hat mit dem Abzug aus Beirut ihre Truppen und Kader in voller Stärke erhalten. Der zionistische „Vernichtungsschlag“ ist fehlgegangen.

Libanon

„Periode relativer Ruhe“? Der nächste Feldzug wird schon vorbereitet!

Wenn es nach der imperialistischen Presse geht, dann ist im Libanon nach dem Abzug von 14700 PLO-Kadern und -Truppen aus Beirut der tiefste Friede ausgebrochen. US-Weinberger am 1.9. in Beirut: „Der Libanon ist durch eine schreckliche Tragödie gegangen ... Ich hoffe sehr, daß diese Periode der relativen Ruhe andauert.“

„Periode relativer Ruhe“? Immer noch stehen zigtausende israelische Invasionstruppen im Land, halten sie über 7000 Palästinenser in Konzentrationslagern gefangen. Am 26.8. meldete die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa, daß die Zionisten ihre Truppen im Bekaa-Tal weiter verstärken und in der Nähe der libanesischen Siedlungen Qaraoun und Marj al Zouhour Militärflugplätze errichten. Vor allem aber haben die Zionisten ihr Ziel einer Zerschlagung der PLO keineswegs erreicht.

Am 29. August mußte selbst die „Jerusalem Post“ melden, in der letzten Augustwoche seien drei israelische Soldaten im Südlibanon getötet und fünf weitere verletzt worden. Auch in der Westbank und im Gazastreifen hat sich der Widerstand gegen die Zionisten verstärkt. Am 27.8. organisierten palästinensische Frauen eine Demonstration vor dem amerikanischen Konsulat in Ostjerusalem. In Nablus mußten israelische Truppen sämtliche Hauptstraßen und Plätze abriegeln, um eine Demonstration zu zerschlagen. Die palästinensischen Stadtverwaltungen in den besetzten Gebieten erklärten in einem Kommuniqué, daß „trotz aller zionistisch-imperialistischen Versuche, unser Volk auszurot-

ten, seine nationale Identität auszulöschen und sie unter ihr aggressives System zu unterjochen, wir bereit sind, unseren unabhängigen Staat unter Führung der PLO, der einzig legitimen Vertretung unseres Volkes, zu schaffen.“ Zudem sind immer noch 7000 PLO-Kämpfer im Norden des Libanon, stehen die syrischen Truppen im Land und haben die libanesischen Linken deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sind, das Gemayel-Regime anzuerkennen.

Die Imperialisten rüsten deshalb die Gemayel-Milizen unter dem Schutz ihrer „Friedenstruppen“ fieberhaft mit Waffen und Munition aus. Auch die Waffenlieferungen an die Zionisten gehen ungebrochen weiter. Der neueste „Friedensplan“ Reagans soll zusätzlich die arabischen Staaten weiter spalten. Mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und seines Rechtes auf Errichtung eines eigenen Staates hat er nichts, mit der Einpferchung der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen in eine „Autonomie“ nach Art der südafrikanischen „Homelands“ dagegen alles zu tun. US-Außenminister Shultz am 2.9. in einem Interview: „Ich weiß nicht, woher sie die Behauptung nehmen, daß die Palästinenser sagen würden, sie seien durch die PLO vertreten. Welche Palästinenser? Wo hat es darüber eine Abstimmung gegeben?“ Am 1.9. kündigte Weinberger an, „spätestens 30 Tage nach ihrer Landung“ würden die US-Truppen den Libanon wieder verlassen. Das wäre am 25. September. Zeitgleich damit soll Gemayel offiziell sein

Amt antreten. „Auf amerikanischer Seite wird damit gerechnet, daß er notfalls mit Waffengewalt den Abzug syrischer Truppen aus dem Bekaa-Tal erzwingen werde“, hatte die FAZ schon am 25.8. verkündet.

Weitere Unterstützung des palästinensischen Volkes ist deshalb dringend. Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Meldung, daß der Palästinensische Arbeiterverein, der Palästinensische Studentenverein, die Libanesisch Progressive Bewegung und verschiedene westdeutsche Organisationen für den 25.9. zu einer bundesweiten Demonstration in Bonn aufrufen. Sie steht unter den Forderungen:

- „sofortiger und bedingungsloser Rückzug Israels aus dem Libanon;
- Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten;
- Freilassung aller von Israel gefangenen Palästinenser und Libanesen;
- für einen demokratischen, ungeteilten, arabischen Libanon;
- für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf einen eigenen Staat in Palästina;
- Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung;
- keine Unterstützung der israelischen Aggression durch die Bundesrepublik.“

In den örtlichen Initiativen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes sollte eine Unterstützung dieser Aktion möglich sein.

Quellenhinweis: Informationsstelle Palästina, Bonn, Palästina-Bulletin 32/82 und Telexe der letzten Tage; Wirelless Bulletin from Washington, Hrg. US-Botschaft, 3.9.82; Wall Street Journal vom 26.8. und 2.9.; Jerusalem Post vom 29.8.82

Jugoslawien

Reallohn sinkt, Problem der Lohnverteilung

Die Reallöhne in Jugoslawien sind in den letzten beiden Jahren gesunken (s. Tabelle 3). Die Anzahl der Streiks hat sich nicht erhöht. Wenn gestreikt wird, geht es meist um die Erhöhung bzw. Einhaltung der gesetzlich festgelegten Mindestlöhne. Über die Verteilung des Reineinkommens entscheiden die Organe einer Grundeinheit (Arbeiterrat, Verwaltungsausschuß) in einem Selbstverwaltungsabkommen, das einem betrieblichen Plan entspricht. Gegenwärtig beträgt das Verhältnis von Lohn/Sozialausgaben und Investitionen durchschnittlich 3:7.

Bei Festlegung und Verteilung der Löhne ergeben sich derzeit mehrere Probleme, die von den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungen angegangen werden:

- Immer noch sind die regionalen Lohnunterschiede bei gleicher Tätigkeit in den Branchen zu hoch, in der metallverarbeitenden Industrie im

Durchschnitt 1:6. Sie sollen v.a. durch Hebung der Mindestlöhne und genauere Arbeitsplatzbewertungen vermindert werden.

– Mehrere Lohn- und Preisstoppbeschlüsse in den letzten Jahren konnten die Inflation nicht aufhalten (Tabelle 1). Fehlinvestitionen und „Betriebs-egoismus“ werden festgestellt, z.B. werden Preise willkürlich hochgesetzt, was den erzielten Gewinn künstlich erhöht und auch zur Produktion mit verdeckten, aber realen Verlusten führt. Die Hauptursache der Inflation, zu hohe Stückkosten aufgrund veralteter Produktionsanlagen und zu hohen Ko-

(1) Inflation

	Löhne (nominal)	Konsumgüterpreise
1977	132	127,4
1978 -	160	144,7
1979	191	172,3

Index: 1975 = 100

(2) Durchschn. Nettoverdienst Januar bis Juli 1981 (Monat)

Insgesamt	9 249 Din
Produktion	9 082 Din
Nichtwirtschaftl. Sektor	10 126 Din

(3) Reallohnsenkung

1980	-7,5%
1981	-5,0%

Quellen: „Danas“ 11 u. 12/1982; Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsstatistik 1981/82

sten im Verwaltungsbereich, kann so nicht bekämpft werden.

– Im privaten Sektor (bis 5 Beschäftigte) haben Gewerkschaften und Selbstverwaltungsorgane kaum Einfluß auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Ein ungelernter Bauarbeiter im Privatbetrieb verdient 6000 – 8000 Din, eine Akkordarbeiterin im gesellschaftlichen Sektor 12000 Din. Die Arbeiter, die aus den imperialistischen Ländern zurückkehren, können – obwohl überwiegend Facharbeiter – aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit (1981: 810000 in Jugoslawien) keinen adäquaten Arbeitsplatz bekommen. Man rät ihnen, private Betriebe zu eröffnen, v.a. im Dienstleistungsbereich, da v.a. dort kleinere Betriebe fehlen.

– Das Prinzip „Bezahlung nach Leistung“ ist nicht durchgesetzt. Die produktive Arbeit wird im Vergleich zur unproduktiven zu gering bewertet (s.a. Tabelle 2). Insbesondere die Schwerarbeit soll jetzt aufgewertet werden, um den Ausbau der eigenen Grundstoff- und Schwerindustrie zu sichern. Zwischen 1976 und 1980 stieg die Ar-

beitsproduktivität bei industrieller Schwerarbeit um 2,3%, die Realeinkommen in diesem Bereich stiegen nur um 1,1%. Die Gewerkschaften versuchen mit den Grundeinheiten ein Arbeitsbewertungssystem zu entwickeln, das dieses Mißverhältnis beseitigt und alle Komponenten der Arbeitsbelastung – Ausbildung, Erfahrung, Anforderungen an Konzentration, Muskelkraft, alle gesundheitlichen Belastungen – in der Lohnzusammensetzung berücksichtigen soll.

VR Polen

Regierung verlängert Ausnahmezustand

Zwei Jahre nach Abschluß der Vereinbarungen von Gdańsk, Szczecin und Jastrzebie und unter fortwährendem Kriegerrecht in der VR Polen werden die Aussichten für die polnische Arbeiterbewegung auf eine Reorganisation der Gewerkschaft „Solidarität“ schlechter.

Die Gewerkschaft zerfällt in Gruppen der früheren gewählten Führung mit unterschiedlichen Auffassungen über die nächsten Aufgaben und die gegenüber dem Staatsapparat anzuwendenden Methoden einerseits und eine führungslose Massenbewegung andererseits, in der sich Festhalten an den mit den Vereinbarungen vom 31. August 1980 erkämpften Zugeständnissen mit Erbitterung über die schlechte Versorgungslage und Demoralisierung der Arbeiter hinsichtlich ihrer Stellung in der Produktion und der Gesellschaft mischen.

Daß die Gewerkschaft im Untergrund nicht imstande ist, größere Aktionen der Arbeiter zu organisieren, steht nach diesem 31. August fest. Der Aufruf dieses Teils der „Solidarität“-Führung ging nicht über die spontanen Forderungen der Massenbewegung nach Aufhebung des Kriegerrechts und Freilassung der Internierten hinaus. Der Versuch, von bestimmten Sammelplätzen aus Demonstrationszüge zu organisieren, ist fehlgeschlagen und durch Auffahren der Polizei verhindert worden. Trotz der heftigen Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei mehrere Menschen erschoss, haben die Aktionen keinen Nutzen für die Arbeiterbewegung gehabt. Große Hoffnungen bestanden sowieso nicht mehr, seit die Gewerkschaft vor der Durchführung ihres angekündigten Generalstreiks resigniert hatte. Die internierten Funktionäre können bloß den Mißbrauch ihres Namens für eine kastrierte Organisation verhindern.

Die Kirche nutzt die Schwäche der Arbeiterbewegung für ihren großange-

legten Zauber mit der Schwarzen Madonna. Ihr Haupttäter ist, daß der Papst noch immer nicht zu einem absehbaren Termin angekündigt werden kann. Sie führt ihre Verhandlungen mit der Regierung fort. Unter deren Schutz läßt sie jede Unterstützung der Gewerkschaft fallen. Erzbischof Glemp speiste seine Zuhörer mit der spärlichen Forderung nach der Freilassung Walesas ab. Im übrigen rief er zur Friedlichkeit auf.

Die polnische Regierung fühlt sich allmählich stark genug, auf frühere Gewerkschaftsführer zu verzichten und von oben „Gewerkschaften neuen Typs“ einzurichten, wie Vizeministerpräsident Rakowski in einem Interview mit der Zeitschrift „Konkret“ äußerte. Geplant sind isolierte Komitees auf Betriebsebene. Die *Suspendierung* des Kriegerrechts sei bis Jahresende möglich, so Rakowski. Vermutlich wird statt Aufhebung eine Zeitlang abwechselnd mit Lockerung und Verschärfung einzelner Maßnahmen des Kriegerrechts operiert.

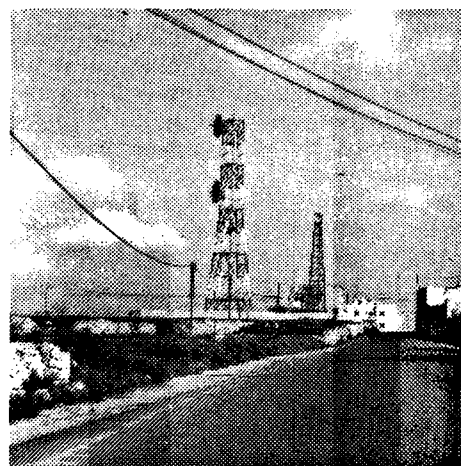
Quellenhinweis: „Konkret“ Nr. 9 September 1982

Malta

Gesetz gegen Auslandseinmischung

Malta's Parlament beschloß am 1. September ein von der Regierung Mintoff eingebrachtes Gesetz, das Ausländern die politische Betätigung auf Malta untersagt und Maltesen die Benutzung ausländischer Rundfunksender für Sendungen nach Malta verbietet. Das Gesetz richtet sich gegen die oppositionelle Nationalistische Partei, die mit ausländischer Hilfe gegen die Regierung Mintoff opponiert und dazu auch Rundfunk- und Fernsehsender auf Sizilien betreibt.

Zu den aktivsten Geldgebern der Nationalistischen Partei gehört die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Außenminister Dr. Alex Sciber-



Relaisstation der „Deutschen Welle“ auf Malta

ras-Trigona sagte in der Parlamentsdebatte zum „Gesetz gegen Auslandseinschmischung“, seine Regierung sei bei der italienischen Regierung wegen der Sender und bei der Bundesregierung wegen der CDU-Unterstützung für die Nationalistische Partei vorstellig geworden.

Malta wurde nach britischer Kolonialherrschaft 1964 unabhängig, war aber weiterhin NATO-Hauptquartier im Mittelmeer und wichtiger Kriegshafen für die britischen und amerikanischen Imperialisten. 1974 erklärte sich Malta zur Republik und warf 1979 die letzten NATO-Soldaten hinaus. Seitdem versuchen die Imperialisten, Malta als Stützpunkt erneut unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Dr. Trigona sagte, das Gesetz richte sich gerade gegen die, die den Abzug der NATO-Basen bekämpft hätten. Die Nationalistische Partei greift den Kurs der Regierung an, die u.a. gute Beziehungen zu Libyen unterhält, und verlangt bessere Beziehungen zu Westeuropa, d.h. EG und NATO. Die Situation der Regierung Mintoff ist kompliziert, weil sie bei den Parlamentswahlen zwar die Mehrheit der Sitze, aber 4000 Stimmen weniger erhielt als die NP. Seither fordert die NP Neuwahlen und boykottiert das Parlament.

Malta hat 320000 Einwohner. Größter Betrieb ist die regierungsseigene Reparaturwerft mit 5000 Beschäftigten, auf der Schiffe aller Länder repariert werden.

Quellen: Times (Valetisa), versch. Ausgaben; Financial Times, 25.8., 2.9.; BBC

Nordirland Regionalparlament ohne Unterstützung

Nach zweimonatigen Diskussionen hat die Social Democratic and Labour Party (SDLP) in Nordirland ihre Haltung zu den Regionalwahlen am 20. Oktober bekannt gemacht. Sie wird sich an den Wahlen beteiligen, aber die gewonnenen Sitze nicht einnehmen.

Der Entscheidung war eine scharfe Auseinandersetzung in der Partei vorausgegangen. Parteigruppen in Nord-Belfast und Mittelulster lehnen die Beteiligung ab. Die SDLP (nicht zu verwechseln mit der Sozialdemokratischen Partei in Großbritannien) ist die größte katholische Partei in Nordirland, die mit den Briten zusammenarbeitet, und daher von diesen als „Vertretung der katholischen Bevölkerung“ behandelt wird.

Bis 1971 hatte Nordirland ein Provinzparlament und eine Provinzregierung in Stormont, die von den protestantisch-reaktionären Parteien beherrscht wurde und deren offizielle

Politik die Entrechtung und Vertreibung der irisch-katholischen Bevölkerung aus Nordirland war. Unter dem Druck der Widerstandskämpfe seit 1968 mußte die Zentralregierung diese Regionalregierung auflösen und verwaltet seit 11 Jahren Nordirland direkt, mit mehr als 20000 Soldaten und Polizisten.

Nordirlandminister Prior setzte im



Britische Soldaten müssen einen von IRA-Scharfschützen getroffenen Soldaten abtransportieren.

Parlament in London einen Plan für ein neues Regionalparlament durch, das nach und nach einige Vollmachten erhalten sollte, sofern „beide Bevölkerungsgruppen“ sich beteiligen würden. Ein ausgeklügeltes Wahlsystem soll eine angebliche Gleichberechtigung der Katholiken sichern, deren Beteiligung als Zustimmung zur Kolonialherrschaft verkauft werden. Die SDLP-Entscheidung, maßgeblich von dem Parteiführer John Hume, einem Mitglied des EG-Parlaments, durchgesetzt, gibt der britischen Regierung Spielraum. Die SDLP könnte durch Zugeständnisse dazu gebracht werden, die Sitze doch noch einzunehmen, wenn sie sich schon an der Wahl beteiligt.

Ein Treffen zwischen den republikanischen Parteien Sinn Féin, Irish Independent Party und verschiedenen SDLP-Gruppen im Juni sprach sich eindeutig gegen das Nordirland-Parlament aus, vor allem, wo die britischen Imperialisten ihre militärische Unterdrückung verstärken, z.B. durch den vermehrten Einsatz von Plastikgeschossen.

Prior deutete an, die Regierung Thatcher sei eventuell flexibel in der Frage der „gesamtirischen Versammlung“, für die die SDLP eintritt. Darin sollen nord- und süd-irische Parlamentarier vertreten sein. Thatchers Absicht damit ist, ganz Irland enger unter britische Kontrolle zu bekommen.

Quellenhinweis: An Phoblacht, versch. Ausgaben; troops out, Mai bis August; Financial Times, 26.8.

Peru

Erstarkende Guerillabewegung

Anfang September streikten in Lima, der Hauptstadt Perus, die Bankangestellten für höhere Löhne und für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, den die Regierung am Wochenende vom 21./22.8. über Lima und den Hafen von Lima, Callao, verhängt hatte. Am gleichen Tag demonstrierten 1000 Bauern für Agrarreformen. Die Regierung Belaúnde Terry hatte bereits Anfang August den Ausnahmezustand in drei Provinzen von Ayacucho ausgerufen.

Im März 82 hatten Guerilleros in Ayacucho City aus einem Bundesgefängnis alle 247 Gefangenen befreit, darunter viele politische Gefangene. Der Präfekt der Stadt erklärte, daß sie Lebensmittel aus den Läden rauben und an die Bauern verteilen. Auch damals wurde der Ausnahmezustand verhängt, was der Polizei ermöglichte, Verdächtige ohne Haftbefehl festzunehmen. Bei den Guerilleros handelt es sich um verschiedene einzelne Gruppen, die stärkste ist die Gruppe Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad). Sie bildete sich 1970 gegen die Militärregierung als kommunistische Organisation. Als 1980, nach 12 Jahren Militärregierung, die zivile Regierung Belaúnde Terry an die Macht kam, die das Land den westlichen Imperialisten öffnete und alle Ansätze einer früheren Agrarreform endgültig beseitigte, erklärte Sendero Luminoso, daß sie mit Waffengewalt gegen die Regierung kämpfen wolle.

Die Guerilleros haben in verschiedenen Landesteilen große Unterstützung, besonders bei den Bauern, die seit Jahrzehnten um eine Landreform kämpfen. Als im März der Ausnahmezustand in der Provinz Ayacucho verhängt wurde, mußte ein Parlamentsabgeordneter erklären, daß diese Maßnahme die „Polizei von der Bevölkerung isoliere“.

Peru, das schon früh unter die Fuchtel des Internationalen Währungsfonds IWF geriet, ist seit 1980 in größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, u.a. weil die Weltmarktpreise für Zucker – das Hauptanbauprodukt – um 37% gefallen sind. Auch für 1982 hat der IWF diktiert, daß keine Lohnerhöhungen gezahlt werden. Als im Juni der peruanische Ministerpräsident die BRD besuchte, erklärte die Bundesregierung, daß sie in Peru – ein Schwerpunkt – bundesrepublikanischer „Hilfe“ – die weitere demokratische Entwicklung, sprich Öffnung für die imperialistischen Konzerne, finanzieren werde.

Brasilien

Millionen Kleinbauern und Landarbeiter ohne Land

„Fast alle, die im Lastwagen mitfahren, lebten auf dem Lande. Ich schneide vier bis viereinhalb Tonnen Zuckerrohr am Tag ... An jedem 10. bezahlen sie, wenn es auf einen Samstag fällt, wenn nicht, warten sie bis zur nächsten Woche. Sie bezahlen 6 Cr. die Tonne, es ist der alte Preis vom letzten Jahr“, beschreibt eine ältere Landarbeiterin aus Sao Paulo ihre elende Lage.(1) Für eine schwere körperliche Arbeit, zwölf Stunden und ein bis zwei Stunden Transportweg pro Tag, erhält sie knapp 70 Pfennige. Sie gehört zu dem Heer von 400000 Leiharbeitern allein im Bundesstaat Sao Paulo von insgesamt über drei Millionen in Brasilien. Menschenhändler, die sogenannten „gatos“ (Katzen), karren die Land- und Arbeitslosen zu den Plantagen der Großgrundbesitzer. Das Geschäft blüht zu einem Hungerlohn ohne Arbeitsverträge, ohne Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge. „Ich würde lieber auf dem Lande leben, doch jetzt wohnt man in der Stadt und geht jeden Tag auf's Land ... Die ‚patros‘, die Herren des Landes, die heuern lieber die Leute in der Stadt an, statt uns dort zu lassen“(2), berichtet die Frau weiter. Im Stadtgebiet von Sao Paulo (8 Mio. Einwohner ohne Vororte) leben ½ Mio. Menschen in Elendsquartieren, 1,2 Mio. in Notwohnungen und weitere 1,2 Mio. unter Brücken, auf unbauten Geländestellen und Baustellen, die meisten ohne Arbeit. Ungefähr ein Drittel der brasilianischen Bevölkerung befindet sich auf einer permanenten Wanderung – von Stadt zu Stadt, vom Land in die Stadt oder auch zurück in die Dörfer.

Nach der Zerschlagung von Bauernaufständen und ihrer Gewerkschaften durch den Militärputsch 1964 setzte die millionenfache Vertreibung von Kleinbauern und die Freisetzung von Landarbeitern Ende der 60er Jahre ein. Die rechten Militärs öffneten den imperialistischen Konzernen das Land und banden es ein in den kapitalistischen Weltmarkt. In der Landwirtschaft erhielten die Großagrarier, darunter alle wichtigen ausländischen Konzerne, Milliarden von Steuervergünstigungen, um für den Export zu produzieren. Brasilien ist heute der drittgrößte Exporteur für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die auch zugleich an die imperialistischen Länder gehen und fast 40% der brasilianischen Exporte ausmachen. Zuckerrohr, Kaffee, Kakao,

Sojabohnen usw. muß Brasilien jedes Jahr in größeren Mengen ausführen, um die auf über 70 Mrd. US-\$ 1982 gewachsene Schuldenlast bei den imperialistischen Banken abzutragen und die Importe auszugleichen.

Jahr für Jahr erzielte die brasilianische Landwirtschaft Zuwachsraten bis zu 8%, wobei sich z.B. der Traktorenbestand auf über 500000 1980 gegenüber 1970 verdreifachte. Gleichzeitig führte die exportorientierte, kapitalistisch organisierte Großfelderwirtschaft, die Großagrarier (1% der Betriebe) besitzen über 40% der Nutzfläche, zur Abwirtschaftung des Landes:



Unterschriftensammlung gegen Landraub im Nordosten Brasiliens

Bis 1960 war Brasilien landwirtschaftlicher Selbstversorger, 1979 betrugen die Tier- und Pflanzenimporte mit 2,12 Mrd. US-\$ fast 10% aller Importe. 1980 verdoppelte sich allein der Import von Weizen gegenüber 1979 auf über 1 Mrd. US-\$.

Die Politik der sogenannten „steuerlichen Anreize“ im Agrarbereich vernichtete Millionen von Kleinbauern und führte zur Ausdehnung der Großbetriebe. Die staatliche Oberste Behörde zur Entwicklung Amazoniens (SUDAM) vergab bis 1977 allein über 200 Mio. DM an 336 landwirtschaftliche Projekte aus Steuergeldern, während der Eigenanteil der Firmen etwa 65 Mio. DM betrug. Firmen wie VW legten ihre Steuerschulden in Rinderfarmen, Zuckerrohr- und Sojabohnenplantagen an. Die Vertreter des westdeutschen Kapitals brachten auf diese

oder ähnliche Weise über 560000 ha Land an sich.

Anfang der 70er Jahre startete die brasilianische Regierung auf Betreiben der ausländischen Automobilkonzerne das „Alkoholprogramm“: Aus Zuckerrohr gewonnener Alkohol sollte dem Benzin zugemischt werden. VW schloß Mitte der 70er Jahre einen Vertrag mit der brasilianischen Regierung, wonach VW sich zum Bau von alkoholbetriebenen Motoren verpflichtete, die Regierung zu Steuervergünstigungen und der Bereitstellung von großen Mengen Alkohol. Verträge mit anderen Automobilfirmen schlossen sich an. In der Folgezeit begann die Vertreibung von 10000en von Kleinbauern durch Zuckerrohrplantagenbesitzer, die ihre Anbauflächen von 1,7 Mio. ha auf knapp 3 Mio. zusammenraubten und die Zuckerproduktion durch unmenschliche Antreiberei der Landar-

beiter von ca. 90 Mio. Tonnen 1970 auf 153 Mio. Tonnen 1981 steigerten. Die Weltbank hatte 1981 erstmals einen Kredit von 250 Mio. US-\$ zur Forcierung der Alkoholpläne zur Verfügung gestellt. Das brasilianische Handels- und Industrieministerium plant Investitionen in Höhe von 13 Mrd. US-\$ in den nächsten Jahren für Zuckerrohrplantagen, Destillieren und Distributionssysteme. Derzeit führt die Regierung Verhandlungen über den Export von Alkohol als Benzinersatz mit EG-Konzernen, französische Firmen beabsichtigen den Aufbau von Produktionsstätten für zunächst 1,5 Mio. Liter.

Nahtlos in das „Alkoholprogramm“ fügen sich einige Bewässerungsprojekte, die mit Krediten der Weltbank, der USA und BRD und auch über westdeutsche Entwicklungs-

hilfe gefördert werden, um, wie es offiziell heißt, die Energieabhängigkeit Brasiliens abzubauen. Mehrere Milliarden flossen so in die Staudammprojekte von Sobradinho / Bahia und Itaparica / Pernambuco. Über 250000 Menschen, im wesentlichen Kleinbauern mit ihren Familien, wurden von ihrem Land vertrieben. Die neuentstandene Bewässerung nutzten die Großgrundbesitzer, um auf ihren Plantagen Zuckerrohr, Sojabohnen für den Export anpflanzen zu lassen. Die elektrische Energie verbrauchen in der Nähe gelegene Verarbeitungsfabriken. Die Landarbeitergewerkschaften lehnen das „Alkoholprogramm“ ab: „Wir betrachten die Alkohol-Produktion zur ‚Versorgung‘ der Automotoren zum Schaden der Lebensmittelproduktion für das Volk nicht als Fortschritt. Mehr noch, wir glauben, daß es Zeit ist, den Wahnsinn der Automobil-Industrie aufzugeben und an ihrer Stelle billigere und effizientere Transportsysteme zu setzen, besonders die Eisenbahn.“(3)

Allein im Bundesstaat Rio Grande do Sul sind über 10 Mio. ha Großgrundbesitz ohne Bewirtschaftung (zum Vergleich: 1975 gab es in Brasilien 2,2 Mio. landwirtschaftliche Kleinbetriebe bis 10 ha mit einer Gesamtfläche von 9 Mio. ha!). Die Ernteflächen der Kleinbauern, auf denen sie hauptsächlich zur Selbstversorgung Feldfrüchte wie Maniok, Bohnen und Kartoffeln anbauen, werden ständig dezimiert. Die Anbauflächen für das tägliche Essen der Armen ging bei Maniok von 2,17 Mio. ha 1977 auf 2 Mio. ha 1981 zurück, bei Bohnen von 4,54 auf 3,67 Mio. ha.

Nach Angaben der nationalen Landarbeitergewerkschaft CONTAG wurden über 1 Mio. Bauern in den letzten Jahren von ihrem Land vertrieben. In über 1000 Auseinandersetzungen zwischen 1977 und 1982, bei denen 250000 Landarbeiterfamilien mit 2 Mio. Menschen beteiligt waren, kämpften diese um Land. Banden der Großgrundbesitzer, Polizei und Militär ermordeten dabei über 60 Landarbeiter. Nach dem großen regionalen Zuckerrohrarbeiterstreik 1980 sind über 7 Mio. Kleinbauern und Landarbeiter (50% aller in der Landwirtschaft Beschäftigten) in über 2400 Gewerkschaftsverbänden organisiert. Die Regierung reagiert mit Gewalt und Spaltungsmanövern: Sie ließ 1981 über 100000 Besitztitel an Kleinbauern verteilen und reduzierte die Legalisierungsfrist von Landbesetzungen von zehn auf fünf Jahre.

(1) und (2) B. Freitag: Der Übergang der brasilianischen „Fazenda“ zur „Empres Agro-Pecuaría“ und seine sozialen Folgen, Zürich 1979, S. 207 f.; (3) Informationsstelle Lateinamerika: Der Sobradinho- und Itaparica-Staudamm, 1981, S. 66. Weitere Quellenhinweise: Brasilien-Nachrichten Nr. 5/6 und 11-12 1981; Cactus 8 1981; Ita-Info April 82; Brazil Labour Report 13-82; Cedi, Aconteceu 188-190-82; Brasilien Dialog 4-81; Misereor: Brasilien, 81.

Dokumente aus dem Kampf der brasilianischen Landarbeiter

„Wir, die Landarbeiter vom mittleren Sao Francisco, vertreten durch unsere Klassenorganisationen: Landarbeitersyndikat – Vereinigung der Arbeiter in der Landwirtschaft des Bundesstaates Bahia (FETAG) und Nationale Vereinigung der Arbeiter in der Landwirtschaft (CONTAG) und unterstützt durch andere Organisationen, die unseren Kampf kennen, treten an diesem 1. Mai, Tag des Arbeiters, an die Öffentlichkeit, um die Umstände anzuklagen, unter denen wir leben, unterdrückt durch staatliche Unternehmen und ausländische Privatgruppen, die uns jeden Tag von unserem Land vertreiben und uns durch ihre Lohnarbeit ausbeuten ... Wir sind von der Gefahr bedroht, ohne Land zu bleiben, weil halbstaatliche und private Unternehmen, angelockt durch finanzielle Anreize der Regierung zu Investitionen im Agrarbereich, herkommen und große Gebiete in Besitz nehmen wollen. Sie kommen mit ihrem Geld, lassen keinen Zweifel daran, daß sie von Gewalt und Übermacht Gebrauch machen wollen, zerstören Zäune und werden von der Polizei unterstützt ...

Die Firma AGROVALE versucht, große Gebiete im Munizip Juazeiro zu vereinnahmen, um ihr Projekt des bewässerten Zuckerrohranbaus zu erweitern. Es wurde bereits festgestellt, daß in diesen Unternehmen eine große Zahl „boias-frias“ (Tagelöhner) unter schlechtesten Bedingungen lebt, Hungerlöhne verdient, 12 Stunden täglich, an Sonn- und Feiertagen arbeitet und daß sogar schwangere Frauen zur Arbeit hinausgeschickt werden ... Wir wollen uns in diesem Moment mit allen anderen Arbeitern Brasiliens vom Land und aus der Stadt zusammenschließen ... Für die umfassende, gründliche und schnelle Agrarreform unter Beteiligung der Arbeiter! Bessere Löhne für alle Arbeiter! Anwendung der Gesetze gegen all diejenigen, die Übergriffe und Täuschungen gegen uns Arbeiter begehen! Gewerkschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit! Schaffung einer zentralen Einheit der Arbeiter! Juazeiro/Bahia, 1. Mai 1980.“

Versammlung der Landarbeiter der Region von Itaparica, 8.1. 1980:

„Berichte der Landarbeiter: Konflikt zwischen den Pankararu-Indianern (ca. 4000) und ungefähr 200 Familien von Kleinbauern in den Minizipien Petrolandia und Tacarata. Das Indianerreservat heißt Brejo dos Pa-

dres. Nach Aussage eines der Bauern hätten diese nichts gegen die Indianer, die gleichermaßen „Genossen der Scholle“ seien, und sie hätten erkannt, daß hinter der Situation, außer der Verantwortungslosigkeit der Indianerbehörde FUNAI, die Interessen reicher Großgrundbesitzer, die ihr Auge auf das Land geworfen hätten, steckten ...

Die Arbeiter, deren Land durch den Staudamm vom Moxoto, der von der CHESF (Wasserkraftwerksgesellschaft von Sao Francisco) konstruiert wurde, überflutet wurde, erhielten keine Entschädigungen für das Land und lächerliche oder keine Entschädigungen für die Sachwerte. 10000 werden so betrogen ... Nachdem die CHESF kam und das Gebiet vereinnahmte, haben sie (die Kleinbauern) die Wasserstandskontrolle verloren, die jetzt von der CHESF nach deren Notwendigkeiten bestimmt wird, so daß ihnen die Möglichkeiten fehlen, den Anbau von Pflanzungen zu organisieren.“

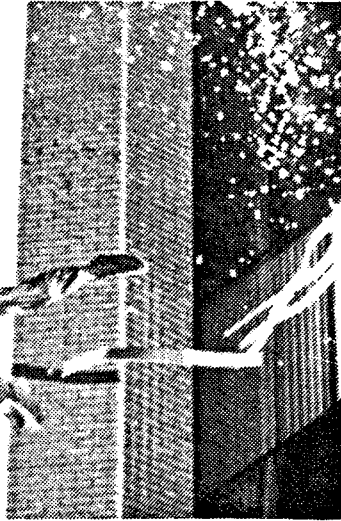


Bewaffnete Kleinbauern in der Messe. Die brasilianische Bischofskonferenz unterstützt seit 1978 ihre Forderungen und Landbesetzungen.

Fünftes Treffen von 31 Landarbeitergewerkschaften, der CONTAG und FETAG über das Tal Sao Francisco im Juni 1980:

„Im ganzen Tal, besonders in Minas Gerais, wurden riesige Ländereien an große Wiederaufforstungsunternehmen übergeben. Diese legen die sogenannten „grünen Wüsten“ an, während die Arbeiter vom Land vertrieben werden, in andere Gebiete oder in die Städte gedrückt.“

Quellenhinweis: Informationsstelle Lateinamerika, Bonn, Der Sobradinho- und Itaparica-Staudamm, 1981.



„Das stumme Ungeheuer“

Spießbürgerliches über die Ursachen von Verbrechen als Rechtfertigung für Polizeibrutalität

Wo liegen die Brutstätten des Verbrechens? Natürlich in engen Mietshäusern, in denen das Geschrei spielender Kinder, die sich gegenseitig mit Spielzeug-MPs „totschießen“, und der Lärm laufender Fernseher sich mit dem Schimpfen der Hausfrau zu einem ohrenbetäubenden Lärm vermengt. Und was ist das Verbrechen? Eine Krankheit natürlich, die – wie Kopfschmerzen – Bewohner dieser Mietkasernen überfällt. So jedenfalls beginnt der jetzt in bundesdeutschen Kinos angelaufene „Psycho-Schocker“ „Das stumme Ungeheuer“. Genauer: dem triebhaften Mörder, der in einer Kammer dieses Mietshauses vegetiert, gehen die von seinem Seelenarzt verordneten Pillen aus, worauf er die schimpfende Hausfrau und einen weiteren ihm zufällig über den Weg laufenden Hausbewohner erschlägt. Von der herbeigerufenen Polizei gestellt, wird der Triebtäter mit einem halben Dutzend Kugeln in den Leib prompt zur Strecke gebracht.

So weit, so gut. Aber der Triebtäter kommt – mehr tot als lebendig – in eine Spezialklinik, die sich mit genetischen Experimenten befaßt. Dort fällt er in die Hände eines gewissenlosen Chefarztes, der ihn mit einem noch nie zuvor an Menschen ausprobierten Spezialmittel behandelt, das sämtliche natürliche Heilungsprozesse fünfhundert- bis tausendfach beschleunigt. Und so kommt das Monster wieder auf die Beine, ist durch die Be-

handlung nun vollends schwachsinzig geworden und zudem ab sofort auch noch unverwundbar.

Gefahr für die Gesellschaft! Bürger, holt eure Kinder herein und verschließt eure Wohnungen! Ein Triebtäter geht um! Tatsächlich bricht das Monster aus und beginnt einen regelrechten Amoklauf. Der Held des Filmes, ein karatekundiger Sheriff, bringt den Triebtäter schließlich zur Strecke, indem er ihn mit gezielten Karateschlägen glücklich in einen tiefen Brunnen hinabbefördert. Der Film endet damit, daß der Sheriff mit seiner – unvermeidlich auch bedrohten – Freundin beruhigt den Ort der scheinbaren Hinrichtung verläßt, während tief unten im Brunnenschacht der Triebmörder wieder aus dem Wasser emportaucht.

Das Ganze ist ein ziemlich schlecht gespielter und schlecht inszenierter Film, der sich von anderen Filmen dieser Machart nur durch die Karatezweikämpfe zwischen dem blond-blauäugigen Sheriff und dem Monster unterscheidet. Diese scheinbar „fairen“ Karatekünste des Sheriffs dienen auch dazu, den Zuschauern die Moral von der Geschichte einzublauen: daß nämlich Polizeibrutalität und polizeiliche Lynchjustiz notwendig und auch völlig gerecht sind. Gegenüber einer wachsenden Verbrechensflut, die ihre Erklärung und besondere Ge-

fährlichkeit aus der Verbindung von moralisch verkommener Oberschicht – dargestellt durch den genmanipulierenden Chefarzt – und triebhafter Unterschicht – in Form des Monster-Mörders – gewinnen soll, wird die in den USA, wo der Film spielt, ebenso wie in der BRD und anderen imperialistischen Ländern unübersehbar zunehmende Polizeibrutalität als der einzige Damm dargestellt, der „die Gesellschaft“ von zwischen diesen Polen eingeklemmten Spießbürgern vor dieser gefährlichen Flut bewahren kann. Dazu paßt auch, wenn der tapfere Sheriff eine Gruppe Rocker, die seinen dämlichen Vizesherrn ärgern, ganz nebenbei kurzerhand krankenhausreif schlägt.

Daß die üblichen Polizeieinsätze nicht von faüsteschwingenden Einzelkämpfern durchgeführt werden, sondern von schwerbewaffneten Razzientrupps, daß sich diese Einsätze nicht gegen „triebhaft kranke Verbrecher“ richten, sondern gegen die armen und arbeitenden Klassen der Gesellschaft, und daß sie nicht den moralisierenden Spießbürger schützen, sondern den Geldsack, die Fabrikherren, Bankiers und Mietkasernenbesitzer – aber nicht doch! Bürger schützt Eure Anlagen, freut Euch des grünen Rocks und seid beruhigt, wenn dieser losdrischt – wer weiß, ob nicht auch in Eurem Brunnen das Verbrechen lauert?

Eine beschränkte neue Welt

Kilworth ist ein jüngerer englischer Autor, der seine Predigt vom einfachen Leben auf einem großen Umweg an den Mann bringt. Er bemüht einen Weltuntergang. Ein Raumschiff, das von einem Volk von Arabern islamischen Glaubens in weiser Voraussicht losgeschickt und für alle Erfordernisse programmiert wurde, vollzieht auf dem Planeten Jessum eine neue Schöpfung. Es taut die Embryos auf, die blitzschnell zu Tieren und erwachsenen Menschen werden. Gleichsam nach göttlichem Plan findet jeder seine vorherbestimmte Frau und seinen Platz in der Gesellschaft, jeder nach seiner Art und seinem Beruf. Bloß eine Panne passiert. Normalerweise ist ja laut Heilsplan auch der Zweck des menschlichen Lebens bestimmt. Doch dieser Teil des Programms wird von nebelhaft bleibenden Intelligenzen gelöscht. Zu spät findet der umhergetriebene Stamm heraus, daß er die mitgebrachten Waffen, die er in der Wüste zurückließ, gebraucht hätte, um einen ebenfalls verschickten Stamm von Bauern und Händlern zu verteidigen. Jetzt sind diese durch das Eingreifen der fremden Mächte ähnlich schwachsinnig wie die Hälfte ihrer eigenen Leute. Die Krieger passen sich an dieses Schicksal an und werden nach einer Zeit des Krieges und des Nomadenlebens zu einem friedlichen Volk von Schäfern, versehen mit dem Nötigsten für ein menschliches Dasein, einem Anführer und einem schlichten Glauben an Allah.

© 1978 Kilworth, Die Nacht von Kadar, Kailash SF 57/8, 6, 80 DM

Die doppelte Verführung

Es soll 1933 in Deutschland gespielt haben. Im Dorf Gildenrode verfeinden sich die bisher gut befreundeten Witwer Breitbach und Sonnenblum nicht nur wegen einer begehrten Dame. Sonnenblum wird Ortsgruppenleiter der NSDAP; Breitbach gehört den nationaldemokratischen Kreisen an. Nach dem Willen Sonnenblums soll deshalb die Liebe zwischen dem ältesten Sohn Johannes Breitbach und seinem einzigen Kind Erika zerbrechen. Der zweite Sohn Breitbachs, Konrad, beschließt nach dem Studium von „Mein Kampf“, der NSDAP beizutreten, sie zu unterwandern, den

„Hund“ Sonnenblum aus dem „Saustall“ zu entfernen, um so „einiges für das Gefühlsleben seines Bruders zu tun“. Mit Hilfe von „Mein Kampf“ gelingt es Konrad, sich in der NSDAP und SA durchzusetzen. Keiner kennt das Buch. Mit Zitaten aus „Mein Kampf“ kann Konrad sich in den Diskussionen behaupten und belehrend auf die Mitglieder einwirken, sie im Handeln zügeln und Schlimmeres verhindern. Der Propagandaleiter nimmt sich darüber das Leben, und durch Konrads Intrigen ermordet der dumme, rohe Scharführer den brutalen Sturmführer. Sonnenblum wird abgesetzt, und Johannes Breitbach und Erika Sonnenblum verloben sich. Diese Geschichte hat Hans Hellmut Kirst zusammengeschrieben. Hitlers „Mein Kampf“ wird zur unersöhnlichen Hauptrolle als doppelter Verführer. Verführt war auch der völlig blöde und unfähige Sonnenblum. Dem Leser erscheint in Situationen, in denen die Handelnden sich auf Hinweis Konrads an die Ausführungen Hitlers halten – „alle Zitate sind wortwörtlich mit exakter Seitenangabe“ (Kirst im Vorwort) –, ihr Verhalten friedlicher und vernünftiger als die brutalen und rohen Absichten der SA- und NSDAP-Mitglieder. Kirsts 08/15-Romane Mitte der 50er Jahre waren mit der Absicht geschrieben, den Reaktionsären Spielraum zu geben. In seinen Romanen wurden einzelne verbrecherische Charaktere für den Faschismus verantwortlich gemacht. Inzwischen hat Kirst „Mein Kampf“ gut gelesen und diese Geschichte geschrieben.

Kirst, 08/15 in der Partei, Heyne TB 6042, 7,80 DM

Faschistisches über „das Sowjetsystem“

„Sechzig Jahre aktiver Kampf gegen das Sowjetsystem“ verspricht der Bastei-Lübbe-Verlag in seinem Taschenbuch „Aufstände unter dem Roten Stern“ zu dokumentieren. Verfasser ist Dr. Gosztony, Exil-Ungar und Fachmann für Fragen des „Kampfes gegen das Sowjetsystem“; sein erstes Buch „Hitlers fremde Heere“ befaßt sich mit dem Einsatz osteuropäischer Hilfstruppen für den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion. Diesmal hat sich der Autor andere Themen für das gleiche Ziel ausgesucht. Der Kronstädter Aufstand 1921, der Aufstand in der DDR zum 17. Juni 1953,

der ungarische Aufstand 1956, Oppositionsbewegungen in Polen 1956 bis 1981 und der „Prager Frühling“ 1968 sollen dokumentiert und beschrieben werden. Wobei man nicht erwarten muß, irgendetwas über die tatsächlichen Hintergründe und Ziele dieser sowieso äußerst verschiedenartigen Aufstände zu erfahren. Stattdessen erschöpfen sich dubiose „Augenzeugenberichte“ und „Dokumente“ in dem immergleichen Kehrreim, die Aufstände seien auf jeden Fall stets „spontan entstanden“ und irgendeine Beteiligung von Konterrevolutionären sowieso frei erfunden. Umso deutlicher macht der Autor, wofür seiner Ansicht nach *alle* Teilnehmer der Aufstände eingetreten seien: für einen „menschlichen Sozialismus“, dessen „Menschlichkeit“ sich besonders in der Wiederzulassung von Privateigentum und – im Falle Polens und Ungarns – insbesondere kirchlichen Privateigentums zeigen sollte. Entsprechend wird dann auch am Prager Frühling hervorgehoben, daß die Partei „statt Gleichmacherei Leistungsanreize und differenzierte Entlohnung“ versprochen habe. All diese „freiheitlichen“ Bestrebungen sollen ihr gemeinsames Ziel darin gefunden haben, „der geistigen Primitivität des Sowjet-Sozialismus ... adieu zu sagen“. Schließlich seien die Russen schon immer „Imperialisten“ gewesen: „Von ihren russischen Vorfahren haben die Sowjets den Komplex geerbt, geistig-qualitative Minderwertigkeit durch quantitative Massigkeit kompensieren zu müssen. Da sie selten eine eigenständige Leistung und ebenso selten einen originellen Gedanken vorzuweisen hatten, mußten sie Prestige und Selbstwertgefühl aus der Größe ihres Territoriums und der Länge ihrer Grenzen beziehen“. So schließt der Autor sein Buch am Ende doch noch mit einer – unfreiwilligen – Enthüllung: Da er selbst am ungarischen Aufstand 1956 teilgenommen hat, seine faschistische Ideologie und Zielsetzung aber unter der Tarnkappe des „menschlichen Sozialismus“ unübersehbar hervorlugt, muß doch wohl etwas dran sein, daß an diesen Aufständen auch ausgesprochen reaktionäre Elemente – etwa Nachfolger von „Hitlers fremden Heeren“ – lebhaft teilgenommen haben.

Peter Gosztony (Hrsg.), Aufstände unter dem Roten Stern, Bastei-Lübbe-Taschenbuch 63045, Bergisch-Gladbach 1982, 9,80 DM

Heimat

Wie man aus Jugenderinnerungen ein Menschenrecht ableitet

Werner Heilmann hat ein umfängliches Lesebuch mit „Heimatgeschichten“ herausgegeben. Er will beweisen, daß jeder Mensch eine Heimat kennt. Ausgenommen sind ganz seltene Fälle, wo jemand „in einem Grenzbereich zwischen Völkern und Ideologien, auf der Flucht vielleicht oder auf einem Transatlantikflug“ geboren ist. Wer nicht auf, sondern schon vor der Flucht geboren ist, hat also eine. Für ihn gilt, was nach Heilmanns Behauptung alle vertretenen Schriftsteller ausdrücken, „ob verschleiert oder sichtbar: die Sehnsucht nach Verlorenem, die Hoffnung auf ein Wiederfinden“. Damit ist festgestellt, was für die „Heimatvertriebenen“, an die jeder in Westdeutschland dabei denkt, anzustreben ist.

Mit dem Begriff „Heimat“ wird eine Gefühlsschwemme veranstaltet, die den Trieb nach Wiedereinnahme des Verlorenen nähren soll. Der Begriff eignet sich dafür, weil durch ihn keine streng rechtlich definierten Ansprüche begründet werden können. In den deutschen Fürstentümern konstituierte die Geburt in einer Gemeinde das Heimatrecht und auf dieser Grundlage das Bürgerrecht auf Aufenthalt, auf Ausübung eines Gewerbes und auf Versorgung bei Verarmung. Mit der Herausbildung von Nationalstaaten und des darauf gegründeten Staatsbürgerrechts war das alte Heimatrecht historisch erledigt. In Deutschland wurde es im Großen und Ganzen mit der Reichsverfassung von 1871 auch gesetzlich abgeschafft; fortlebende Reste beseitigten die deutschen Faschisten 1939. Sie schafften das Heimatrecht nach ihrem Überfall auf Österreich auch dort ab. In der Schweiz besteht es noch, verliert aber seine praktische Bedeutung in dem Maße, wie die Notwendigkeit wie in jedem entwickelten kapitalistischen Land steigt, die staatlichen Fürsorgeeinrichtungen dem wechselnden Wohnsitz der Arbeiter anzupassen. Da die moderne Arbeiterklasse weder Besitzer von Produktionsmitteln noch von Grund und Boden ist, ist sie auch frei von einem ständigen Wohnort und folgt der Notwendigkeit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.

Heilmann behauptet, Heimat gebe es „auf der ganzen Welt“. Ausgewählt hat er jedoch fast ausschließlich Autoren aus Europa und Amerika. Unverkennbar kommt es ihm auf die abendländische Tradition an. Und in diesem beschränkten Rahmen ist er großzügig. Die Grenzen sind recht fließend. Da er dem Leser kein Verzeichnis an die Hand gibt, aus welchem Land welche Autoren stammen und wann sie geschrieben haben, bleibt es der eigenen Findigkeit überlassen, sich darüber klarzuwerden, ob man sich noch in den Grenzen der BRD bewegt oder bereits in Gebieten des großdeutschen Reiches oder ob gar die Schweiz, die ja auch irgendwie deutschsprachig ist, schon eingemeindet ist – der Schweizer Rosegger befindet sich inmitten von westdeutschen Autoren – oder von welchem skandinavischen Land eigentlich die Rede ist. Der Blick wird auf die gemeinsamen Werte gelenkt.

Man mag auch einen Teil der Geschichten mit Vergnügen lesen, so überwiegen doch diejenigen, in denen etwa eine Jugend auf dem Lande verklärt wird samt den dort herrschenden Abhängigkeitsverhältnissen. Die Autoren sind auf der Seite der Herren zu finden, z.B. die schwedische Kinderbuchschreiberin Astrid Lindgren. „Mit Zuneigung“ gedenkt sie „der Mägede der Kindheit“. „Einen Winkel, der ihnen allein gehörte, hatten sie nicht. Aber sie teilten Freud und Leid mit der Familie und kamen wohl gar nicht auf den Gedanken, sich ein besseres oder anderes Los zu wünschen ...“ Nach einer gemeinen Darstellung der Armenhäuser des Dorfes kommt sie auf die Erziehung zu Liebe und Verehrung des Königshauses durch die bildliche Darstellung auf wunderschönen Schnupftüchern aus der Hauptstadt Stockholm. Der Bogen von dem „verschundenen Land“ der Jugend zu den bleibenden Werten ist geschafft. Krieg kommt in den Geschichten selten und nur beiläufig erwähnt vor. Nur Hesse geht darüber hinaus mit seiner Rechtfertigung der Abschachtung des Volkes. In seiner sentimental „Wanderung“ stellt er fest: „Wir denken an die Freunde, die begraben sind, und wissen nur, es mußte sein, und tragen es traurig.“

Die für die Verherrlichung der deutschen Rückeroberungsgelüste in Anspruch genommenen Schriftsteller sind jedoch nicht überall so reaktionär. Mark Twains „Privater Bericht über einen

gescheiterten Feldzug“ ist antimilitaristisch. Er vertritt die Auffassung, daß ohne Zwang niemals eine brauchbare Armee entstehen kann, und schildert mit Genuß das spontane Auseinanderfallen seines Truppenteils im Bürgerkrieg von 1861, da kein Mensch mit Vernunft einsieht, daß er von Leuten, mit denen er aufgewachsen ist, Befehle entgegennehmen soll.

Der Band eignet sich als erbauende Lektüre für die Schuljugend derjenigen Bundesländer, die den schwammigen Begriff der Heimatliebe in ihre Verfassung eingebettet und zum Bildungsziel erhoben haben. In Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen sollen die Kinder in „Liebe zu Volk und Heimat“ erzogen werden. Fehlt hier jede räumliche Festlegung, so wird in der bayrischen Verfassung eine deutliche Unterscheidung gemacht. Erzogen werden soll „im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayrischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung“. Wenn jetzt dieser Geist mit Leben erfüllt wird, so hat man doch eine Anleitung, auf was es ankommt. Beides muß eben sein, Menschen, die die Heimat Bayern verteidigen, also Heimatschutztruppen, und eben Truppen, die außerhalb Bayerns operieren, eben überall dort, wo sich etwas Deutsches regt.

Quellenhinweis: Werner Heilmann (Hrsg.), Heimatgeschichten, Heyne Buch 6069, München 1982; Brockhaus Enzyklopädie, Stichwort „Heimat“

VR China

„Rechtsstaatliche“ Änderung der Staatsverfassung

Der gerade stattfindende 12. Parteitag der KP Chinas berät u.a. über eine Abänderung der chinesischen Verfassung, die noch in diesem Jahr vom Nationalen Volkskongreß, dem chinesischen Parlament, beschlossen werden soll. Die neue Verfassung – denn bei der Abänderung handelt es sich um eine weitgehende Revision der Verfassung von 1978 – ist die vierte Verfassung der VR China. 1954, wenige Jahre nach dem Sieg der chinesischen Revolution, wurde die erste Verfassung der Volksrepublik verabschiedet, die sich an die sowjetische Verfassung anlehnte und Ähnlichkeiten mit dem jetzt vorliegenden Abänderungsentwurf aufweist. Die Entwicklung des Klassenkampfes in den folgenden zwei Jahrzehnten setzte praktisch viele Verfassungsbestimmungen außer Kraft: So wurde 1958 mit der Einführung der Volkskommunen in den Landgebieten die Trennung von politischen Entscheidungs- und Verwaltungsorganen und den Organen der Kollektivwirtschaft aufgehoben. Die Massenbewegungen der Kulturrevolution erschütterten nicht nur die bürokratisch zu entarten drohende KPCh, sondern ebenso die Organe der Staatsmacht und die vom Staat eingesetzten Leitungen der staatlichen Betriebe, der Universitäten, Schulen etc. Revolutionskomitees übernahmen die Macht in den lokalen und regionalen Staatsorganen und den Betrieben. Die Verfassung von 1975 sanktionierte diese Entwicklungen, indem sie die Volkskommunen als die ländlichen Grundeinheiten im Staatsaufbau festschrieb und die Revolutionskomitees als ständige, mit gesetzgebender und ausführender Gewalt ausgestattete Organe der örtlichen und regionalen Volkskongresse installierte. Die Verfassung von 1978 übernahm im wesentlichen diese Festlegungen, präziserte allerdings die rechtlichen Regelungen sowie die Vorschriften über das Gerichtswesen und verkündete außerdem in der Präambel die „vier Modernisierungen“.

Bürgerliche Verfassungsrechtler bezeichnen die Geschichte der chinesischen Verfassung gern als Geschichte von Verfassungsbrüchen seitens der Partei und der Parteiführung. Denn die bisherige Verfassungsentwicklung in China widerspricht diametral der bürgerlichen Auffassung vom Ewigkeitsrang der Verfassung, wodurch in Wirklichkeit nur die bürgerliche Klassenherrschaft als allein möglich und auf ewig unantastbar proklamiert wird. Für die arbeitenden Klassen in einem sozialistischen Land dagegen kann die Verfassung keinen Ewigkeitsrang beanspruchen, denn weder stellt die sozialistische Übergangsgesellschaft das Endstadium der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dar, noch ist der sozialistische Staat mit seinen Organen der höchste Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklung. Solange aber aufgrund des Entwicklungsstadiums, der Fortexistenz von Klassen und damit von Klassenkampf die Existenz einer von der Gesellschaft abgesonderten Staatsmaschine notwendig ist, bedarf es verbindlicher Regelungen für den Staatsaufbau, für den Schutz der sozialistischen Entwicklung etc. Die arbeitenden Klassen brauchen Verfassungsregelungen, die a) ihre Herrschaft über die alten Ausbeuter sichern

und ihnen den Kampf gegen die Entstehung neuer Ausbeutungsverhältnisse ermöglichen, b) ihre Beteiligung an der Leitung der Produktion und der Staatstätigkeiten erlauben, c) das schrittweise Absterben der abgesonderten Staatsmaschinerie und die Umwandlung von Staatstätigkeiten in Tätigkeiten der vergesellschafteten Produzenten fördern.

Wie sind diese Aufgaben in dem neuen chinesischen Verfassungsentwurf gelöst? In der Präambel heißt es:

„Das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist abgeschafft worden, und das sozialistische System ist bereits fest etabliert. Die demokratische Diktatur des Volkes, die von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht, die Diktatur des Proletariats also, hat sich konsolidiert und entwickelt ... Unter der Führung der KPCh und geleitet durch den Marxismus-Leninismus und die Maozedong-Ideen wird das chinesische Volk weiterhin an der demokratischen Diktatur des Volkes und am sozialistischen Weg festhalten, ununterbrochen das sozialistische System in jeder Hinsicht vervollkommen, die sozialistische Demokratie entfalten, das sozialistische Rechtssystem perfektionieren, sich auf die eigene Kraft stützen und hartnäckig arbeiten und China Schritt für Schritt zu einem sozialistischen Land mit moderner Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik und einem hohen demokratischen und kulturellen Niveau aufbauen. Nachdem die Ausbeuterklassen in unserem Land verschwunden sind, wird der Klassenkampf in gewissem Umfang noch für eine lange Zeit weiter fortbestehen ...“

In der bislang gültigen Verfassung von 1978 heißt es:

„In Übereinstimmung mit der grundlegenden Linie der KPCh für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus stellt sich dem chinesischen Volk in dieser neuen Etappe die allgemeine Aufgabe: Festhalten an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, Entfaltung der drei großen revolutionären Bewegungen Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren, Aufbau Chinas noch in diesem Jahrhundert zu einem großen und starken sozialistischen Land ... Es gilt, daran festzuhalten, daß das Proletariat gegen die Bourgeoisie kämpfen muß, daß wir für den sozialistischen Weg und gegen den kapitalistischen Weg kämpfen müssen. Wir müssen den Revisionismus bekämpfen und die Restauration des Kapitalismus verhüten ...“

Der Verfassungsentwurf nennt als Aufgabe die Vervollkommen und Perfektionierung des sozialistischen Systems, während in der 78er Verfassung von der Geschichtsperiode des Sozialismus und damit – zumindest indirekt – auch vom Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft die Rede ist. Der Verfassungsentwurf nennt dieses Ziel nicht, auch nicht die Aufgabe, die Widersprüche Stadt/Land und zwischen Kopf- und Handarbeit schrittweise einzuschränken; die sozialistische Gesellschaftsordnung samt ihren von der alten Gesellschaft geerbten Widersprüchen gerinnt im Verfassungsentwurf zu einem sehr dauerhaften Gebilde. Es wird nicht ausgeführt, gegen wen nach dem Verschwinden der Ausbeuterklasse der Klassenkampf noch geführt werden soll. An anderer Stelle, in der „Resolution zu einigen Fragen der Parteigeschichte“ vom Sommer 1981, hat es das ZK der KPCh gesagt: gegen kapitalistische Elemente, Kriminelle und Staatsfeinde, die die sozialistische Ordnung untergraben wollen. Dieser Kampf soll nur mittels der Staatsmacht geführt werden.

Aber es war gerade die richtige Erkenntnis der Kulturrevolution daß eine Entartung des sozialistischen Systems und die Etablierung einer neuen herrschenden Klasse möglich ist und daß diese Entartung in der Partei, den Staatsorganen und Betriebsleitungen ihren Ausgangspunkt nimmt. Nur durch Klassenkampf, in der Verfassung garantiert durch kollektive Rechte, können die Arbeiter und Bauern, die die schwere Arbeit leisten müssen, ihren Interessen Geltung verschaffen gegenüber denen, die planen und verwalten und auf dem Wege sind, sich zu einer herrschenden Klasse von Nicht-Produzenten zu konstituieren. Bezeichnenderweise ist nicht nur diese allgemeine Aufgabe des Klassenkampfes aus dem Entwurf entfernt, sondern sind auch die dafür nötigen kollektiven und Individualrechte gestrichen. 1978 hieß es noch:

„Die Bürger genießen Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Publikation, der Versammlung, der Koalition, von Straßenumzügen und Protestdemonstrationen sowie des Streiks und haben das Recht auf ‚freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlaglegen von Wandzeitungen‘.“ (Artikel 45)

Schon seit der kleinen Verfassungsänderung 1981 gibt es u.a. das Recht, Wandzeitungen anzuschlagen, nicht mehr, weil auf Wandzeitungen viele falsche Anschuldigungen gegen Funktionäre erhoben worden seien. Seitdem ist der Funktionär, auch wenn er im Unrecht ist, durch die Staatsmacht vor Wandzeitungskritik geschützt, der Bürger dagegen – auch wenn er im Recht ist – verstößt mit seiner Wandzeitung gegen die Gesetze. Dadurch sind auch die Möglichkeiten des Zusammenschlusses erschwert. Im neuen Verfassungsentwurf ist auch das bislang bestehende Streik-

recht nicht mehr enthalten. In der Beijing-Rundschau wird das damit begründet, daß im Sozialismus Streiks für den Staat wie für die Interessen der Arbeiter schädlich sind. Um ihre Interessen vor Bürokratismus in der Betriebsführung zu wahren, könnten die Arbeiter auch mit anderen Mitteln ihre Forderungen äußern und ihre Ziele erreichen. Über die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Produktion findet sich im Entwurf der neue Passus:

„... Arbeiter und Angestellte in staatlichen Unternehmen beteiligen sich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen durch die Kongresse der Arbeiter und Angestellten oder andere Formen an der Betriebsverwaltung.“ (Artikel 18)

Diese Bestimmung – für die ländlichen Kollektive gibt es außerdem Regeln über die Selbstverwaltung – ist zwar nützlich, wiegt aber keinesfalls die Entrechtung der Arbeiterklasse durch Entzug des Streikrechts auf. Denn es ist nicht gesichert, daß z.B. das Votum eines Arbeiterkongresses unerträgliche Planvorgaben oder Lohnkürzungen seitens der Betriebsleitung verhindern kann. Dazu bedarf es des Streikrechts ebenso wie für politische Aktionen gegen Regierungsmaßnahmen, die die Arbeiter treffen. Sind so wichtige Rechte der Arbeiter und der Volksmassen beseitigt, die sie brauchen im Kampf gegen die Entartung des sozialistischen Systems, so sind auf der anderen Seite aus der Verfassung Auflagen gestrichen, die die potentiellen Angehörigen einer neuen herrschenden Klasse zur Orientierung an den Interessen der Arbeiter und Bauern verpflichten sollten:

- Staatsbeamte müssen nicht mehr an der körperlichen Arbeit teilnehmen;

- Fachleute brauchen sich nicht mehr – wie in der Verfassung von 78 noch vorgeschrieben – mit den Volksmassen zu verbinden; dafür wird aber die Rolle der Intellektuellen für den Sozialismus besonders gewürdigt.

Über die Praktikabilität solcher Auflagen mag man streiten, aber die Tendenz der Verfassungsänderung ist, abgesehen von der allgemeinen Betonung der Führungsrolle der Arbeiterklasse, jede konkrete Hervorhebung der besonderen Stellung der körperlich Arbeitenden, der Arbeiter und Bauern, zu eliminieren. Nicht zufällig ist im Verfassungsentwurf die Diktatur des Proletariats auch ersetzt durch den Begriff „demokratische Diktatur des Volkes“, den Mao Zedong 1949 geprägt hatte zur Charakterisierung des Klassenbündnisses von Arbeitern, Bauern, nationalen Kapitalisten und Kleinbürgertum.

Mit der im Verfassungsentwurf vorgesehenen und teilweise schon durchgeführten Aufhebung der Integration von politischer und wirtschaftlicher Leitung in den Volkskommunen wird ein historisch bedeutsamer Schritt, die Absonderung der Staatsmacht aufzuheben, zunichte gemacht. Die Kommunen, sofern sie noch bestehen bleiben, sind nunmehr bloße Wirtschaftseinheiten. Diese festere Etablierung der Staatsmacht auf dem Lande dient möglicherweise dazu, besser auf die Bauernhaushalte und ihre Einkommen durchgreifen zu können.

Durchgehend spricht aus dem Verfassungsentwurf das Bemühen der KPCh, den Staatsapparat auszubauen. Die Führungsrolle der KPCh wird nur noch in der Präambel erwähnt, wichtige, bisher beim ZK der KPCh liegende Aufgaben wie die Zentrale Militärkommission, die faktisch das Oberkommando über die Streitkräfte hatte, werden künftig Staatsorganen übertragen. Zwar ist die klare Trennung der Aufgaben von Partei und Staatsorganen sicher nötig, aber damit geht nicht eine Stärkung der Rechte der Massen einher, sondern der Ausbau der Staatsmaschine. Es ist möglich, daß auf diese Weise die Schicht der Funktionäre in den Staatsorganen und Unternehmensleitungen ihre Position sichern will sowohl gegenüber einer Linksentwicklung in der Partei wie gegenüber den Massen. Die Absicht, mit der neuen Verfassung das politische System in der VR China quasi parlamentarisch-rechtsstaatlich auszugestalten, gipfelt in der Fixierung eines Tugend-Katalogs, auf den alle Chinesen verpflichtet sind, und der Unantastbarkeit der Verfassung für jeden Bürger und jede Partei. Damit auch nach außen dokumentiert wird, „daß das politische System Chinas so stabil und gesund ist wie in den Jahren vor der ‚Kulturrevolution‘“ (Beijing-Rundschau), wird das Amt des Staatsvorsitzenden wieder eingeführt, faktisch eines Staatspräsidenten; das Amt war mit der Kulturrevolution abgeschafft worden. Und damit auch sonstige Mißverständnisse ausgeräumt werden, ist der bisherige Verfassungsauftrag, daß China „für die Befreiung der Menschheit“ kämpft, ersetzt durch eine harmlosere Festlegung auf den Weltfrieden und den Fortschritt.

Quellenhinweis: Beijing-Rundschau 19 81, 18 u. 19 82; Dokumente der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses, Beijing 1978; Brunner Meissner (Hrsg.): Verfassungen der kommunistischen Staaten. Paderborn 1979

Afrika-Jugendbücher

Kolonial-Abenteuerliches: rassistisch oder verbrämt

„Die Wünsche junger Menschen – ihre Träume und Sehnsüchte nach Romantik, Helden und Abenteuern vor der Kulisse exotischer Landschaften – mit Wahrheit und Wirklichkeit zu vereinbaren, schwebte mir als Ideal vor.“ Das schreibt im Nachwort zu „Karawane der weißen Männer“ Karl Rolf Seufert, ein Jugendbuchautor, spezialisiert auf Afrika und Fernost. Was dabei in dem 1961 im katholischen Herder-Verlag erstmals und seither mehrmals neu aufgelegten Buch herauskommt, ist ein Kolonialschinken übelster Sorte.

Der Roman basiert auf den Reisebeschreibungen Heinrich Barth, der 1850–1855 im Auftrag der englischen Regierung an einer Expeditionsreise zur Kartographierung des Karawanenwegs von Tripolis durch die Sahara bis ins heutige Nigeria (damals Sudan) teilnahm, wofür er neben einem Orden von Queen Victoria auch einen vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. für „Verdienste in der Afrika-Forschung“ erhielt.

Seufert erzeugt Spannung beim Leser, indem er in rascher Folge die drei europäischen Forschungsreisenden in Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Völkern geraten läßt – was auch in Wirklichkeit so gewesen sein dürfte. Was er dabei allerdings als Charakterisierungen liefert, ist offen rassistisch. Die Beduinen sind alle diebisch und feige. Die Tuaregs wollen nur plündern und sind mordlustig. Den Mischlingen darf man nicht trauen, sie sind verschlagen. Am schlimmsten die schwarzen Afrikaner. „Mit einem Sprung kam der Neger heran. Sein vorgereckter Kopf glich einer Teufelsfratze. Die dicken Lippen bis ans Zahnfleisch gefletscht, die Augen zu Schlitzzen verengt, zischte er: ‚Hassan nicht lügen – Hassan Wahrheit –‘ Eine mörderische Wut erstickte ihm die Stimme, er knirschte mit den Zähnen.“ Dagegen Barth: „Obwohl er gerade erst dreißig Jahre alt war, wirkte er wesentlich älter; dabei war es nicht so sehr das Äußere als vielmehr der Ausdruck der Augen und des Mundes. Es ging von ihnen etwas Herbes, Gebieterisches aus, sie waren kühl und kritisch und auf eine freundliche Art unnahbar.“

Die Interessen der Scheiks, Karawanenführer und auch des Sultans von Agadesch sind grundsätzlich niedrig, es gibt keine einzige Figur, die mit positiven Charakterzügen ausgestattet wäre, außer Barth, seinem deutschen und englischen Begleiter. Barth versteht es, so Seufert, die Habgier und den Neid dieser Völker aufeinander auszunutzen, indem er in einer Mischung von Drohungen, Gewalt und „Geschenken“ der Expedition ihren Weg bahnt. Über den Zweck der ganzen Mühsale dieser Reise, von der nur Barth lebendig zurückkehrt, heißt es nur „Erforschung der Sahara“. Kein Wort zu den Kolonialinteressen Englands oder auch Preußens, die der Anlaß für die Afrika-Expedition von H. Barth waren.

Neben dieser Sorte Afrika-Bücher, die im wesentlichen die „Entdeckungsreisen“ schildern und der Verbreitung der kolonialen Lügen dienen, gibt es seit rund zehn Jahren Jugendbücher, die das heutige Afrika darstellen. Ein vielschreibender Autor dieser Richtung ist Franz Kurowski, der unter anderem „Die Insel der schwarzen Panther“ verfaßt hat.

Bei allem Verständnis, das Kurowski angeblich den Problemen des unabhängig gewordenen Kamerun entgegenbringt – er zitiert z.B. den Staatspräsidenten Ahmadou Ahidjo, der 1971 die verschiedenen Völker Kameruns zur nationalen Einheit aufrief – ist sein Hauptanliegen Rechtfertigung, warum die Imperialisten im Land sein müßten. Der Leiter des Holzfällerlagers, in dem tropische Edelhölzer für den Export geschlagen werden, fragt seinen Sohn, ob er sich in Kamerun wohlfühle. „Alan nickte. ‚Es ist doch unsere Heimat, Papa? Oder nicht? Ich meine, dies hier ist für uns doch wie Frankreich. Wir leben hier, haben hier unsere Freunde, und diese Freunde brauchen uns. Wir werden sicherlich Freunde bleiben – was meinst du, Bulu?‘ wandte sich Alan an den Fahrer. ‚Wir gehören zu euch, Alan!‘ bekräftigte der Bulu, ‚Ihr habt uns Arbeit gebracht. Gemeinsam können wir unsere Kameruner Welt besser gestalten, als es uns allein möglich wäre ...‘“ Versteht sich, daß Kurowski die koloniale Vergangenheit als wesentlichen Grund für die Probleme Kameruns nicht erwähnt, z.B. warum das Holz exportiert werden muß.

Quellenhinweis: Karl Rolf Seufert, Die Karawane der weißen Männer, Herder Verlag, Sonderausgabe 1972; Franz Kurowski, Die Insel der schwarzen Panther, Titania-Verlag, o.J.

Elektromonopole schon weit voran im Lohnabbau

In den großen Unternehmen der Investitionsgüterindustrie liegen die Lohnkosten pro Beschäftigten nicht nur absolut höher als in kleinen und mittleren Unternehmen, sondern die Lohnkosten pro Beschäftigten und damit vermutlich auch die Effektivverdienste sind in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in den Großunternehmen auch stärker gestiegen. Dieses Ergebnis legen unsere Untersuchungen nahe (s. Pol. Ber. 18/82). Demnach konnten die großen Belegschaften in der Metallindustrie dem seit der Krise 1974/75 einsetzenden Reallohnabbau noch eher Schranken setzen als die Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben. Für die Entwicklung in den letzten Jahren gibt es noch keine statistischen Daten, aber es ist wahrscheinlich, daß sich diese Tendenz nicht umgekehrt hat, sondern womöglich der Lohnabbau sich insbesondere in den Kleinbetrieben noch verschärft hat. Damit hätten die Metallkapitalisten dann aber die Weichen dafür gestellt, jetzt auch zu einem brutalen Angriff auf den Lohnstandard der großen Belegschaften überzugehen, nachdem sie gegen die Beschäftigten der kleinen Betriebe (oft Zulieferer der Großunternehmen) schon einen Durchbruch erzielt haben und außerdem die Arbeitsmarktlage für die Kapitalisten günstiger denn je ist. So häufen sich jetzt die Meldungen über Betriebsvereinbarungen, die verschiedene Großunternehmen kündigen wollen, und seit der AEG-Pleite verlangen die Metallkapitalisten immer dreister Notopfer von den großen Belegschaften.

In den nebenstehenden Schaubildern haben wir den Durchschnitt der Lohnkosten pro Beschäftigten, des Kapitalertrags pro Beschäftigten und der Rate des Kapitalertrags bezogen auf die Lohnkosten für die Jahre 1975 bis 1979 dargestellt. Außerdem ist in den Schaubildern die prozentuale Veränderung dieser Größen 1979 gegenüber 1975 aufgetragen.

Für die Durchschnittswerte 1975—79 ergibt sich folgendes:

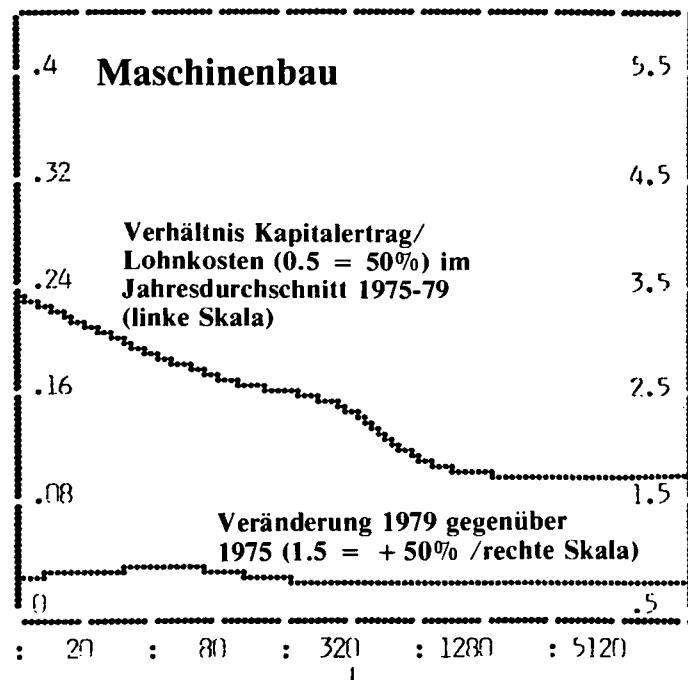
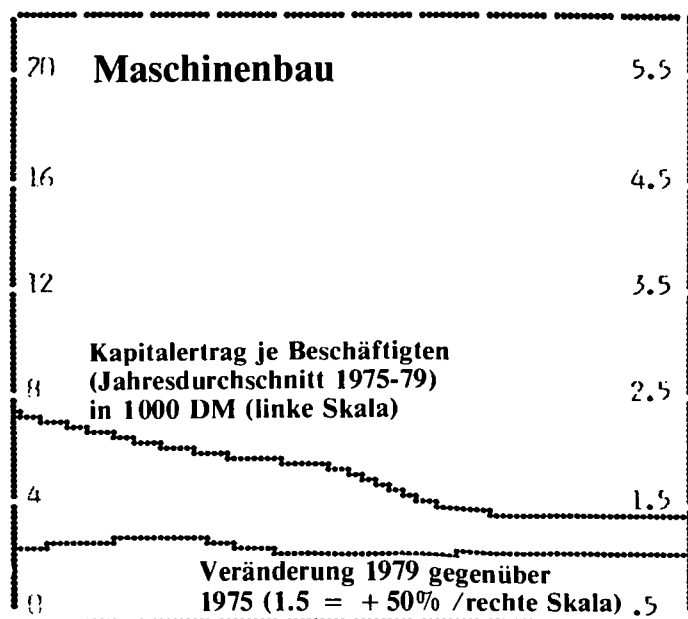
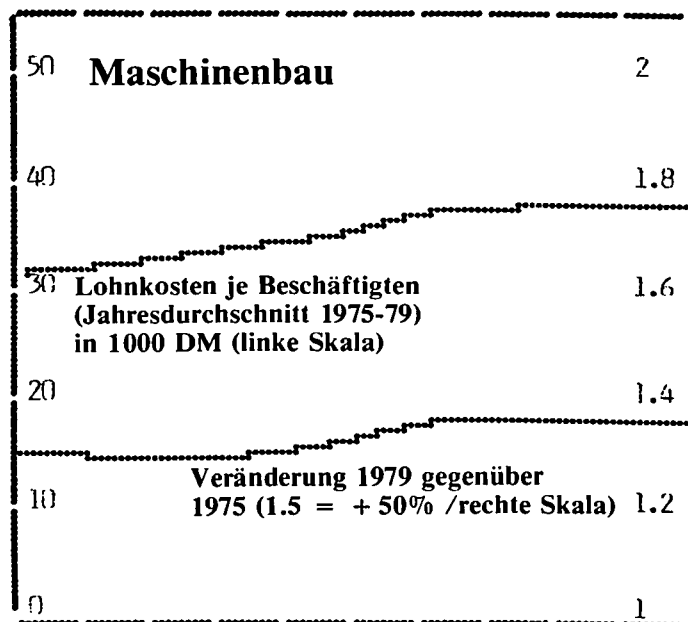
— Das bislang an der Untersuchung einzelner Jahre festgestellte Ergebnis, daß die Lohnkosten pro Beschäftigten mit zunehmender Unternehmensgröße steigen, bestätigt sich für den Fünfjahreszeitraum.

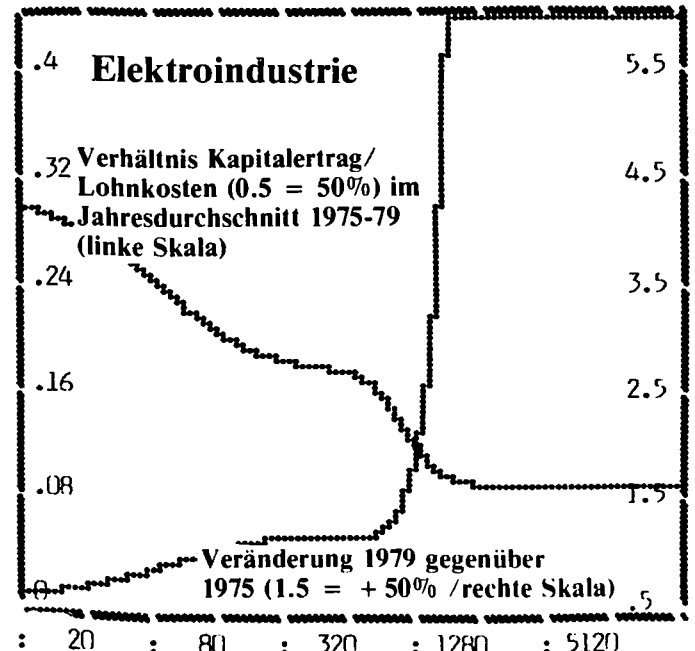
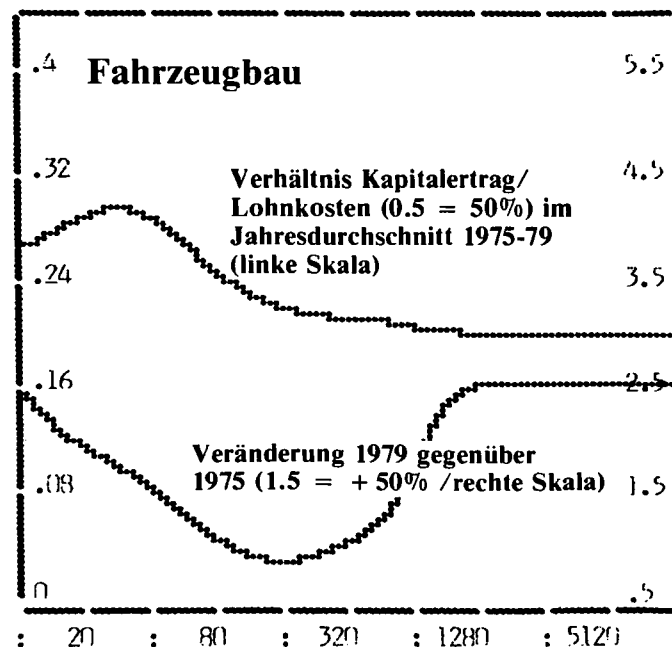
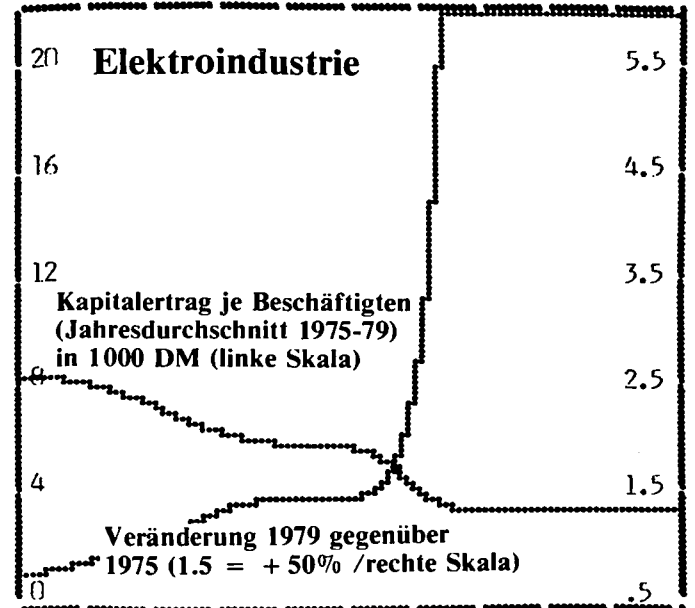
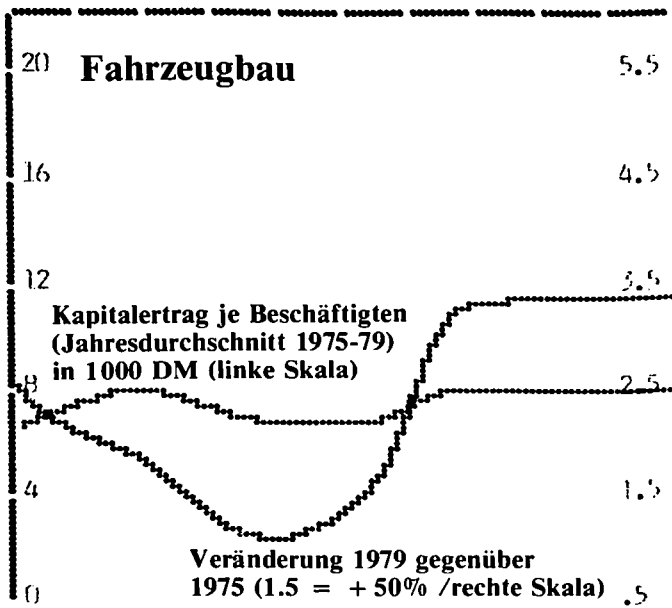
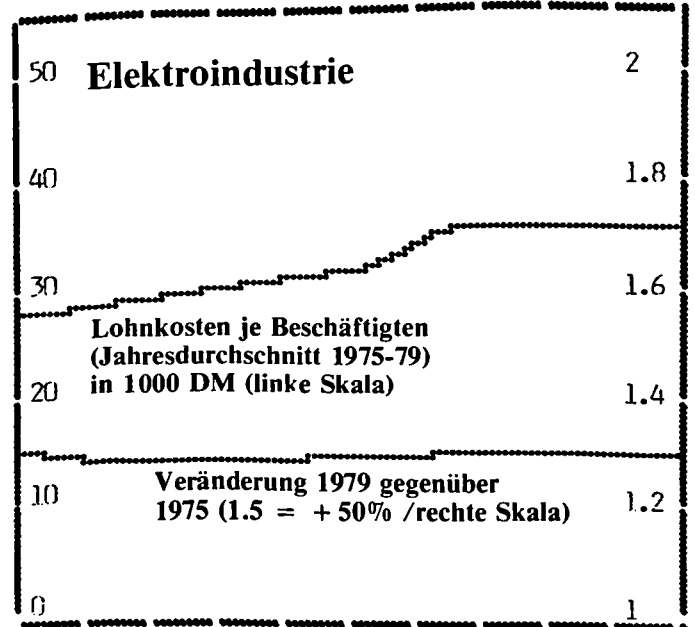
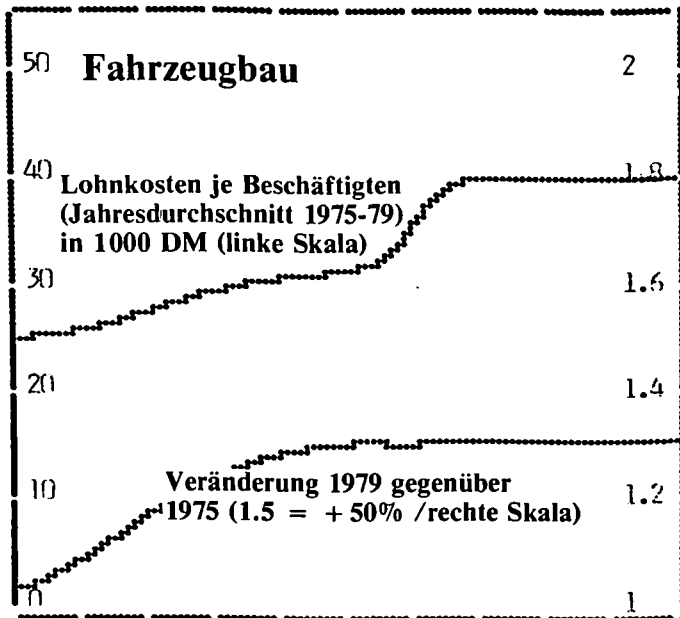
— Der Kapitalertrag je Beschäftigten fällt mit zunehmender Unternehmensgröße (Ausnahme: Fahrzeugbau), ebenso fällt die Rate des Kapitalertrags, bezogen auf die Lohnkosten. Das hatte auch schon die Untersuchung für einzelne Jahre gezeigt. Allerdings ergibt der Vergleich der Durchschnittsdaten für den Kapitalertrag mit den Daten für einzelne Jahre (s. Pol. Ber. 18/82), daß im Fahrzeugbau und in der Elektroindustrie die Ergebnisse für die einzelnen Jahre insbesondere bei den großen Unternehmen erheblich vom Fünfjahresdurchschnitt abweichen. Beide Industriezweige produzieren großenteils Güter für den privaten Konsum, für den inneren Markt und sind damit — anders als der Maschinenbau — unmittelbar von der Binnenkonjunktur und der Entwicklung der Masseneinkommen abhängig. Entsprechend stark bewegen sich auch die Kurven der prozentualen Veränderung der Ertragsgrößen von 1975, einem ausgeprägten Krisenjahr, auf 1979, dem bislang letzten Konjunkturjahr.

Für die prozentuale Veränderung 1975 auf 1979 der untersuchten Größe Lohnkosten je Beschäftigten können wir feststellen: — Die These, daß die Lohnkosten und damit vermutlich auch die Effektivverdienste in großen Unternehmen stärker gestiegen sind als in kleinen, gilt für den Maschinenbau und teilweise für den Fahrzeugbau, nicht aber für die Elektroindustrie. Offensichtlich haben die Elektromonopole mit rabiatischen Mitteln zu verhindern gewußt, daß die großen Belegschaften nach der Krise 1974/75 größere nominale Steigerungen der Effektivverdienste durchsetzen konnten als die Beschäftigten in den Kleinbetrieben. Der hohe Anteil von angelernten, oft weiblichen Arbeitskräften mit geringem gewerkschaftlichem Organisationsgrad hat ihnen das ermöglicht. Der nächste Schritt der Elektromonopole wird sein, den Lohnstandard weiter auf das Niveau der Kleinbetriebe zu drücken. — Im Fahrzeugbau ist ein deutlicher Prozentanstieg der Lohnkosten von 1975 auf 1979 gegenüber den Kleinbetrieben nur auszumachen bis zu einer Unternehmensgröße von 350 Beschäftigten, im Maschinenbau dagegen, dem Industriezweig mit dem höchsten Facharbeiteranteil, bis zu Unternehmensgrößen von über 1000 Beschäftigten.

Das würde heißen, daß die Metallkapitalisten bei ihrem Angriff auf die großen Belegschaften vor allem auch die Belegschaften mit hohem Facharbeiteranteil brechen müssen, die zumindest in der zweiten Hälfte der 70er Jahre noch dem Lohnabbau Schranken setzen konnten.

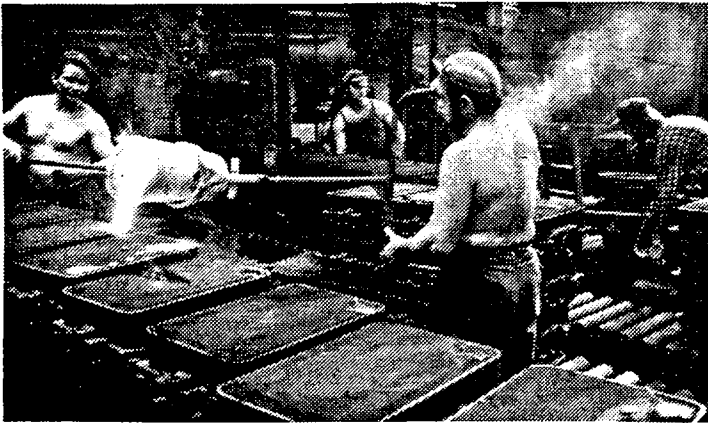
Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihen 4.2.1 und 4.3.2





BRD

Die Kapitalisten melden ihre Forderungen an



Libanon-Krieg

Die Aggressoren haben ihr Ziel verfehlt, das kommt sie teuer

Das vornehmliche Kriegsziel Israels war, die PLO zu vernichten, um so den Widerstand des palästinensischen Volkes zu brechen und die Annexion der seit 1967 besetzten Gebiete durchzusetzen. So sehr die Aggressoren auch tönen: Sie haben ihr Kriegsziel nicht erreicht. Die PLO hat militärische Positionen verloren, aber ihre militärische Kampfkraft ist kaum ernsthaft

geschwächt. Die Ergebnisse für Israel? Die Kontrolle des Libanon ist nicht gesichert und bindet zumindest starke Truppen; die Annexion der besetzten Gebiete ist nach Lage der Dinge nicht durchsetzbar; die Widersprüche im eigenen Land sind schroffer denn je, und dabei werden die Kosten des Krieges und der Besetzung des Libanon erst allmählich fühlbar.

Einen „Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik“ forderte Anfang dieser Woche, passend zu Lambsdorffs neuestem Haushalts-„sanierungs“-konzept, der BDI. Ob durch einen Regierungswechsel oder durch ein weiteres Drücken der Regierung nach rechts: Die BRD soll in ein Paradies des Geldsacks verwandelt werden. Nur so sei der „Aufschwung“ zu schaffen. Seit Monaten haben die Kapitalisten ihre Forderungen gegen die Lohnabhängigen ausgebrütet.



Freistaat Bayern

Das gottgewollte dreigliedrige Schulwesen der CSU



„Weil Begabungen und Interessen unserer Kinder so unterschiedlich und vielfältig sind wie ihre späteren Berufe, ist ein gegliedertes Schulwesen notwendig.“ Fleiß, Ordnung und Disziplin sollen Grundpfeiler des „Erzieherischen“ werden. Dazu bedarf es des EUG (Erziehungs- und Unterrichtsgesetz). Fast alle Eltern- und Lehrerverbände, die Ge-

werkschaft Erziehung und Wissenschaft, der DGB und die Schülervertretungen lehnen das Gesetz ab. „Bereits in der Präambel des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes ist der massive Versuch der politischen Indoktrination in den Schulen unüberhörbar; die Schulen sollen zum Träger der CSU-Ideologie werden“, stellt die GEW Bayern fest.

Niederlande

Die Reaktion plant schwere Angriffe auf die Lohnabhängigen

Schwere Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst, Aufhebung der Lohnindexierung, Rentensenkungen und Senkungen des Arbeitslosengeldes – eine Fülle von Angriffen auf die Lohnabhängigen hat die niederländische Regierung für den Fall ihres Wahlsieges am 8.9. angekündigt. Zudem soll die Entscheidung für die Stationierung der Mittelstreckenraketen fallen. Der Arbeiterbewegung stehen schwere Kämpfe bevor.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457